

Materialienliste



Juso-Hochschulgruppen

Bundessekretariat
Ollenhauerstraße 1
5300 Bonn 1

1. Grundsatzpapiere, Strategiefragen

- Plattform der Juso-HSG - Entwurf, hrsg. v. AK Hochschule
- Mitmachen bei den Juso-HSG - Grundsatzpapiere
- Hochschulpolitische Plattform Juso-HSG 1983
- Materialien zur Studentenbewegung und zu unterschiedlichen linken Konzepten
- Juso-Leitfaden Wirtschaftspolitik
- Wirtschaftspolitisches Grundsatzprogramm der Jusos (2,-)
- Meng, Juso-HSG, Geschichte-Theorie-Perspektiven (6,-)
- Hobsbawm, Krise des Kapitalismus in historischer Sicht (0,50)
- Christian Schmidt u.a., Eurokommunismus (1,50)
- Broschüre: Bildungsökonomie - Materialien (1,-)
- Argumentationsleitfaden: Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus (0,50)

2. Aktuelle Hintergrundmaterialien

- Bafög-Tips, Neuauflage 1982
- Materialien Bafög am Ende?
- Materialien Gewerkschaften
- Voßwinkel / Tälkers, Studentisches Wohnen (0,50)
- Materialien Alternative Wirtschaftspolitik
- Thesen zur studentischen Sozialpolitik

3. Studienreform, Positionen zu Studienfächern

- versch. Rundbriefe zu Geschichte, Jura, Theologie
- Broschüre Lehrerberuf und Mathematik
- Broschüre Hochschuldidaktik der Mathematik
- Stellungnahme zur Studienreform in der Bundesrepublik
- Flugblatt "Studienreform und Gewerkschaften"
Abgabe auch in größeren Mengen kostenlos
- Materialien Wissenschaftsläden
- Materialien Veranstaltungskritik
- Daxner, Prüfungen - schlimmer als das Fegefeuer? (0,50)

4. Frauenprojekt

- Jungsozialistinnen (Hg.), Frauen an der Hochschule (1,-)
- Konieczka (Hg.), Bibliographie "Frauen - Objekte der Wissenschaft?" (0,50)
- Arbeitsheft "Frauenpraxis an der Hochschule" (2,-)
- Broschüre "Frauenarbeit - Grundlagenpapiere" (1,50)

5. Arbeitshefte, Zeitschrift der Juso-Hochschulgruppen (Themenhefte, je 2,-)

- Verfaßte Studentenschaft / politisches Mandat
- 3. Weg - Linksozialismus / Eurokommunismus
- Sonderheft: Agnes Heller, Alltag und Emanzipation (1,-)
- Arbeitslosigkeit / Sozialpolitik
- Hochschule / Nationalsozialismus
- Vor 50 Jahren: Machtergreifung
- Frieden

Arbeitsprogramm - Entwurf VDS

Übersicht

- I. Krise - Widerstand - Alternativen
- II. Hochschule in der Wirtschaftskrise
- III. Frauen an der Hochschule
- IV. VDS, Verfaßte Studentenschaft
- V. Studienreform - Alternativen zur herrschenden Wissenschaft
- VI. Für Frieden und Abrüstung
- VII. Grundzüge einer neuen Energiepolitik
- VIII. Demokratische Rechte / Repression
- IX. Antifaschismus
- X. Ausländer/innen
- XI. Internationalismus

Hg.: AK Hochschule/Juso-Bundesvorstand

Red.: Malte Ristau, Juso - HSG

I. Krise - Widerstand - Alternativen

"Modell Deutschland" in der Wirtschaftskrise

Die seit 1975 anhaltende und sich seit 1980 verschärfende Krise der gesamten kapitalistischen Welt hat auch in der Bundesrepublik zu den entsprechenden Folgen geführt. Das von der SPD 1976 propagierte Modell Deutschland, einer sozial abgefederten kapitalistischen Entwicklung mit dem exportorientierten Ziel einer Verstetigung und Verbesserung der Weltmarktsituation funktionierte nur zu Zeiten hoher Wachstumsraten. Es gab für (fast) alle etwas - auf der Basis harter Arbeit und sozialen Friedens. Mittlerweile befindet sich die Bundesrepublik in der schwersten Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg, im 9. Jahr einer Massenarbeitslosigkeit mit jetzt durchschnittlich mehr als 2,5 Mio. offiziell registrierten Erwerbslosen. Hinzu kommt die stille Reserve von knapp 1,5 Mio. Arbeitssuchenden, die nicht beim Arbeitsamt registriert sind. Besonders die Jugendarbeitslosigkeit nimmt katastrophale Züge an (mehr als 200.000 arbeitslose Jugendliche).

- Über 1 Mio. Menschen sind auf die viel zu niedrigen Sozialhilfesätze angewiesen.
- Jeder 3. Rentner muß heute bereits mit weniger als DM 600,- im Monat auskommen.
- Arbeitslosen, Kranken, Kleinrentnern, Frühinvaliden, Behinderten, Auszubildenden, Schülern und Studenten werden zusätzliche Lasten aufgebürdet.

Alle Arbeitnehmerhaushalte spüren es täglich:

- Niedrigeren Einkommen stehen Preissteigerungen und Gebührenerhöhungen in fast allen Bereichen gegenüber.
- Erziehung und Ausbildung der Kinder wird für viele unerschwinglich.
- Immer mehr Frauen werden aus dem Berufsleben gedrängt.
- Hunderttausende von Jugendlichen finden weder Ausbildungs- noch Arbeitsplatz.

FRAUEN IN DER WIRTSCHAFTSKRISE

Krisenlasten haben in einem besonderen Maße Frauen zu tragen. Seit 1974 werden immer mehr Frauen aus dem Produktionsbereich hinaus katapultiert; mußten die Frauen noch 1974 2,5 Wochen länger auf einen Arbeitsplatz warten als Männer, waren es 1976 bereits 3,5 Wochen - der Anteil der Frauen bei den Arbeitnehmern blieb unverändert bei 38%. 1976 zeigten sich deutlich die größeren Schwierigkeiten der weiblichen Arbeitssuchenden, eine neue Anstellung zu finden. Die Zahl der beschäftigten Männer erhöhte sich um 46.000, während die Zahl der beschäftigten Frauen weiterhin um 11.000 zurückging.

Noch krasser zeigt der Zugang zur Arbeitslosigkeit die unterschiedlichen Konkurrenzbedingungen: Die Zahl der entlassenen Männer verminderte sich 1976 um 211.000

2. Demokratisierung des Zentralrats. Beschlußfassungen zu Streiks oder Aktionstagen bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der Mitglieds-Asten.
3. Veränderung des Vorstands in Richtung auf ein Koordinierungsgremium; für notwendig halten wir insbesondere eine effektivere Information und Koordination von Basisinitiativen.
4. Der Vorstand sollte die in den Asten vertretenen bzw. in der Studentenschaft überhaupt relevanten Strömungen repräsentieren. Daraus ergibt sich für uns, daß in diesem Jahr nicht wieder ein Vertreter des Liberalismus (sei es als Judo, Juli, LHVler oder sonstwas) in den Vorstand delegiert wird.
5. Das Übergewicht der sog. "gewerkschaftlich orientierten" (Studentenverbände) im Vorstand der VDS steht in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung an der Basis der VDS, den Asten und Fachschaften.
 - a. Die Juso-HSG fordern deshalb auch im Vorstand zumindest eine Gleichstellung der Vertreter der undogmatisch linken Asten (bzw. Studentenverbände) gegenüber MSB und SHB.
 - b. Wir fordern die Basisgruppen auf, sich am VDS-Vorstand zu beteiligen. Das Spektrum der hochschulpolitischen Linken muß auch im Dachverbandsvorstand endlich adäquat vertreten sein.
 - c. Wenn die BGs dies nicht tun, ist für Juso-HSG folgende Zusammensetzung des Vorstandes für ihre Beteiligung am Vorstand notwendig:
1 MSB, 1 SHB, 2 Juso-HSG

Beschluß des Bundeskoordinierungstreffens der Juso-Hochschulgruppen
in Frankfurt/Main vom 4. - 6. Februar 1983

VDS - Strukturveränderungen

1.

Die Juso-HSG haben sich auf der letzten VDS-MV in Köln für nachhaltige strukturelle Veränderungen innerhalb der VDS stark gemacht, mit dem Ziel, basisdemokratische Elemente in die Verbandsstruktur einzubauen, sowie den zentralen bürokratischen Apparat den Bedürfnissen vor Ort anzugleichen.

Dies wurde seinerzeit von einer Negativ-Koalition aus MSB, SHB und Teilen der Basisgruppen verhindert. Einzige Konzession war damals die Einrichtung einer VDS-Struktur- und Finanzkommission der VDS-tragenden Verbände.

2.

Die Versuche, von seiten der Jusos-HSG (vgl. u. a. Beschluß zu VDS-Strukturveränderungen vom 30.10.1982) Bedingungen und Voraussetzungen für eine effektivere Vorstandsarbeit, sowie Vorschläge für basisdemokratisch orientierte strukturelle Reformen in die Kommission einzubringen sind gescheitert. Eine schrittweise Annäherung der zwischen den Verbänden konträren Positionen kamen nicht zustande. Das Abblocken (bzw. die Verweigerung) notwendiger Strukturdiskussionen hat gezeigt, daß der MSB z. Zt. nicht willens ist, auf dem Wege der Zusammenarbeit für die Mitarbeit einer möglichst großen Anzahl von Asten und politischen Verbänden in den VDS zu garantieren.

3.

Wegen der unveränderten Struktur sowie der konkret erfahrbaren Politik der VDS (wir weisen in diesem Zusammenhang nur auf die Ignoranz von MSB und SHB gegenüber den VDS-Kongressen zum sog. "Politischen Mandat" bzw. zur "alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik" hin) werden die Juso-HSGn neben einem inhaltlich ausgewiesenen Arbeitsprogramm die Erfüllung folgender Forderungen zu Gesichtspunkten ihrer Entscheidung über eine weitere Mitarbeit in den VDS-Organen machen:

1. Abschaffung der undemokratischen Enthaltungsmehrheitsmaschinerie, Enthaltungen werden als Nichtbeteiligung an der Abstimmung gewertet.

auf 1,9 Mio. Die Folge: Damals gesunkener Bestand der arbeitslosen Männer einerseits, reduzierter Anteil der Frauen an den beschäftigten Lohnarbeitern andererseits (37,8%).

Frauenarbeitslosigkeit hat schichtenspezifisch unterschiedliche Auswirkungen. Idealtypisch: Während bei Arbeitslosigkeit von Arbeiterfrauen die gesamte Reproduktion der Familie (gemessen am Existenzminimum) in Frage gestellt wird, Arbeit also zuallererst als Zwang zur Abdeckung materieller Bedürfnisse existiert, bedeutet für Mittelschichtfrauen Arbeitslosigkeit in der Tat "nur" Senkung des Lebensstandards der Familie in materieller Hinsicht, aber entsprechend stärker für sie selbst auch - da ihre Arbeit relativ qualifizierter und kommunikativer ist - Verlust eines wichtigen Bereichs der Selbständigkeit und Selbstbestätigung. Zu der offiziellen Arbeitslosenquote kommt die bei Frauen besonders starke, verdeckte Arbeitslosigkeit hinzu, eine "industrielle Reservearmee", die in keiner Statistik erscheint. Die Doppelbelastung der Frauen in Beruf und Haushalt führt dazu, die Arbeitslosigkeit auch unter dem Aspekt der Entlastung zu sehen. Folgend sind in der Regel materielle Not (Frauenarbeit als 'Zuarbeit'), sich intensivierende Abhängigkeit vom Ehemann, die Vereinzelung und Vereinsamung durch Berufsverlust (sog. Hausfrauensyndrom) und den Anschluß im Beruf zu verpassen.

Eine besondere Bedeutung kommt der produktiven Integration der Frauen zu, die entscheidend von einer Privatisierungsstrategie (Mutter- und Familienrolle) betroffen sind. Nach wie vor bieten bornierte Geschlechterrollen und patriarchalische Gesellschafts- und Organisationsstrukturen einen fruchtbaren Nährboden für autoritär-konservative Ideologien und Krisenlösungsformen.

DIE URSACHEN ERKENNEN

Nicht Ölkrise, zu hohe Zinsen, demographische Entwicklung ("Pillenknick"), fehlende Arbeitsmotivation oder "die Ausländer" sind schuld an der Krise, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem mit konjunkturellen, v.a. aber strukturellen Krisenmomenten:

Die Krise ist Ausdruck und Folge einer Produktionsweise, die nicht orientiert ist an der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, sondern an der Profitmaximierung des Kapitals. Das Ziel der kapitalistischen Produktion, die höchstmögliche Kapitalverwertung, zwingt die einzelnen Kapitale, die Produktion unbeschränkt auszudehnen, sowie die gesellschaftlichen Produktivkräfte weiterzuentwickeln.

Daraus ergibt sich der dem Gesamtreproduktionsprozess des Kapitals innewohnende Gegensatz von Verwertungsbedingungen und Profitrealisierungschancen. Die Erscheinungsform der 'Überakkumulation' oder 'Überproduktion' von Kapital ist die zyklische Krise. Einerseits führt dies dazu, daß sich die Verwertungsbedingungen des Kapitals verschlechtern. Ein Überschuß an Kapital tritt ein, der nicht mehr zu den gleichen oder gar besseren Verwertungsbedingungen angelegt werden kann. Zum anderen führt die massive Entwicklung der Produktivkräfte zur Senkung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Dadurch verschärft sich der Krisenzusammenhang aus dem Ausbleiben der Profitrealisierung produzierter (oder

zukünftig zu produzierender) Waren durch die mangelnde Kaufkraft der Bevölkerung. Somit wird eine durch Kostendämpfungsmaßnahmen (Lohnsenkungen etc.) veranlaßte Investitionssteigerung die Krise nicht beheben können.

Bei einer solchen Prioritätensetzung treten ferner Vollbeschäftigung, humane Arbeitsbedingungen und der Umweltschutz zurück hinter das Ziel größter Rentabilität, was zu Lasten der meisten Bevölkerungsteile geht.

Mehrere Faktoren verschärfen diese Krise:

- Die sich herausbildende "neue internationale Arbeitsteilung" mit einer verstärkten Importkonkurrenz aus sogenannten "Schwellenländern".
- Die wachsende Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Metropolen, v.a. zwischen EG, Japan und USA.
- Die starke Verteuerung von Rohstoffen und Energie (Weltmarkt).
- Strukturwandel und partielle Sättigungstendenzen beim Verbrauch, wobei die Binnennachfrage durch Reallohnbau und Tendenzen sozialer Verelendung weiter geschwächt wird.
- Die zunehmende Verschwendung von gesellschaftlichen Produktivkräften und Ressourcen in die Rüstungsindustrie.

Ein besonders starkes Interesse an einer weiter forcierten Aufrüstung haben insbesondere die Teile des Kapitals, die direkt an der Rüstungsproduktion beteiligt sind. Aufgrund der besonderen Preissetzungsmöglichkeiten, der hohen staatlichen Vorfinanzierung, sowie die Kredite durch Ausfallgarantien können diese Kapitale überdurchschnittliche Profite realisieren.

Zur Bewältigung der Krise greifen die Unternehmer zu "bewährten" Mitteln: Senkung der Reallöhne, verschärfte Rationalisierungen, Entlassungen, Senkung der "Sozialkosten", der Produktion. Für den Staat bedeutet die Krise einen Schwund an Steuereinnahmen. Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit der Inanspruchnahme sozialer Leistungen. Im Haushalt wird aber genau umgekehrt umverteilt: Die Unternehmen bekommen indirekte oder direkte Subventionen des Staates (z.B. AEG-Sanierungskonzept) fördern noch die Arbeitslosigkeit (Bedingung: Betriebsstillegungen) - in anderen Fällen kommen sie so lebensfeindlichen Produktionen wie der Rüstungsindustrie oder AKW-Technologie (Schneller Brüter) zu Gute. Die Masse der Bevölkerung soll demgegenüber den Gürtel enger schnallen, die Opfer des Wirtschaftsmodells Deutschland werden sozialstaatlich kaum mehr entschädigt.

In der 'Operation 82' wurde von der ehemaligen sozialliberalen Regierung ein rigider Abbau sozialer Leistungen und des Arbeitnehmereneinkommens, eine gezielte Belastung der einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen vorgenommen. War nach der 'Operation 82' auch innerhalb von Sozialdemokratie und Gewerkschaften ein Widerstandspotential deutlich geworden, das eine konsequente Umsetzung dieser Politik verhinderte, so hat sich dies unter der konservativen Regierung trotz erheblichem und verstärktem Widerstand wesentlich geändert:

Mehrwertsteuererhöhungen, Kürzungen der Sozialhilfe und des Arbeitslosengeldes, stärkere Kostenbeteiligung der

Für die Einhaltung der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948

Die bürgerlichen und sozialen Menschenrechte sind (auch) für eine sozialistische Gesellschaft grundlegend. Ohne diese Rechte ist Sozialismus auch nicht ansatzweise denkbar. Menschenrechtsverletzungen - Folter, willkürliche Verhaftungen, Todesstrafe, extralegale Hinrichtungen und Verschwindenlassen - sind Mittel der Herrschenden gegen die Arbeiterklasse um die Unterdrückung und Unterjochung zu zementieren.

Die VDS wendet sich energisch gegen die Anwendung der Todesstrafe, der unmenschlichsten aller Strafen. "Die Todesstrafe ist ein Schandfleck unserer Gesellschaft, und ihre Befürworter können sie mit keinerlei Vernunftgründen rechtfertigen." (Albert Camus)

Die VDS setzt sich für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ein. Insbesondere beteiligt sich die VDS an Aktionen von Amnesty International gegen die Anwendung der Todesstrafe in den USA, der UdSSR, dem Iran, der Türkei und in Japan. Der Vorstand der VDS appelliert an die entsprechenden Regierungen um die Aussetzung von Todesurteilen zu erwirken, die Amnesty Internationale in internationalen Kampagnen anprangert.

Die VDS setzt sich für die weltweite Ächtung der Folter ein. Folter ist ein Mittel, um im jeweiligen Land das Volk, vor allem die Arbeiterklasse, zu verängstigen und es zu wohlfeiligem Verhalten zu bringen. Dabei werden die Rechte jedes Gefolterten auf Unversehrtheit seiner Person verletzt. Die VDS beteiligt sich an allen Aktionen von Amnesty International, die Personen vor Folter bewahren soll. Die VDS appelliert jeweils an die Regierungen, von der Anwendung der Folter abzusehen und die Erklärung der Menschenrechte zu achten.

Die VDS arbeitet gegen das Verschwindenlassen von unliebsamen Personen, gegen extralegale Hinrichtungen, wie sie vor allem von Todesschwadronen in Lateinamerika praktiziert werden, und gegen willkürliche Verhaftungen. Die VDS stellt im Sommersemester den ASten Material über die Kampagne von Amnesty International gegen den "Staatlichen Mord", die von Amnesty International im Frühjahr begonnen wird, zur Verfügung und ruft bundesweit alle Studenten auf, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Die VDS beteiligt sich regelmäßig an der Aktion "Gefangener des Monats" sowie an den Appellen zum Verschwinden von Personen. Der Vorstand der VDS appelliert an die jeweiligen Regierungen entsprechend den Vorschlägen von Amnesty International und informiert die ASten über diese Appelle mit dem Vorschlag der Beteiligung.

der BRD und der westdeutschen Konzerne an der Unterdrückung der Länder der Dritten Welt bloßgestellt und bekämpft wird.

"Gerade im Bereich des Internationalismus muß es oberstes Ziel des Verbandes sein, bei zentralen Aktionen die Bedingungen für die breiteste Solidarität unter Beteiligung aller fortschrittlichen Kräfte zu schaffen." (Hauptresolution der VDS, 1975)

Polen

Mit dem am 07. Oktober verhängten "neuen" Gewerkschaftsgesetz, das die Auflösung aller Gewerkschaften, sowohl der staatsloyalen Parteigewerkschaften, als auch der Solidarnosc beinhaltet, orientiert der polnische Staatsapparat auf die endgültige Zerschlagung der Solidarnosc, nachdem alle Versuche zur Bildung einer "nationalen Front" fehlschlügen bzw. fehlschlagen mußten. Zum einen war das Militärregime zu politischen Zugeständnissen nicht bereit, denn diese rütteln an den gegebenen Strukturen eines verkrusteten, die Massen vom gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß ausschließenden Staatssozialismus und hätte ein Eingeständnis in den gegenwärtigen Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Widersprüche in den Ländern sowjetsozialistischen Typs bedeutet. Zum anderen existiert durch die Tiefe der ökonomischen Krise in Polen, durch die Gleichzeitigkeit der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den verschiedenen RGW-Staaten und durch die Weltwirtschaftskrise kein Spielraum für materielle Zugeständnisse.

Das neue Gewerkschaftsgesetz macht jede Hoffnung auf eine primär und autonom an den Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse orientierte Einheitsgewerkschaft zunichte. Damit wurden auch Vorstellungen zu Grabe getragen, die Planung des ökonomischen Prozesses werde sich in Zukunft an den Bedürfnissen und dem demokratisch festzustellenden Willen der Bevölkerung orientieren. Laut dem neuen Gesetz sind alle Gewerkschaften aufzulösen. Ferner müssen die neuen Gewerkschaftsorganisationen laut Statut auf jede politische Betätigung verzichten. Dies ist für die polnische Arbeiterklasse unannehmbar.

Einer Bankrotterklärung des politischen Systems kommt es gleich, wenn das im Danziger Abkommen ausgehandelte Streikrecht massivst eingeschränkt und damit beseitigt wird.

Das Militärregime kann durch das neue Gewerkschaftsgesetz die Solidarnosc verbieten, die gesellschaftlichen Widersprüche schafft es damit nicht aus der Welt.

Eine ökonomische Roßkur mag um den Preis des schieben Elendseines Teils der Bevölkerung wie frühere "Reformen" die größten Schnitzer der Regierung Gierek verschuldeten katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung korrigieren. Doch die nächsten Krisen sind aus strukturellen Gründen vorprogrammiert. Das neue Militärregime steht auf tönernen Füßen. Man kann 11 Millionen Solidarnosc-Mitglieder nicht ihren politischen Lernprozeß, ihre gesellschaftliche und kollektive politische Erfahrung austreiben.

Solidarität mit Solidarnosc
Weg mit dem Kriegsrecht in Polen

Patienten im Gesundheitswesen, Einführung von Karenztagen im Krankheitsfall, Besteuerung der Rentner, Liberalisierung des Mietrechts, Lohnstopp, Streichung des Schüler-BAFÖG'S, faktische Liquidierung des BAFÖG der Studenten durch Umstellung auf Volldarlehen sprechen eine deutliche Sprache.

Im Unterschied zur sozialliberalen Sachzwang-Ideologie "sozialgerechter" Sparpolitik begründen die Unionsparteien ihre Umverteilung von unten nach oben mit der Ideologie der Erneuerung gesellschaftlicher und moralischer "Werte":

Die politisch verordnete Not soll zur subjektiv-positiv-erlebten Tugend umgebogen werden. Mit Hilfe der Staatsautorität wird an ursprüngliche und "deutsche Tugenden" appelliert und Ansätzen von antikapitalistischen Bewußtsein in der Gesellschaft ideologisch entgegengearbeitet. Die Privatisierung aller Gesellschafts- und Lebensbereiche soll die antikapitalistische soziale Reformbewegung neutralisieren und entsolidarisieren, um eine mittelfristige Verschärfung kapitalistischer Krisenlösung ermöglichen zu können.

Die Politik der Bundesregierung beruht auf einem bestimmten Konzept zur Bekämpfung der Rezession. Es ist die sogenannte "angebotsorientierte" Wirtschaftspolitik. Sie geht davon aus, man müsse nur "die Investitionskraft der Wirtschaft", also der Konzerne, Unternehmer und Freiberufler, daß heißt ihre "Kapital", sprich die Finanzmasse erhöhen, dann sei damit schon eine wesentliche Voraussetzung der Wirtschaftsbelegung geschaffen.

Durch diese Politik wird zwar ihr erstes Ziel, die Erhöhung der Finanzmasse der Unternehmer, also der wirtschaftlich Starken, zulasten der wirtschaftlich Schwachen erreicht, es gibt aber keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß dies zur Vollbeschäftigung führt, da ohne Nachfragesteigerung keinerlei Kapazitätserhöhende Investitionen zu erwarten sind. Was allerdings gefördert wird, mit Geldern der Steuerzahler und Einsparungen bei den Sozial- und Bildungsausgaben, ist die Erreichung derselben Produktionshöhe mit geringerem Einsatz; im Klartext: der Staat fördert Rationalisierungsinvestitionen ohne gleichzeitig für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu sorgen!

FÜR EINE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die von der Bundesregierung verfolgte Konzeption ist schon im Ansatz verfehlt.

Investitionen werden in einer privatkapitalistischen Wirtschaft nur getätigt, wenn auch eine entsprechende Nachfrage vorhanden ist. Ausgangspunkt (nicht aber Endpunkt!) jeder Wirtschaftspolitik, die die Krise langfristig überwinden will, muß deshalb die systematische Nachfrageschaffung durch den Staat sein. Derzeit wird von einer erheblichen Nachfrage-lücke ausgegangen, die durch staatliche Programme in Höhe von 50 Mrd. DM gefüllt werden könnte, mittelfristig bis 200 Milliarden. Durch staatliche Maßnahmen und entsprechende Lohnabschlüsse ist daher eine ausreichende öffentliche und private Nachfrage sicherzustellen.

Eine alternative Wirtschaftspolitik kann aber nicht bei einer Ausweitung der Nachfrage stehenbleiben. Weil die

Krise nicht nur Realisierungs- sondern auch Verwertungskrise ist, muß sie Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben mit einer Neuorganisation der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion und einer abgestimmten Expansion der industriellen Basis koordiniert werden.

Abnehmende Kapitalrentabilität als eine Krisenursache kann man kurzfristig nur mit einer systematischen Beeinflussung der Investitionsentscheidungen in der Volkswirtschaft, langfristig nur mit einer Aufhebung der kapitalistischen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten insgesamt beseitigen.

WIR FORDERN wie der Münchner Appell:

1. ein Beschäftigungs- und Investitionsprogramm in Höhe von mindestens 50 Mrd DM für 5 Jahre und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Bereichen Energieversorgung (insbesondere durch die Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten der Fernwärme), Wohnungs- und Städtebau und durch den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs.
2. die Finanzierung dieses Beschäftigungs- und Investitionsprogramms durch
 - * die Erhebung einer Ergänzungsabgabe zur Einkommens- und Körperschaftssteuer ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 60 tsd/120 tsd (Alleinstehende/Verheiratete) entsprechend den Forderungen des DGB.
 - * die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Abgeordnete, Beamte, Selbständige und Freiberufler.
 - * die entscheidende Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und die Ausweitung des Betriebsprüfungssystems.
 - * die Überprüfung sämtlicher Subventionen im Hinblick auf Beschäftigungswirkung und Mitnehmereffekte.
 - * die Einführung einer Höchstgrenze für die Berechtigung der Inanspruchnahme des Ehegattensplittings im Steuerrecht.
 - * die Kürzung des Verteidigungshaushalts unter Berücksichtigung der hieraus sich ergebenden Beschäftigungswirkungen.
3. den Übergang zu einer vorbeugenden Sozialpolitik durch die Sicherung eines maßgeblichen Einflusses der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf die Gestaltung des Arbeitsprozesses. Hierdurch können soziale und gesundheitliche Schädigungen am Ort ihres Entstehens verhindert werden.
In diesem Zusammenhang ist auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden einzubringen.
4. Investitionssteuernde Maßnahmen zur Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes, der an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer orientiert ist.
Dies bedeutet: weitgehende Eingriffe in die alleinige Verfügung der privaten Unternehmen über die Investitionen, einerseits durch eine Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung, wie auch durch Formen überbetrieblicher Mitbestimmung in Wirtschafts- und Sozialräten.

Forderungen

- ° Einen konstruktiven Beitrag der Bundesregierung zu Verhandlungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung
- ° Die Einstellung von Finanzhilfen und militärischer Zusammenarbeit mit Terrorregimen.
Im Zusammenhang mit der Schwerpunktsetzung fordern die VDS:
- ° Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes
- ° Keine Militärhilfe für die türkische Junta; Einwirkung auf die Freilassung aller politischer Gefangenen
- ° Kein U-Boot-Export nach Chile
- ° Keine weitere Zusammenarbeit mit den Terrorregimen in Mittelamerika
- ° Schluß mit der Vorbereitung der Intervention in Nicaragua

Arbeitsauftrag an die VDS:

Organisierung von bundesweit koordinierten Unterstützungsaktionen für demokratische Befreiungsbewegungen in den vom US-Imperialismus ausgebeuteten Staaten der sog. 3. Welt.
Beispielsweise:
Unterstützung des demokratischen Widerstandes für El Salvador
Blutspendeaktionen
Flastersteine für Nicaragua

Naher Osten

Türkei|Kurdistan

Die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte durch die herrschenden Militärjunta in der Türkei findet die Duldung, ja die Unterstützung durch die NATO. Ebenso wie im benachbarten Iran wird im NATO-Staat Türkei die kurdische Bevölkerung und die linke Opposition mit Folter und Hinrichtungen unterdrückt. Die VDS protestieren deshalb

- + gegen das Verbot von Gewerkschaften und demokratischen Organisationen in der Türkei und im Iran
- + gegen jeden Versuch der Asylrechtsverschärfung in der BRD
- + gegen die Unterdrückung des türkischen und kurdischen Volkes und anderer religiöser und nationaler Minderheiten
- + gegen die wirtschaftliche Unterstützung der Militärjunta in der Türkei.

Palästina/Libanon

wird auf der MV nachgereicht

Die VDS sehen es als ihre Aufgabe an, von derf oben gegebenen Einschätzung aus Kontakte mit den nationalen Studentenverbänden der genannten Länder zu unterhalten.

Ein wesentlicher Beitrag zur Unterstützung von Befreiungsbewegungen kann dadurch geleistet werden, daß in breiter Informations- und Mobilisierungsarbeit die Beteiligung

Konzerne sind an niedrigen Kupferpreisen, zum Schaden des Staatshaushalts ihrer chilenischen Freunde interessiert.

Chile muß wieder ins Bewußtsein aller fortschrittlichen Menschen gebracht werden. Die antiimperialistische Solidarität gegenüber den unterdrückten und Notleidenden Volk Chiles ist notwendiger denn je. Der VDS-Vorstand wird beauftragt, einen Chile-Solidaritätstag zu organisieren. Weiterhin sollen anläßlich dieses Tages - vorbereitend - eine VDS-Zeitung zum Themenschwerpunkt 'Internationale Solidarität' mit der Solidarität für das unterdrückte chilenische Volk im Mittelpunkt sowie ein bundesweites Flugblatt (-vorlage) erscheinen!

Insbesondere anläßlich der zehnten Wiederkehr des Militärputsches gegen die sozialistische Allende-Regierung ist es eine Aufgabe der VDS, die Solidarität und den Widerstand des chilenischen Volkes aktiv zu unterstützen. Die VDS werden hier weiterhin die Zusammenarbeit mit dem ASK und der Unidad Popular und anderen chilenischen Widerstandsgruppen (z.B. MIR) verstärken.

Die VDS werden materielle Solidarität üben: Sie werden im SS 1983 DM an überweisen.

Mittelamerika

"Besonders deutlich wird der mörderische Charakter des US-Imperialismus zur Zeit in seinem Kampf gegen die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika. Hier sollen Positionsverluste wieder rückgängig bzw. vermeidbar gemacht werden.

Langfristig heißt das: Zerstörung des Gesellschafts-systems auf Kuba und die Verhinderung weiterer Revolutionen auf dem Kontinent. Mittelfristig: Sturz der Volksregierung in Nicaragua und Grenada. Kurzfristig: Niederschlagung des Befreiungskampfes der Arbeiter, Bauern und Studenten in El Salvador und Guatemala." (AP 1982)

Die VDS werden zusammen mit den ASTen an den Hochschulen in Zusammenarbeit mit dem El Salvador-Komitees (Informations-stelle El Salvador München) die Solidaritätskampagne weiter zu verbreitern. Die Unterstützung des Bruderverbandes AGEUS (Asociacion general de estudiantis universitarios salvadoreños) wird fortgesetzt.

Die VDS fordern die Bundesregierung auf, dem Beispiel anderer Länder (u.a. Frankreich, Schweden, Mexiko) zu folgen und die FDR/FMLN als politische Repräsentanten des Volkes von El Salvador anzuerkennen.

Nicaragua

Die VDS verurteilen die Destabilisierungsversuche der USA in Nicaragua, die gleichermaßen im wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bereich stattfinden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, weiterhin verstärkt Entwicklungshilfe an Nicaragua zu leisten.

Guatemala

Die VDS verurteilen das grausame Terrorregime der Militärs in Guatemala, das schon zehntausende Opfer gekostet hat. Die VDS unterstützen den Kampf des guatemalischen Volkes.

Diese Maßnahmen sollen erste Schritte sein in Richtung auf eine Wirtschaftsordnung, die nicht am Profitprinzip orientiert ist, sondern in der die Bedürfnisse der Arbeitnehmer in einem demokratischen Prozeß artikuliert und bereits vor der Produktion berücksichtigt werden.

Längerfristig reichen diese Maßnahmen jedoch nicht aus, da Krisen eine ständig wiederkehrende Erscheinung des Kapitalismus sind.

Daher muß über strukturelle Eingriffe in Eigentumsverhältnisse und Verfügungsgewalt großer Konzerne, Banken und Versicherungen (Vergesellschaftung) eine neue ökonomische Logik durchgesetzt werden, die nicht mehr am Profitinteresse des Kapitals, sondern an den Interessen der abhängig Beschäftigten orientiert ist.

- die Vergesellschaftung der Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft
- die Demokratisierung der inner- und überbetrieblichen Entscheidungsprozesse durch den Ausbau der Mitbestimmungsrechte und
- die Entwicklung einer demokratischen, gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung.

Der systematische Eingriff des Staates in die Ökonomie gibt diesem die Möglichkeit, nicht nur nach wirtschaftlichen "Rationalisierungskriterien", also insbesondere zur Erreichung der Vollbeschäftigung, sondern auch nach demokratisch entwickelten gesellschaftlichen Lebensvorstellungen, tätig zu werden. Zielsetzungen dieser Eingriffe ergeben sich angesichts bestehender Rückstände auf mehreren Gebieten. Zu nennen ist hier die Humanisierung des Arbeitslebens, damit nicht mehr die "Perspektive" zwischen sinnloser Arbeitslosigkeit und sinnentleerter Arbeit besteht (Altvater).

Weitere Forderungen, zu deren Durchsetzung so die Mittel geschaffen werden, sind die nach einem systematischen und vorbeugenden Umweltschutz sowie die nach dem Ausbau des Bildungswesens und der Verbesserung der Wohnsituation.

WIDERSTAND ENTWICKELN

Gegen die unsoziale "Sparpolitik" entwickelt sich eine ganze Palette von Widerstandsaktionen der unterschiedlichen betroffenen Gruppen. Nach dem bewährten Prinzip "Spalte und herrsche" versucht man von staatlicher Seite die betroffenen Gruppen gegeneinander auszuspielen.

Deshalb ist ein integraler, d.h. ein alle betroffenen Bevölkerungsgruppen umfassender, von ihnen zusammen organisierter und gemeinsam artikulierter Widerstand notwendig. Studentische Protestaktionen müssen sich in diesen Rahmen einordnen.

Einer Strategie gegen die Marginalisierung von "Randgruppen" kommt eine zentrale Bedeutung zu: die solidarische Einbeziehung von Arbeitslosen, Ausländern, "Aussteigern" ist nicht nur "moralische Pflicht", sondern zusammen mit organisiertem antikapitalistischem Widerstand politischer Kernpunkt der wirksamen Herausbildung einer arbeitnehmerorientierten Reformpolitik.

Unser Widerstand muß eine mörderische Front verhindern: zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, AEG-Arbeitern und AKW-Gegnern, zwischen Deutschen und Ausländern! Auch aus diesem Grunde ist es wichtig, daß gerade auf lokaler Ebene sich alle zusammenfinden, die an irgendeinem Ende des sozialen Elends knacken! Gewerkschaftsgruppen und Initiativen für die 35-Stunden-Woche, Ausländergruppen, Sozialhilfegruppen, Aufschrei-Initiativen, Graue Panther, Jugend- und Studenteninitiativen, Behindertenselbsthilfegruppen, Sozialappellanten, Arbeitslosenzentren, Anti-Rotstift-Komitees ...

Ein Kristallisationskern eines solch integralen, überregionalen und zielgerichteten Protestes ist die "Initiative Soziale Sicherheit", mit "Sozialappell", lokalen Sozialforen, überregionalen Konferenzen, sozialpolitischen Materialien und Aktionen.

Bündnispartner studentischen Protests sind die von Krise und Sparmaßnahmen materiell Betroffenen und vor allem die Gewerkschaften als Interessensvertretung der abhängig Beschäftigten. Die Krise erfordert nicht den Abbau, sondern den Ausbau des Sozialstaats. Unsere Politik muß Verteidigung von sozialer Absicherung und Kampf um etwas Neues, für sozialistische Veränderung in einem sein!

Grundforderungen im aktuellen Kampf sind:

- die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- sofortige Umsetzung des DGB-Beschäftigungsprogramms wie es auch der Münchner Appell "Gegen Sozialabbau - für Vollbeschäftigung" fordert,
- Schaffung neuer Arbeitsplätze unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten,
- Die Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich,
- den Ausbau der sozialen Sicherung,
- gegen Ausländerfeindlichkeit: für soziale und politische Gleichberechtigung.

Der Widerstand gegen Sozial- und Bildungsabbau insgesamt, die Etablierung einer krisenfreien, humanen und demokratischen, also sozialistischen Gesellschaft kann nur das Werk einer neuen gesellschaftlichen Reformkonstellation sein.

Diese läßt sich weder durch das Hinzuaddieren der verschiedenen Einzelbewegungen zu einem "Reformblock" erreichen, weder durch ein traditionelles Reform- oder Koalitionsbündnis, noch durch Integration "aller Oppositionellen" in der SPD.

Notwendig ist eine neuartige Bündiskonzeption, die die jeweiligen Positionen erkennen läßt und eine pluralistische Grundstruktur aufweist - mit dem Ziel, mittel- und langfristig gemeinsame antikapitalistische Ziele und Strategien zu erarbeiten und durchzusetzen.

Kurzfristig gilt es, punktuelle Vereinheitlichungen in zentralen gesellschaftlichen Krisenherden zu entwickeln (Beschäftigungsprogramm, soziale Sicherung, alternative Energiepolitik Umweltschutz, sozialer Wohnungsbau etc.). Auf diese Weise können wechselseitige Lernprozesse ermöglicht und gleichzeitig ein alternatives Regierungshandeln realisiert werden.

Für linke Hochschulpolitik besthet die Aufgabe,

der unterentwickelten Länder ihre Vormachtstellung auf dem Weltmarkt auszubauen und kollaborieren vielfach mit diktatorischen Eliten in diesen Ländern.

Der VDS-Vorstand wird von der MV beauftragt, die Studentenschaften weiterhin über die aktuellen Vorgänge in diesen Ländern zu informieren und Diskussionsansätze für eine weitere Solidaritätsarbeit für diese Länder und Regionen an die Basis zu vermitteln.

Drei Themen scheinen für die weitere Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnis entscheidend:

- o Die USA versuchen mit allen Mitteln, jede weitere Erosion ihrer Hegemonie - nach Kuba und Nicaragua - zu verhindern. Die Zunahme der Oppositionsbewegungen vor allem in El Salvador macht jedoch deutlich, daß die breite Bevölkerung immer weniger bereit ist, die ökonomischen und sozialen Konsequenzen ihres Hinterhofdaseins (Lateinamerika) zu ertragen.
- o Der Nahe Osten ist kein regionaler Krisenherd. In der gegenwärtigen labilen Weltlage, in der die Politik der friedlichen Koexistenz der Konfrontationspolitik der USA gewichen ist, können politische Spannungen in diesem Krisengebiet auch den Frieden in Europa gefährden.
- o Viele Anzeichen sprechen dafür, daß Polen auch in den nächsten Jahren Schauplatz eines gewaltigen Kampfes um die Demokratisierung staatssozialistischer Strukturen, um die Reformierung des "realen Sozialismus" und damit um die Zukunft der Gesellschaftsordnung sowjetischen Typs sein wird.

Lateinamerika

In fast allen Ländern dieses Kontinents terrorisieren reaktionäre Militärs die Völker, sind die politischen und gewerkschaftlichen Rechte unterdrückt und herrschen Terror und Verfolgung. Die USA versuchen mit allen Mitteln, jede weitere Erosion ihrer Hegemonie - nach Kuba und Nicaragua - zu verhindern. Die Zunahme der Oppositionsbewegungen macht jedoch deutlich, daß die breite Bevölkerung immer weniger bereit ist, die ökonomischen und sozialen Konsequenzen ihres Hinterhofdaseins zu ertragen.

Chile

In diesem Jahr liegt der Putsch gegen die UNIDAD POPULAR unter Allende 10 Jahre zurück. Grundsätzlich hat sich seitdem noch keine Änderung der Situation ergeben. Oppositionelle werden durch die Junta verfolgt. Es verschwinden immer noch Menschen spurlos. Das Junta"angebot" an Emigranten, nach Chile zurückzukehren, kann angesichts der Verfolgung linker Kräfte nur als Farce verstanden werden.

Nach wie vor stützt sich die Junta auf US-amerikanische Hilfe. Obwohl das Land nicht nur politisch sondern auch wirtschaftlich am Rande des Zusammenbruchs steht - Arbeitslosigkeit und Infation sind extrem hoch - gibt es in den USA interessierte Kreise, die an keine Änderung der Situation interessiert sind.

Kupfer, das wichtigste Exportgut und früherer Reichtum des Landes bringt kaum noch etwas ein. Die USA und ihre

XI. INTERNATIONALISMUS

Nach wie vor erwirtschaften internationale Konzerne, allen voran das US-Kapital, Extraprofite in den Ländern der sog. 3. Welt. Die optimalen Kapitalverwertungsbedingungen basieren im wesentlichen auf 2 Voraussetzungen:

1. bringen die sich für die Länder der sog. 3. Welt ständig verschlechternden Strukturen des Welthandels ("terms of trades") eine stetig steigende Abhängigkeit ihrer nationalen Wirtschaften von Auslandskapital mit sich, so daß die jeweiligen Regierungen in hohem Maße gezwungen sind, auf die Bedingungen der Kapitalgeber einzugehen
- und
2. wird die nationale Bourgeoisie - die häufig nur aus wenigen Familien besteht - durch Beteiligung an den Profiten soweit korrumpiert, daß sie sich willig als Wähler des Kapitalinteresses anbietet, geht es doch gleichzeitig um den Erhalt eigener Privilegien.

In dem Maße, in dem die Völker sich gegen die Herrschaft des Kapitals und der Tyrannen zur Wehr setzen, verschärfen die herrschenden Cliquen die Repression. Anfallende Kosten für militärische Ausrüstung und Ausbildung werden großzügig (z.B. über "Entwicklungshilfe") vom "großen Bruder" USA und seinen Verbündeten - auch der BRD - übernommen, sichern doch solche Investitionen reiche Pfründe für das Kapital.

Die Auswirkungen dieses Konzeptes sind bekannt: Der Vietnam-Krieg, der Putsch gegen die Regierung Allende in Chile, die stete Bedrohung und Kubas und Nicaraguas, die heutige Unterwerfung der Völker El Salvadors und Palästinas, die Unterstützung der Militärjunta im NATO-Löand Türkei usw.

Hier liegt eine wichtige Aufgabe für die antimperialistischen Kräfte in unserem Land, an der sich auch die VDS beteiligen müssen, in der Veröffentlichung von Gegeninformationen auf geeignetem Weg.

Ungeachtet grundlegender Differenzen zwischen den politischen Strömungen im studentischen Dachverband über die Einschätzung der Aktivitäten der Staaten des Warschauer Vertrages (z.B. in Sachen Afghanistan, Polen), die in der Arbeit des Verbandes dokumentiert werden sollen, setzen sich die VDS prinzipiell für die Verwirklichung der Menschenrechte im Sinne der US-Charta, die Unabhängigkeit der Völker und sozialen Fortschritt und gegen Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und Apartheid und für Frieden und Abrüstung ein.

Die VDS bemühen sich deshalb um möglichst breite Informationen über alle Länder, in denen die Verwirklichung dieser prinzipiellen Freiheitsrechte nicht erfüllt wird.

Die VDS bekräftigen ihre Solidarität mit dem Kampf der Völker in den unterentwickelt gehaltenen Ländern gegen Rassismus, Kolonialismus und Unterdrückung. Die VDS verpflichten sich, die aktive Unterstützung des Kampfes dieser Völker für soziale, politische und ökonomische Emanzipation zu verstärken.

Die großen Unternehmen aus den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten versuchen durch die Unterdrückung

den realen Zusammenhang zwischen kapitalistischer Ökonomie und Krise, den Zusammenhang von Rüstungsproduktion und Sozialbildungsabbau, staatlicher Politik und Entwicklung der Hochschule zum Ausgangspunkt ihres Protestes gegen den Sozial- und Bildungsabbau zu machen.

Studentischer Protest muß sich perspektivisch in den Rahmen einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik einordnen. Eine über Teilerfolge hinausgehende neue Qualität von Bildungs- und Sozialpolitik ist nur bei einer grundlegenden Änderung der Wirtschaftspolitik möglich.

Der Kampf dafür kann nie nur auf die soziale Basis der Studenten allein gestützt werden. Eine umfassende politische Alternative kann nur durchgesetzt werden, wenn die soziale Gruppe, die fundamental von der bestehenden Politik betroffen ist, nämlich die Arbeiterklasse, dafür aktiv eintritt.

Studenten können nur dadurch, daß sie an jeweiligen Forderungen aufzeigen, wo sie von der oben skizzierten Politik und den ihr zugrundeliegenden Interessen betroffen sind und wie sich ihre jeweiligen Forderungen in eine grundsätzliche Änderung dieser Politik einpassen, ihren Anteil zur Erreichung dieser Perspektive leisten.

Die VDS werden

- die o.g. gesellschaftspolitischen Zusammenhänge verstärkt verdeutlichen
- den Münchner Appell weiter unterstützen
- die Arbeit der ISS unterstützen: konkret den geplanten Kongreß sowie das vorgesehene Sozialmanifest
- am 13./15.05.1983 in einen eigenen Kongreß zum Thema "Bildungsfinanzierung: Möglichkeiten und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik" durchführen

II. HOCHSCHULE IN DER WIRTSCHAFTSKRISE

Auch im Hochschulbereich reflektiert sich die dramatische Verschlechterung der Bundes- und Landesfinanzen wie die zugrundeliegende wirtschaftliche Entwicklung:

- mit der Einschränkung des Hochschulausbaus, der Reduzierung der Mittel trotz steigender Studentenzahlen,
- mit der Einschränkung des studentischen Wohnbaus,
- mit Verschlechterungen der Ausbildungsförderung,
- mit Aufkündigung der Leistungen der Studentenwerke,
- mit Kürzungen im Personalsektor und in der Sachmittelausstattung.
- mit Privatisierung von bisher öffentlichen Aufgabenbereichen.

In der Krise dominiert das aktuelle Interesse des Kapitals an einer Verbilligung der Arbeitskraft, also Senkung ihrer "Produktionskosten" und an einer Dezimierung des vom Staat angeeigneten Teils des gesellschaftlichen Mehrprodukts ("Konzentration auf das Wesentliche").

Bei den beschriebenen Verschlechterungen handelt es sich nicht um eine flächendeckende gleichmäßige Einebnung der Mittel für den Hochschulbereich.

Die Redimensionierung des Hochschulwesens bedeutet zwar insgesamt Kürzung der Hochschulmittel als Folge der kapitalistischen Krise und staatlicher Sparpolitik aber auch Umverteilung innerhalb des Hochschulbereichs gemäß veränderter Kapitalbedürfnissen. Schon bestehende Unterschiede zwischen und innerhalb von Hochschulen werden verstärkt: durch unterschiedliche Mittel- und Personalzuweisungen, Anforderungskataloge etc.

Die vornehmlich zur Steigerung der Produktivkräfte notwendigen Sektoren (Technik, Naturwissenschaften) werden von den Kürzungen geringer betroffen, als z.B. die künstlerischen und geisteswissenschaftlichen Studiengänge. Die Kürzungen begünstigen eine Aufspaltung in relativ gut ausgestattete Studiengänge/Institute und einen billigen Massenbetrieb - der Ruf nach "Eliteuniversitäten" erscheint dagegen anachronistisch. Die Krise schlägt sich darüberhinaus nicht nur über staatliche Sparpolitik im Hochschulbereich nieder.

Über die materiellen Eingriffe hinaus wird die technokratische Studien"reform" festgeklopft:

- Neufassung und Standardisierung von Prüfungsordnungen,
- inhaltliche und formelle Reglementierung der Studiengänge,
- Einführung von internen NCs, verstärkte Selektion (z.B. Eingangstests).

In der Krise verändert sich das Verhältnis von Hochschulen, mittelbare Produktivkraft Wissenschaft und Gesellschaft. Über die sogenannte Studienreform sollen Inhalte und Form der Studienfächer im Hinblick auf Qualifikationen und Studiendauer den quantitativen und qualitativen Anforderungen und Studiendauer des (Arbeits-)marktes angepaßt werden.

Die Folgen für den Hochschulalltag der Student/innen /en sind verheerend: Isolation und Anonymität, Leistungs- und Konkurrenzdenken, fehlende soziale Absicherung und verheerende Berufsperspektiven - im vergangenen Jahr stieg die Akademikerarbeitslosigkeit um 45% - schaffen ein Klima von Angst, Enttäuschung und teilweise Resignation: die Perspektiven einer ganzen Generation scheinen verbaut.

BILDUNGSFINANZIERUNG

Die reale Basis der Ausdehnung des Bildungsbereichs in den ersten Jahren der sozialliberalen Koalition waren florierende Staatsfinanzen auf der Basis einer prosperierenden kapitalistischen Ökonomie. Mit dem Wegfall dieser Voraussetzungen beschleunigte sich der Reformabbau im Bildungswesen. Von 1975 bis 1978 steigen die Hochschulausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden nur noch geringfügig (Von 13.586.000 auf 14.600.000; in Prozent des Gesamthaushaltes: Anstieg Anfang der 70er Jahre - 1970: 3,5% - 1974: 4,0% - dann Rückgang - 1980: 3,5%).

Die Öffnung der Hochschulen (Die Zahl der Studenten stieg 1975-78 um mehr als 100.000) erfolgte auf dem Rücken von Studierenden, wissenschaftlichem und sonstigem Personal an den Hochschulen, da zur gleichen Zeit keine Ausweitung der Kapazitäten erfolgte.

Die Redimensionierung des tertiären Bildungsereichs, die Kürzungen durch die Finanzminister der Länder

Daher fordern wir:

- * Schluß mit der Hetze gegen Ausländer
- * Nicht Abbau, sondern Ausbau der Rechte der Ausländer; Schaffung gleicher Rechte, für die Ausländer in allen Lebensbereichen, z.B.: kommunales Wahlrecht!
- * Rücknahme aller Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung für die Ausländer; Wahrung ihres Menschenrechts auf Zusammenleben mit der Familie!
- * Rücknahme der ausländerfeindlichen Hochschulzugangsregelung!
- * Verwirklichung des Grundrechtes auf Asyl für alle politisch Verfolgten!

Arbeitsaufgaben für die VDS:

Größt mögliche Unterstützung der ASTen durch die VDS bei der Wahrnehmung folgender Aufgaben:

- + Einrichtung und Unterstützung von Ausländerreferaten und Arbeitsgruppen von Ausländern und deutsch-ausländischen Initiativen.
- + Kontakte und Zusammenarbeit mit demokratischen Selbstorganisationen und Selbsthilfegruppen von ausländischen Arbeitern.
- + Erstellung einer umfassenden Rechtsbroschüre für ausländische Studenten/innen.
- + Verstärkte Arbeit des Projektbereiches.

tinnen/en, den Iranern, hat sich die Zahl der Jobsuchenden in letzter Zeit stark erhöht. Alle Iraner, die Geisteswissenschaften studieren (steht alles im Koran, Studium überflüssig!) oder den iranischen Behörden politisch nicht genehm sind, dürfen keine finanzielle Unterstützung aus ihrem Heimatland beziehen. Im Iran ist dem Devisentransfer für die im Ausland Studierenden ein komplizierter Weg vorgeschrieben, damit keinesfalls Geld "unrechtmäßig" das Land verläßt.

Die finanziellen Schwierigkeiten führen dazu, daß die Studienzeit - rechnet man die Sprachschwierigkeiten hinzu - länger ist, als bei Deutschen. Jedoch: "Ausländische Studenten dürfen ihre Studienzeit nicht über Gebühr überschreiten", sagen die Herren der Ausländerbehörde und drohen die Verweigerung der Aufenthaltserlaubnis an. Hinzu kommen die Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche. Viele Vermieter, die bei der studentischen Zimmervermittlung des Studentenwerkes Zimmer oder Wohnung feilbieten, fügen hinzu: "Nur für deutsche Studenten."

Gemeinsam kämpfen

Es ist beschämend, daß nur 35 Jahre nach den schrecklichen Demütigungen und Verfolgungen, die ethnische und kulturelle Minderheiten in Deutschland erleiden mußten, Hetzkampagnen gegen Angehörige anderer Völker stattfinden. Gerade die Erinnerung an die Zeit des deutschen Faschismus, in der in diesem Land Menschen anderer Volks- und Kulturangehörigkeit erbarmungslos verfolgt und umgebracht worden sind, sollte uns veranlassen, alle ur erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, ausländergefeindliche Tendenzen, wie sie heute sichtbar sind, zu bekämpfen und unwirksam zu machen. Die Stigmatisierung von Ausländern hat die Funktion, unter den Deutschen ein Wir-Gefühl zu erzeugen, Zorn, Aggressionen und Angst gegen ein aufgebautes Feindbild zu richten, um das Nachdenken und Handeln gegen die kapitalistischen Ursachen der Wirtschaftskrise zu verhindern. Damit wird von einem Wirtschaftssystem abgelenkt, in dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen stattfindet, wobei die Rationalisierungsmaßnahmen des Kapitals zur Profitsteigerung ohne Rücksicht auf den Arbeiter einen Teil dieser Ausbeutung darstellen.

Der Versuch, einen Keil, vor allem zwischen deutsche und ausländische Arbeiter/innen zu treiben, hat zum Ziel, den Widerstand, den die Gewerkschaften gegen eine Wirtschaftspolitik zu Lasten der Arbeiter/innen jetzt leisten müssen, zu schwächen.

Dieser Widerstand kann nur von Deutschen und Ausländern gemeinsam geleistet werden. Das Schüren der Ausländerfeindlichkeit ist nur der erste Versuch der Spaltung dieses Widerstandes. Der Keil zwischen Arbeitslosen und denen, die noch Arbeit haben, ist schon angesetzt. Schon einmal hat in Deutschland die Zerschlagung demokratischer Strukturen mit rassistischer Hetze gegen eine Bevölkerungsgruppe angefangen. Wer heute Ausländerfeindlichkeit keinen Widerstand entgegengesetzt, leistet damit der Verstärkung reaktionärer Ordnungsvorstellungen Vorschub, von denen wir bald selbst betroffen werden können.

haben weitreichende Folgen. So wird insgesamt die NichtEinstellung von rund 100 ts (=tausend) Lehrern sowie Hochschullehrern einschließlich Assistenten festgelegt.

Die akutell schärfsten Einschnitte werden durch den sogenannten Schwierplan in NRW vorgenommen, der die Streichung von 1.800 Hochschulstellen und die Einstellung von 40 Studiengängen vorsieht.

Die Union versucht darüberhinaus eine "Privatisierung der Ausbildungskosten", also BAFÖG-Abbau, Semestergebühren u.ä. und verstärkt Tendenzen zur Privatisierung im Bildungswesen.

Eine längerfristige Bildungsplanung wird unmöglich durch die im krisenhaften Kapitalismus schnell wechselnden Arbeitskraftanforderungen einerseits, sowie die mangelnde Flexibilität der akademischen Bildung andererseits; sie greift infolgedessen nur in Teilbereichen.

BAFÖG AM ENDE

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz wurde vor 11 Jahren eingesetzt und löste die bis dahin bestehenden Förderungsmodelle ab. Das BAFÖG wurde als "Sozialgesetz" eingeführt, das bewirkt soll, daß Kinder aus sozial schwachen Familien - also vornehmlich aus Arbeiterfamilien - trotz der ohnehin schlechteren Chancen im momentanen Bildungssystem die Möglichkeit zur besseren Ausbildung bekommen. So werden Schüler ab der zehnten Klasse - der Sekundarstufe II - gefördert und ebenso Student/innen/en. Die Förderung der Schüler in den Berufsschulen, in den Fachoberschulen und in den Gymnasien sollte ihnen die Möglichkeit zum Studium eröffnen.

1. Mit der Verabschiedung der Haushaltsbegleitgesetze 1983 im letzten Dezember hat die CDU/F.D.P.-Regierung wahrgemacht, was sie schon früher forderte: Kahlschlag im Schüler-BAFÖG, Umstellung des Studenten-BAFÖG auf Vollkredit, die völlige Umstrukturierung des BAFÖG weg vom Sozialgesetz hin zum reinen Leistungsgesetz. Sondervorschriften zur Darlehensrückzahlung sollen Strebertum und Konkurrenzdruck unter den Studenten fördern.

Die Folge der Darlehensumstellung ist eine Verschuldung von über 40.000,- DM für den einzelnen Studenten. Für Studenten/innen insbesondere aus Arbeiterfamilien wird eine solche Verschuldung Grund genug sein, das Studium abzubrechen oder erst gar nicht zu beginnen, während Kinder reicher Eltern diesen Schuldenberg sich leisten können oder aber direkt ihre Eltern zahlen lassen.

Die weitgehende Streichung des Schüler-BAFÖG (je nach Schultyp fallen 70-94% der Schüler/innen aus der Ausbildungsförderung heraus) verhindert von vornherein, daß noch in nennenswerter Zahl Kinder aus Arbeiterfamilien an die HS kommen. Durch Einstellung der Förderung berufsqualifizierter Ausbildungen des Zweiten Bildungsweges (ZBW) wird die Durchlässigkeit des Bildungssystems abgeschafft. Besonders einschneidend dürfte sich auswirken, daß künftig als Folge bis zu 300 ts Schüler/innen aus dem berufsbildenden Bereich zusätzlich in die eh schon zu wenigen Ausbildungsstellen drängen werden.

Für die betroffenen Familien bedeutet der Wegfall bzw. die Umstellung des BAFÖG neben der Einschränkung der Selbständigkeit der Jugendlichen massive materielle Verschlechterungen, insbesondere in Arbeitnehmerhaushalten ist ein Abrutschen auf das Sozialhilfe-Niveau von 1.300,- DM Familieneinkommen absehbar, was im übrigen auch erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen durch Kostenabwälzung für die Kommunen nach sich zieht. Den BAFÖG-Demontage-Plänen der neuen Bundesregierung stellen die VDS ihre Forderungen entgegen:

- Abschaffung des Volldarlehen, darüberhinaus auch der Verzicht auf das bisherige Grunddarlehen, weil es haushalts- und finanzpolitisch Unsinn ist und vom Studium abschreckt.
- Anhebung des Bedarfssatzes auf DM 850,-, des Elternfreibetrages auf DM 1.750,-.
- Jährliche Anpassung der Bedarfssätze + Freibeträge an die steigenden Lebenshaltungskosten und Einkommen.
- Ausreichender Mutterschutz auch für BAFÖG-Geförderte.
- Eine Streichung der unsozialen Altersgrenzen, Fachrichtungswechseleinschränkungen und Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften.
- aufgreifen der Finanzierungsvorschläge, die von den Gewerkschaften und seinerzeit auch von der Bund-Länder-Kommission diskutiert wurden, d.h. Zusammenlegen aller Familien-Transferleistungen (Kindergeld, Steuerfreibeträge, BAFÖG etc.) und Verteilung dieser Gelder unter sozialen Gesichtspunkten.

Die Neuregelung bedeutet einen Abschied nun auch von der sozialen Bildungsreform. Diese materiellen Verschlechterungen werden verschärft durch Preissteigerungen bei den Mensaeissen, den Wohnheimmieten - vom "freien Wohnungsmarkt" gar nicht zu reden - und den Sozialbeiträgen.

Die VDS sind der Meinung, daß eine solche Politik der sozialen Auslese bewußt Bildungsprivilegien aufbaut für die, die über ihr Elternhaus 'eh schon privilegiert sind. Die soziale Absicherung muß erhalten bleiben. Sie öffnet die Hochschulen für Jugendliche die bisher Unterprivilegiert sind und trägt damit dazu bei, die gesamtgesellschaftlichen Willensbildungsprozesse zu demokratisieren. Denn nur bei ausreichender Bildung sind wir in der Lage, unseren politischen Willen zu artikulieren und politische Institutionen zu kontrollieren.

Die VDS verstärken die Auseinandersetzung um den Erhalt und Ausbau des BAFÖG und gegen die Einführung von Studiengebühren gemeinsam mit Gewerkschaften, Schülern und möglichst allen politischen Kräften links von der CDU.

STUDENTISCHE WOHNUNGSNOT

Mindestens jede(r) fünfte der Erstsemester hat zum Studienbeginn kein Dach über dem Kopf. Es fehlen Wohnheimplätze, der "freie" Wohnungsmarkt ist weitgehend dicht. Rund vier Monate gehen gewöhnlich für das Suchen einer Bude drauf. Zum viel zu geringen Angebot kommt das für Student/innen/en zu hohe Mietniveau, als Hauptproblem bei der Wohnungssuche. Etwa 75% haben von ihrem Einkommen, das oft deutlich unter 750,- DM liegt, bis zu 40% an Miete aufzubringen - Mieten von 300,-

Seit Jahren versuchen Kultusminister und Westdeutsche Rektorenkonferenz die Zahlen ausländischer Student/innen/en drastisch zu reduzieren, dabei geht es nicht um die ausländischen Student/innen/en, sondern gezielt gegen Bürger bestimmter "Entwicklungs"-länder.

Am 20.03.1981 beschloß die Kultusministerkonferenz (KMK) "Maßnahmen zur Verbesserung der Auswahl von ausländischen Studienbewerbern an Studienkollegs", die einen fast vollständigen Ausschluß iranischer, griechischer, türkischer und indonesischer Studienbewerber zur Folge haben.

Die "verbesserte Auswahl" sieht folgendermaßen

aus:

1. Griechische, iranische und türkische Studienbewerber können nur noch einen Studienplatz in der BRD erhalten, wenn sie bereits eine Aufnahmeprüfung zur Universität im Heimatland bestanden haben bzw. einen Immatrikulationsnachweis vorlegen können. Berücksichtigt man, daß nur 17-20% aller türkischen und griechischen Studienbewerber einen Studienplatz im Heimatland erhalten (-dann natürlich nicht im Wunderland BRD studieren wollen- wie viele kommen schon freiwillig in dies schöne Land, wo Milch und Honig fließen, die Sonne immer scheint, die Menschen lustig, freundlich und besonders gastfreundlich sind?) und die iranischen Universitäten seit zwei Jahren geschlossen sind, also kein Iraner eine Immatrikulationsbescheinigung vorlegen kann, dann können die KMK-Maßnahmen nur eine totale Beschränkung der Studienmöglichkeiten aus diesen Ländern bedeuten.

2. Indonesische Studienbewerber können "wegen der großen Anzahl gefälschter Sekundarabschlußzeugnisse" nur noch hier studieren, wenn sie eine Bescheinigung des indonesischen Unterrichtsministeriums ... vorlegen, aus der hervorgeht, daß keine Bedenken gegen eine Auslandsstudium bestehen". Ob indonesische Studienbewerber in Zukunft noch in der BRD studieren können, hängt jetzt davon ab, ob z.B. ihre Nasen einem Unterrichtsministeriumsbürokraten gefallen oder nicht. Das heißt, es können höchstwahrscheinlich nur noch sehr wenige, brave, fleißige, angepaßte, finanziell abgesicherte, politisch u.a. "unbedenkliche" Indonesier an deutschen Hochschulen studieren. Ließt man die Papiere und Berichte verschiedener Ausschüsse, die Empfehlungen zur Begrenzung der Studienmöglichkeiten für ausländische Studierende enthalten, kommt man zu dem Schluß, daß die KMK-Maßnahmen eine pseudo-"sachgerechte" Begründung für die Eliminierung bestimmter Nationalitätengruppen an deutschen Hochschulen liefern sollen. Zugunsten von graduierten Elitestudenten aus Ländern, an denen die BRD ein dringendes Interesse hat.

Aber auch für bereits studierende ausländische Kommilitonen wird die Situation bedrohlich:

Da sie kein Anrecht auf BAFÖG haben, müssen sie durch jobben ihren Lebensunterhalt sowie ihr Studium finanzieren. In Krisenzeiten ist ein solches Unterfangen schwierig bis unmöglich geworden. Ganz zu schweigen von einer längerfristigen Arbeit, die ohnehin nicht erlaubt ist. Tatsache ist, daß viele Studenten aus der "3. Welt" hier am Rande des Existenzminimums leben. Bei der zweitstärksten Gruppe der ausländischen Studen-

RGW Ländern (SVR Vietnam) die Berechtigung auf Asyl eher zugesprochen, als Bewerbern aus anderen Ländern (erinnert sei hier nur an die chilenischen Flüchtlinge!), die man des Wirtschaftasylantentum verdächtigt und so zu Asylanten 2. Klasse stempelt. Unter den Begriff "Wirtschaftasylanten" werden, so steht zu befürchten, auch viele Verfolgte aus faschistischen Regimen fallen. In dieser Gefahr wird eine gewollte Tendenz der Rechtsregierung sichtbar, etwa Bewerber aus der Militärdiktatur Türkei über den Vorwurf des Wirtschaftasyls in die Illegalität zu drängen. Legal, grundgesetzlich garantiert, ist nur das politische Asyl.

Das bei der Zuerkennung des Verfolgtenstatus mit zweierlei Maß gemessen wird, veranlaßt die VDS zu schärfstem Protest.

Alle diese Maßnahmen gegen Asylbewerber wurden getroffen, obwohl gerade Deutsche die historische Verpflichtung haben, politische Flüchtlinge aufzunehmen, denn viele Deutsche hätten die Zeit des deutschen Faschismus nicht überlebt, hätten ihnen andere Nationen kein Asyl gewährt.

Deshalb fordert die VDS, daß alle Asylbewerber gleichbehandelt werden und das bisher durchgesetzte oder angestrebte Verschlechterungen in der Asylrechtspraxis rückgängig gemacht oder verhindert werden. Die "Humane Lösung" des Ausländer"problems" stellen sich "christliche Politiker" folgendermaßen vor:

Renten- und Arbeitslosenversicherungsansprüche sollen wie Kindergeldansprüche unter Wahrung einer Ausschlussfrist kapitalisiert werden. Ziel dieser Kapitalisierung ist es, Anreize zur Rückkehr in die wenig Perspektiven bietenden Herkunftsländer (oftmals nach mehrjährigem Aufenthalt in der BRD) zu schaffen.

Die VDS lehnen diese Abschiebung mit "menschlichem" Touch, um nichts anderes handelt es sich hier, ab. Notwendig sind Maßnahmen, die das Miteinanderleben von Deutschen und Ausländern ermöglichen. Dabei darf die selbstverständliche Anerkennung des Rechtes auf kulturelle Eigenständigkeit nicht als Vorwand für weitere Ghettoisierung der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien genutzt werden. Entgegen der Auffassung der Rechtsregierung ist von einem ständigen Aufenthalt der Meisten in der BRD auszugehen. Es kann also nicht mit Hinweis auf kurzfristige Aufenthalte in der BRD ihre Integration vernachlässigt bzw. verhindert werden. Integration darf nicht als "Germanisierung" mißverstanden werden, sondern stellt einen Prozeß der interkulturellen Gegenseitigkeit dar.

Die Situation ausländischer Student/innen/en an deutschen Hochschulen

Gegenwärtig studieren 58.000 ausländische Student/innen/en bei einer Gesamtzahl von ca. 1 Million deutscher Studenten an den Hochschulen der BRD. 90% der Ausländer kommen aus den entwickelten Ländern der sogenannten "3. Welt". Zahlenmäßig am meisten vertreten sind Studierende aus der Türkei (5.700), dem Iran (4.700), Griechenland (4.700), und Indonesien (3.300). (Stand: WS 79/80)

DM sind keine Seltenheit, die durchschnittliche Kaltmiete betrug 1981 etwa 200,- DM.

Den vorgesehenen Rückzug des Bundes aus dem studentischen Wohnungsbau lehnen wir ab. Er führt zu einer verschärften Wohnungsnot in den Universitätsregionen. Vielmehr muß für bestimmte von der Wohnungsnot stark betroffene Bevölkerungsgruppen und kinderreiche Familien, Lehrlinge, Student/innen/en, junge Familien, Rentner etc ausreichend Wohnraum geschaffen werden.

Als notwendige "Sofortmaßnahme" sehen die VDS an, das die Studentenwerke mit Zuschüssen der öffentlichen Hand für einen begrenzten Zeitraum Plätze in Pensionen, Heimen oder Jugendherbergen anmieten. Längerfristige Forderungen sind konsequente Anwendung der Wohnraumzweckentfremdungsverordnung, Beendigung der Vernichtung preiswerten Wohnraums, Vermietung von aus Spekulationsgründen leerstehenden Häusern/Wohnungen, verstärkter Bau von eigenverwalteten Wohnheimen unter städtischer bzw. Studentenwerks- oder AStA-Trägerschaft mit Beteiligung von Student/innen/en schon bei Planung und Bau.

Darüberhinaus muß auch die qualitative Wohnsituation verbessert werden. Neben der Förderung alternativer Lebensformen wird es in Zukunft nötig sein, die vorhandenen Mittel für den sozialen Wohnungsbau und für den studentischen Wohnheimbau zusammenzulegen, um durch gemischte Bauweise eine Ghettoisierung einzelner Gruppen zu verhindern. Wenn die Studentenzahlen wieder sinken, werden diese Wohnheime mit ihren Einzelzellen zu Ruinen verkommen, weil kein anderer darin wohnen kann. Ein Beispiel für eine positive Reaktion darauf ist das Förderungs-Programm des Landes NRW für den Bau von Studenten-Wohnungen, die - anders als bisher - in den normalen Wohnungsbau integriert sind.

Die VDS werden sich in diesem Jahr Gedanken darüber machen, wie unter dieser Prämisse der gesamte soziale Wohnungsbau (wazu auch der studentische gehört) neu gegliedert werden könnte. Dabei werden die VDS auf die Ergebnisse des mittlerweile abgeschlossenen Projektes Wohnen zurückgreifen.

AKADEMIKERARBEITSLOSIGKEIT

Am einschneidendsten auf lange Sicht ist die Propagierung der "Entkoppelung von Bildungs- und Beschäftigungssystem" auf Kosten des Bildungssystems.

Die Zahl der Hochschulabsolventen und vor allem das Arbeitsplatzangebot im öffentlichen Dienst entwickeln sich gegenläufig. Es ist vor allem die Sparpolitik im Schulbereich, die diese Schere weiter öffnet.

Die Zahl der arbeitslosen Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen nimmt drastisch zu. Nach den Berichten der Bundesanstalt für Arbeit stieg im September 1982 in den technischen und naturwissenschaftlichen Berufen die Zahl der Arbeitslosen um 54% gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 20.600 und den sozial-, erziehungs- und geisteswissenschaftlichen Berufen um 38% auf 76.900 Arbeitslose. Die GEW spricht von allein 30.000 Lehrern. Nimmt sich dies bei der Gesamtarbeitslosigkeit von 1,8 Millionen im September 1982 fast noch

gering aus, werden schon in der nächsten Zukunft drastische Verschlechterungen unserer Berufsperspektive offensichtlich: selbst bei "optimistischen Annahmen" rechnet das Kieler Institut für Weltwirtschaft damit, daß bis 1990 rund 150.000 ausgebildete Lehrer/innen keine Beschäftigung im Schuldienst finden werden.

Konsequenzen der Akademikerarbeitslosigkeit ist auch die Verdrängung von weniger Qualifizierten durch die jeweils höher Qualifizierten, was letztendlich zur Chancenlosigkeit immer größerer Teile der sozial Schwächsten beiträgt.

**AKTUELLE AUFGABEN STUDENTISCHER POLITIK
GEGEN DEN BILDUNGS- UND SOZIALABBAU**

- Organisierung von Protest gegen den Bildungs- und Sozialabbau durch die Unterstützung und Propagierung des "Sozialappells" und die Mitarbeit in örtlichen und regionalen Initiativen sowie bundesweit in der "Initiative soziale Sicherheit".
- Unterstützung und Propagierung der Gewerkschaftsforderungen und des Münchner Appells als kurzfristige Alternativen zur herrschenden Wirtschaftspolitik.
- Diskussion über alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik an den Hochschulen intensivieren.
- Erarbeitung eines alternativen wirtschafts- und sozialpolitischen Programms für den Hochschulbereich, das sich in diesen kurz- und längerfristigen Rahmen einordnet.

Für die Bereiche Bildungs- und Ausbildungsfinanzierung, studentische Wohnungsnot und Akademikerarbeitslosigkeit müssen schlüssige und politisch handhabbare Konzeptionen erarbeitet werden, die über die bisher an der Hochschule propagierten plakativen Formeln hinausgehen.

Auch gilt es besonders auf die Benachteiligung der Frauen zu diesen Teilbereichen einzugehen und diese verstärkt zu thematisieren:

- * die Förderungsdauer von BAFÖG soll bei Schwangerschaft während der Studienzzeit um mindestens 1 Semester verlängert werden;
- * bevorzugte Berücksichtigung von Frauen bei der Besetzung von Lebenszeitstellen im Mittelbau;
- * bei Berufung Bevorzugungen von Frauen vor männlichen Bewerbern bei gleicher Qualifikation;
- * Einrichtung von Lehrstühlen für Frauenforschung;
- * Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die den Hauptbündnispartner sozialistischer Hochschulpolitik darstellen;

Eine besonders enge Zusammenarbeit mit der GEW (z.B. BAFÖG-Aktivitäten, Vorschläge zur Bekämpfung der Wohnungsnot) ist anzustreben;

- * Zusammenarbeit zwischen VS, Personalräten, fortschrittlichen Hochschullehrern (z.B. BdWi) im Kampf gegen Stellenstreichungen, Haushaltskürzungen, Entlassungen usw. ist anzustreben;

handelte.

Die ausländischen Arbeiter sollen den Unternehme(r) nutzen, aber möglichst keine Kosten verursachen, sie sollen arbeiten und Steuern bezahlen, aber möglichst keine Leistungen des Staates beanspruchen.

In über zwei Jahrzehnten haben sie die besonders schweren und gesundheitsgefährdeten Arbeiten übernehmen müssen, in Krisenzeiten dagegen sollen sie abgeschoben werden.

Die ausländischen Arbeiter/innen und ihre Kinder sind nicht schuld an der Arbeitslosigkeit, sie sind, wie ihre Kollegen/innen Opfer der kapitalistischen Krise. Schuld an der Arbeitslosigkeit ist eine Wirtschaftsordnung, in der unternehmerisches Profitstreben die Hauptsache ist, Arbeiter/innen aber, ganz gleich ob Ausländer oder Deutsche, nur ein Faktor der kapitalistischen Ausbeutung darstellen.

Und nur die ausländischen Männer sollen abgeschoben werden? Frauen und Kinder sind nicht schuld an der Arbeitslosigkeit - sie sind, wie ihre deutschen Mitbewohner, ihre Opfer!

Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen

- * Arbeitslose Ausländer, die jahrelang in die Arbeitslosenunterstützung eingezahlt haben, werden ausgewiesen;
- * Ausländische Jugendliche, die älter als 16 Jahre sind, dürfen nicht mehr zu ihren Eltern in die Bundesrepublik ziehen, selbst wenn beide Elternteile hier leben; die CDU-Regierung will die Altersgrenze sogar auf 6 Jahre herabsetzen;
- * nach einer Regelung des Berliner Senats können sogar ausländische Jugendliche, die bereits in Berlin bei ihren Eltern leben, ausgewiesen werden, wenn sie bei Erreichen des 18. Lebensjahres keine Arbeits- bzw. Ausbildungsstelle haben;
- * hier lebende Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis haben, dürfen für die oft mehrere Jahre ihres Studiums nicht mehr ihre Ehegatten und Kinder nachholen.

Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen gegen Asylbewerber/innen

Besonders hart getroffen von Regierungsmaßnahmen sind die politischen Flüchtlinge, die in die Bundesrepublik kamen, um hier Schutz vor Verfolgung zu finden, denn seit Jahren wird das Grundrecht auf Asyl ausgehöhlt, so daß heute kaum noch von Asylrecht zu sprechen ist.

- + Für die "Hauptfluchtländer" wurde ein Visazwang eingeführt, damit die Flüchtlinge erst gar nicht in die Bundesrepublik können;
- + Asylbewerber werden in Lager eingewiesen. Sie dürfen die ersten zwei Jahren nicht arbeiten. Somit müssen sie zwangsweise von Sozialhilfe leben, wodurch gerade sie auf Ablehnung stoßen;
- + die Möglichkeit, Asyl zu bekommen, wird durch eine Verkürzung des Rechtsweges und die Handhabung der dafür zuständigen Stellen, eingeschränkt.
- + für Asylbewerber aus den Ländern des Warschauer Vertrages gilt eine modifizierte Regelung über das Recht zur Arbeitsaufnahme. Dadurch wird der Gleichheitsgrundsatz verletzt.
- + In der Praxis wird aus politischem Kalkül Betroffenen aus

X. AUSLÄNDER/INNEN

Ausländerfeindlichkeit

In den letzten beiden Jahren breitete sich in der Bundesrepublik Fremdenhaß aus. In Parolen an Straßenecken, in Anschlägen auf Ausländerwohnheime, Angriffen auf Ausländer (wie am 01. Mai die brutalen Attacken betrunkenen Fußballfans auf türkische Arbeiter) entladen sich neofaschistische Politik, aber auch Aggressionen verhetzter Menschen als Ergebnis permanent geschürten Ausländerhaßes.

Politiker der bürgerlichen Parteien überbieten sich mit Vorschlägen, möglichst schnell möglichst viele Arbeitsimmigranten und ihre Familien wieder in ihre Heimatländer zurückzubefördern.

Politiker der neuen Regierung überbieten sich mit Angst und Vorurteile werden geschürt

Ausländer werden für die Krise dieser Gesellschaft verantwortlich gemacht, werden als Ursache für Arbeitslosigkeit und Kriminalität genannt. Insbesondere Türken werden verurteilt. Sie reden anders als wir, besitzen eine andere Kultur und Religion. Aber hat das alles früher eine Rolle gespielt?

Die Wirtschaftskrise hat viele Menschen arbeitslos werden lassen, noch viel mehr haben Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Einschlägige Presse, z.B. Bildzeitung, machen die Ausländer für die Ursache von Arbeitslosigkeit und Kriminalität verantwortlich. Reaktionäre Kreise und Neonazis tragen die Ausländerfeindlichkeit in breite Kreise der kapitalistischen Gesellschaft bzw. versuchen durch gezielt angewandte Gewalt ausländische Arbeiter/innen aus der BRD zu vertreiben.

In der Konkurrenz- und Ellenbogengesellschaft der BRD wird von Jugend an in Schule und Medien ein Denken gefördert, welches später den Verlust des Arbeitsplatzes als individuelles Versagen erscheinen läßt. Der Verlust der Rolle z.B. des Ernährers der Familie, die Verurteilung zur Untätigkeit, das Gefühl nicht mehr gebraucht zu werden, lassen viele Menschen verzweifeln. Auf dieser kollektiven Verunsicherung hat die Ausländerhetze eine fruchtbare Grundlage.

Wenn sich die Kieler Liste für Ausländerbegrenzung als Motiv ihrer Gruppe den von einer schwarzen Welle überfluteten Kirchturm gewählt, die BI Ausländerstopp in Bochum vom "Ausländerproblem als Zeitbombe" schreibt, im 'Heidelberger Manifest' von der "Unterwanderung" des deutschen Volkes geschwafelt wird, Alfred Dregger vor den 2 Millionen in Anatolien wartenden Türken warnt, und die Gefahr eines aussterbenden Volkes beschworen wird, so entsprechen diese Symbole und Begriffe nicht zufällig faschistischen Mustern. Durch apokalyptische Bilder soll endzeitstimmung erzeugt und gesteigert werden, irrationale Ängste, verdrängt und überrollt zu werden, werden mobilisiert um Ausländer ausgrenzen und stigmatisieren zu können.

Es wurden Arbeitskräfte gerufen, aber es kamen Menschen

Die deutsche Wirtschaft holte im Wirtschaftsboom Menschen ins Land, die gern Gastarbeiter genannt werden, bei denen es sich aber ausschließlich um den Import ihrer Arbeitskraft

* die VDS unterstützen und arbeiten aktiv im "Kuratorium Chancengleichheit" mit. Voraussetzung ist, daß in der inhaltlichen Arbeitsgrundlage Grundsatzpositionen von VDS und DGB/GEW erkennbar sind.

Von zentraler Bedeutung ist der Kongreß "Bildungsfinanzierung: Möglichkeiten und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik", den die VDS im Mai veranstalten. Als zentrale Aktivität zu diesem Bereich ist dieser Kongreß öffentlichkeitswirksam an den Hochschulen anzukündigen. Ferner erscheinen zur Vorbereitung des Kongresses zwei Nummern der neuen VDS-Theoriezeitung mit Schwerpunkt zu diesem Thema.

In den Rundbriefen ist darüberhinaus kontinuierlich über den neuesten Diskussionsstand alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu informieren.

III. FRAUEN GEBEN IHRE RECHTE NICHT AUF!!!

In Krisenzeiten wird immer wieder versucht, Frauen aus Beruf und Hochschule zu verdrängen. Der derzeitigen konservativen Bundesregierung liegt hierfür ihr reaktionäres Frauenleitbild zugrunde:

"... Eine sanftere Gesellschaft ist viel eher auf eine 'Verweiblichung' der Einstellung zum Leben angewiesen. Die den Frauen zugeschriebenen 'Tugenden', das von unserer Kultur ihnen anerzogene Verhalten, könnte viel eher als allgemeines Lebensmuster zur Entkrampfung der harten Industriegesellschaft beitragen als der robuste Durchsetzungswille, den unsere Kultur den Männern reserviert hat. Das Glück dieser Erde ist jedenfalls nicht an die Erwerbstätigkeit gefesselt. ..."
Norbert Blüm: Gewerkschaften zwischen Allmacht und Ohnmacht

Der Politik der Kohl/Genscher Regierung liegt diese Position zugrunde, wie erste Maßnahmen bereits zeigen:

- Unter der Bildungsministerin Wilms fällt eine noch von Engholm erstellte Broschüre, die Mädchen zum Erlernen von 'Männerberufen' motivieren soll, dem Papierwolf zum Opfer und kommt somit nie zur Verteilung; darüberhinaus betreibt die Regierung eine Politik, die darauf abzielt, daß Frauen, die eine Ausbildung in einem sog. "Männerberuf" gemacht haben, nicht weiterbeschäftigt oder fest angestellt werden, weil Männer vorrangig einzustellen sind.

- In den Medien wird propagiert, daß verheiratete Frauen nicht arbeitslos werden können, da sie ja zwei Berufe hätten, den im Betrieb und den 'an Heim und Herd'. Bei verheirateten Frauen wird die Anfechtung des Rechts auf Arbeit soweit getrieben, daß sie als Mitverantwortliche für die Arbeitslosigkeit der Männer herhalten müssen.

- Es wird aufgrund der Gleich- bzw. sogar Höherstellung von Hausarbeit zur Berufstätigkeit die Diskussion der 'Hausfrauenlöhne' und 'Hausfrauenrente' forciert.

- Die BAFöG-Umstellung (bei Student/innen/en) auf Darlehen, die zwar Arbeiter- und Angestelltenkinder, ob männlich oder weiblich, gleichermaßen aus den Hochschulen verdrängen soll, aber Frauen aufgrund ihrer sozialisationsspezifischen

Erziehung noch verstärkter vom Studium abhalten wird. In Arbeiter- und Angestelltenfamilien wird es wieder dazu kommen, daß eher der Junge als das Mädchen studieren darf. Das Mädchen soll dem Jungen nicht die Möglichkeit nehmen, durch eine bessere Ausbildung später die Familie ernähren zu können. Durch die BAFÖG-Umstellung werden althergebrachte gesellschaftliche Leitbilder, die den Gleichstellungsbestrebungen von Frauen entgegenstehen, wieder verfestigt. Allen-erziehenden Müttern wird das Studium unmöglich gemacht.

Wartet nicht auf bessere Zeiten

Aufgaben im Sommersemester 1983 und Wintersemester 83/84

Die anstehenden Aufgaben (Sicherung des Friedens, Widerstand gegen BAFÖG- und Sozialabbau, Kampf gegen Rechts, für Forschung und Lehre im Interesse von Frauen - sind von elementarem Interesse nicht nur für uns Studentinnen, sondern für alle Frauen. Sie lassen sich auch nur bewältigen und lösen durch die Zusammenarbeit mit allen Initiativen und Organisationen, die sich aktiv gegen die Diskriminierung der Frauen einsetzen.

Deshalb setzen sich die VDS aktiv für eine Zusammenarbeit mit den verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung ein. Sie suchen den Kontakt mit Frauengruppen an Hochschulen und unterstützen den Aufbau von Frauenreferaten.

DIE VEREINIGTEN DEUTSCHEN STUDENTENSCHAFTEN:

- unterstützen die Forderungen der Initiativen, die sich gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr wehren.
- fordern den Erhalt und Ausbau von Kitas, vom Krippenalter an, sowie ausreichendes und qualifiziertes Personal;
- fordern Forschung und Lehre, die Frauen als Subjekt und Objekt von Wissenschaft miteinbeziehen. Wir fordern in diesem Zusammenhang die Finanzierung von Frauenforschungsprojekten und wehren uns gegen frauenfeindliche Lehrinhalte;
- fordern die weitere Finanzierung und den Ausbau von nicht-konfessionellen gebundenen Beratungsstellen und Pro familia Modell und Kliniken;
- die Rücknahme der BAFÖG-Umstellung auf Darlehen sowie dessen Ausbau und die Aufnahme eines Mutterschutzes im BAFÖG-Gesetz, mindestens angeglichen an die gesetzlichen Regelungen für berufstätige Frauen;
- Anrechnung des Unterhalts von Kindern auf die Höhe des BAFÖG's;
- ersatzlose Streichung des §218 aus dem Strafgesetzbuch

ZUR SITUATION VON FRAUEN AN DEN HOCHSCHULEN

De jure haben Frauen und Männer in der Bundesrepublik gleiche Zugangsrechte zu allen öffentlichen Bildungsangeboten. De facto kann jedoch von einer ausgeglichenen Repräsentanz immer noch nicht ausgegangen werden, obwohl sich die Beteiligung

Arbeitsaufträge

- * Sammlung, Sichtung und Verbreitung der vielen Publikationen, die an den Hochschulen in jüngster Zeit zum Thema Hochschule /Nationalsozialismus entstanden sind (z.T. ASten Broschüren, Uni Freiburg, Uni Gießen, Uni Kiel ...)
- * fachspezifische Bearbeitung von Nationalsozialismus und Neo-Faschismus/Rechts-Extremismus sowie Wissenschaft im Nationalsozialismus in allen Fachtagungen - Auswertung der Ergebnisse.
- * (Re-) Aktivierung des Projektbereichs Lehrerausbildung nach Möglichkeiten in Zusammenarbeit mit der GEW, VVN, AVS etc.
- * Unterstützung bundesweiter und regionaler Aktionen von Verfolgtenorganisationen.
- * Erstellung einer entsprechenden Nummer der (geplanten) Theorie-Zeitung
- * Versendung von Referenten/Materialien/Medienlisten an die ASten
- * Auseinandersetzung mit den Intentionen und den Initiatoren des sog. Heidelberger Manifestes sowie dem rechtsradikalen RFS an den Hochschulen.
- * Dokumentation des Verhaltens von Professoren und ihren Organisationen sowie der studentischen Verbindungen vor der Machteroberung der Nazis sowie während der NS-Zeit.
- * Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtübertragung an den deutschen Faschismus und aus Solidarität mit dem chilenischen Volk im 10. Jahre der Unterdrückung durch die faschistische Junta ergreifen die VDS eine Initiative zur Durchführung einer Diskussions- und Kulturgroßveranstaltung. (Anzusprechen wären Vertreter des breiten Spektrums des antifaschistischen Widerstandes!)

Die Universitäten haben sich im Frühjahr 1933 allesamt symbolisch durch "Große nationale Kundgebungen" in den Nationalsozialismus eingegliedert. Bücherverbrennungen verfemter Autoren, Fackelzüge und Festkommerse der Studentenkorporationen bildeten das Rahmenprogramm. Die Studentenverbindungen stellten Fahnenabordnungen und Ehrenwachen. Die Reihen waren fest geschlossen. Dabei ist der Nationalsozialismus - dies wurde in den vergangenen Jahren von kritischen Studenten und Dozenten allorts herausgearbeitet - den Hochschulen nicht einfach von außen, im Sinne einer politisch-repressiven Disziplinierung übergestülpt worden; er stieß an den Hochschulen auf mannigfache soziale, politische, ideologische, wissenschaftliche Dispositionen, die ihm entgegenkamen und ihn transprotierten.

Am 22.04.1933 feierte der Hochschulverband, die Landesvertretung der deutschen Professoren, in einer unaufgefordert abgegebenen Ergebenheitsadresse das neue Regime als "die Wiedergeburt des deutschen Volkes".

die Hochschulen haben 1983 eine spezifische Verpflichtung zur Auseinandersetzung mit ihrer Tradition.

die Auswirkungen der NS-Zeit auf die Menschen "erfahrbar" zu machen. Die Auseinandersetzung mit dem NS-Alltag berührt u.a. die Fragen nach Widerstand bzw. Resistenz und/oder Anpassung der Arbeiterschaft sowie der Jugendlichen und die unter neuen Schwerpunkten diskutierte Rolle der Frau (en).

3. Die Möglichkeit, mit ehemaligen Widerstandskämpfern zu sprechen, führt zur lokalen Geschichte. Die Aufarbeitung u.a. von Verfolgung und Widerstand vor Ort kann die meist abgeschnittenen Schulfächer mit Leben füllen und einen sinnhaften Traditionszusammenhang herstellen.
4. Antifaschistische Projektstage können Schüler dazu motivieren, eigene, von Leistungsdruck und Zensurzwang, Aktivitäten phantasievoll zu entfalten. Planung und Organisation sollten deshalb auch im wesentlichen in den Händen der Schüler liegen.

Diese Ansätze zielen auf Betroffenheit ab, aber einer Betroffenheit, die Jugendlichen an Einzelschicksalen oder überschaubaren Situationen verarbeiten können.

Niemand sollte sich allerdings der Illusion hingeben, daß politisch-historische Aufklärung und Aufarbeitung der Alltagsprobleme (z.B. Diskussion über Jugendarbeitslosigkeit) bereits Einstellungsänderungen bewirken werden. Vielmehr müssen besonders die für (Neo-)Faschismus anfälligen Jugendlichen Gelegenheiten haben, andere Erfahrungen zu sammeln: z.B. dass gleichberechtigte Beziehungen untereinander und solidarische Interessenvertretung auch in emotionaler Hinsicht befriedigender sein können, als sich irgendwelchen Führerfiguren unterzuordnen oder sinnlos Aggressivität auszuleben. Hier hätte insbesondere die gewerkschaftliche Jugendarbeit verstärkt anzusetzen.

Politische Perspektiven

Da die beschriebenen Erscheinungen ihre Wurzel in realen gesellschaftlichen Problemen haben, ist diesen Erscheinungen auch nur grundlegend zu begegnen. Gegen die Tendenzen eines neuen Konservatismus und einer autoritären Formierung des Staates müssen wir an der Herstellung einer sozialistischen Demokratie arbeiten, in der die Grundrechte erweitert werden und Selbstverwirklichung der Menschen in allen Bereichen hergestellt wird. Zentral notwendig ist dafür die Umsetzung einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie von uns an anderer Stelle näher ausgeführt wird.

Die inhaltliche Abklärung politischen Handelns ist umso wichtiger, als die Politik der linken Organisationen SPD, KPD und ADGB im Zuge der kapitalistischen Krisenbewältigung und der sog. Machtergreifung vor 50 Jahren schlichtweg katastrophal war. Dazu gehörte die Unfähigkeit, eine (wirtschafts-) politische Alternative zu entwickeln bzw. vorhandene Ansätze sichtbar zu machen. Dazu gehörte auch, daß die mitgliederstärkste und bestorganisierte Arbeiterbewegung der Welt der "Allianz" von Großindustrie, alten Eliten und nationalsozialistischer Massenbewegung fast kampflos das Feld räumte.

"An den Folgen leiden wir noch heute." (A. Klönne)

von Frauen im Bildungswesen im Laufe des letzten Jahrzehnts insgesamt positiv entwickelt hat. Es wäre jedoch erheblich zu kurz gegriffen, die Problematik der Chancengleichheit von Frauen im Bildungssystem (hier speziell im Hochschulwesen) nur anhand der jeweiligen Beteiligungsquoten - also rein quantitativ - aufzuarbeiten; dennoch verfügen sie über einige Aussagewerte:

Zahlenmaterial über die Beteiligung von Frauen im Hochschulsystem

Trotz der Tatsache, daß sich der weibliche Anteil an allen Studienberechtigten deutlich erhöht hat, streben erheblich weniger Frauen auch tatsächlich ein Hochschulstudium an (nur 63% der weiblichen gegenüber 73% der männlichen Studienberechtigten). Gründe für dieses verstärkte Bemühen um Ausbildungsalternativen zum Studium dürften in geschlechtsspezifisch geprägten Berufsperspektiven und Einschätzungen der späteren Beschäftigungschancen liegen - dies sowohl im Hinblick auf die Berufs- und Arbeitsinhalte als auch auf die spätere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Folge: 1980 waren nur 40,1% aller Studienanfänger in der BRD weiblichen Geschlechts (an den Fachhochschulen sogar nur 31,8%), der Frauenanteil unter den Studierenden betrug nur 36,7% (Vergleich FHS: 29,5%), was auf eine höhere Abbrecherquote als bei Männern schließen läßt. Andererseits beenden Frauen ihr Studium im Durchschnitt schneller als ihre männlichen Kommilitonen.

Was die Beteiligung von Frauen im Bereich der Lehre und Forschung betrifft, verdeutlicht sich eine noch eklatantere Unterrepräsentanz: nur 5% aller Professoren waren bei der letzten Umfrage 1977 Frauen, ihr Gesamtanteil am wissenschaftlichen Personal betrug ebenfalls nur 11%. Zwar vermitteln diese Zahlen einen ersten Überblick - so u.a. über die Diskrepanz zwischen dem Frauenanteil an Studierenden einerseits und den Lehrenden andererseits - nichtsdestotrotz verdecken sie aber auch wesentliche inhaltliche Merkmale des Frauenstudiums:

Konzentration auf bestimmte Studienfächer

Als Studentinnen schließlich erfahren Frauen sehr schnell die Konflikte, die sich für sie aus den Anforderungen, Werten und Normen einer männerdominierten Institution wie der Hochschule ergeben.

Die im weiblichen Sozialisationsprozeß erlernten Fähigkeiten, Einstellungen, Problemsichten und Handlungsstrategien kollidieren mit dem 'männlichen' Anforderungskatalog des Hochschulsystems, die vielfach auch im Hinblick auf die späteren formalen Karrierebedingungen nur an "typisch männlichen" Lebensläufen ausgerichtet sind.

Die meisten Frauen haben nicht gelernt, sich dieser Diskriminierung zu widersetzen: die weiblichen Ideale von Bescheidenheit und Rücksichtnahme stehen der Entwicklung von Durchsetzungsfähigkeit diametral entgegen. Auch die Hochschulen zeigen so keinen Ausweg aus diesem Dilemma: Frauen sitzen schweigend in Seminaren, weil ihnen eine Identifikation

mit den angebotenen Lehrinhalten nahezu unmöglich ist und sie deshalb aus ihrem Lernprozeß kein Selbstbewußtsein beziehen können. Ihre Auseinandersetzung mit einer schlecht hinterfragbaren, praxisunabhängigen, zudem frauenfeindliche Elemente aufweisenden Wissenschaft - in der ansonsten Frauen so gut wie nicht vorkommen - führt, verständlicherweise, in vielen Fällen zur Resignation der Betroffenen.

Frauenforschung und Frauenstudien

Erst im Zuge der Frauenbewegung ist es möglich geworden, die Forderung nach einer Wissenschaft zu stellen, die sich auf die Sozialisation, Interessen und Bedürfnissen von Frauen bezieht und sie somit zum SUBJEKT von Wissenschaft macht.

Diese vielfältigen Initiativen zur Frauenforschung, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die Dominanz männlicher Normen in Inhalten und Methoden von Studium und Forschung abzubauen, andere Lehr- und Lernformen mit einer positiven Annahme des sozialisationsbedingten Verhaltens von Frauen zu erproben, die eigene Betroffenheit in den Forschungsprozeß mit anschließend erfolgreichem konkreten - parteilichen-Engagement einzubeziehen sowie frauendiskriminierende Inhalte (so das Verschweigen frauenspezifischer Problemlagen) aufzudecken, all diese Ansätze werden weithin immer noch als "unwissenschaftlich" abqualifiziert, wohingegen die Vernachlässigung frauenspezifischer Aspekte eines sozialwissenschaftlichen oder historischen Forschungsthemas sich nie diesem Vorwurf aussetzen mußte. Folglich finden Frauenforscherinnen innerhalb und außerhalb der Hochschule kaum organisatorische und finanzielle Unterstützung, lehnen diese teilweise auch aufgrund der damit verbundenen besseren Kontrollmöglichkeiten seitens der 'Unterstützer' bewußt ab. (Die Diskussion über Autonomie oder Institution ist aber auch in der Frauenbewegung noch nicht abgeschlossen.)

Beschäftigungschancen von Akademikerinnen

Nach Abschluß des Studiums, letztendlich, haben Frauen wiederum größere Schwierigkeiten als die männlichen Studienabgänger, einen ersten Arbeitsplatz zu finden. Ihre durchschnittliche Arbeitslosigkeit liegt erheblich höher, da insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation zuerst der Sozial- und Bildungsbereich beschnitten wird, also die Berufsfelder, für die vorwiegend Frauen ausgebildet werden. Ihre Aufstiegschancen sind ebenfalls ungünstiger, was nicht zuletzt in den Vorurteilen über weibliche Leistungsfähigkeit begründet liegt.

Auch die evtl. zu 'befürchtende' Übernahme von Reproduktionsarbeit in der Familie wird Akademikerinnen - wie auch in anderen Berufssparten - somit beruflich zum Nachteil auslegt. Ihre Dauerfunktion als 'industrielle Reservearmee', die im Bedarfsfall - sprich: Depression - wieder an Heim und Herd zurückgedrängt werden soll, damit den männlichen Bewerbern nicht noch die begehrten knappen Berufspositionen weggeschnappt werden, behalten Frauen also auch im 'hohen akademischen Bereich.

Da die Analyse allein nicht ausreicht, müssen perspektivisch folgende Forderungen erhoben werden, die sich aus den bisher

formen ist auch die Möglichkeit faschistischer Konsequenzen nicht gänzlich ausgeschlossen. Schon jetzt gibt es im ideologischen Bereich bei breiten Bevölkerungsschichten viele Anknüpfungspunkte für eine potentielle faschistische Massenbewegung (Ausländerhaß, neue Mütterlichkeit, law and order etc.). Der "neue Bürgerblock" sieht sich mit ungeheuren politischen und ökonomischen Problemen konfrontiert. Seit 1979 demonstrieren die "Thatcheristen" in Großbritannien welche verheerenden Auswirkungen neokonservativ-liberale Krisenbewältigungsversuche haben.

So werden weder die von der neuen neokonservativ-liberalen Bundesregierung beschlossene "Haushaltsopeation 83" noch radikalere Konzepte à la Thatcher aus dem aktuellen Krisenzusammenhang herausführen, geschweige denn der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit entgegenwirken. Eher das Gegenteil ist wahrscheinlich. Diese Politik des "Gesundshrumpfens" zieht nicht nur die drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen nach sich, sondern nimmt den Preis des schieren Elends eines Teils der Bevölkerung ganz bewußt in Kauf.

In Zeiten sozialer und ökonomischer Krisen bietet der Faschismus mit seinen den gesellschaftlichen Antagonismus verschleiern den Ideologien simple Erklärungsmuster. Die Volksgemeinschaftsideologie, das Führerprinzip, die Forderung nach einem starken Staat, in dem jeder einen gesicherten Platz und Funktion findet, kommt dem Bedürfnis nach sozialer Geborgenheit der sozial deklassierten Schichten potentiell entgegen. Die scheinbare Undurchschaubarkeit und Komplexität der kapitalistischen Gesellschaft, die aus ihr resultierenden Angstgefühle und Unzufriedenheiten produzieren nicht nur das Verlangen nach einem starken Staat und rettenden Führer, der wieder "Ordnung" schafft und Identifikation ermöglicht, sondern wecken auch das Bedürfnis nach simplen Erklärungsmustern der Übel der Gesellschaft. Arbeitslosigkeit wird mit Parolen wie "Kamerad, ein Ausländer sitzt auf deinem Arbeitsplatz" erklärt. Der besonders in der BRD weitverbreitete Antisozialismus/Kommunismus bietet genügend Ansatzpunkte für weitere Varianten faschistischer Sündenbockideologie. Sozialisten, Kommunisten und kritische Intellektuelle werden als schuldig für die Zerrüttung der "Volksgemeinschaft" erklärt. Gastarbeiter, Langhaarige und Intellektuelle dienen als weitere Aggressionsobjekte.

Möglichkeiten antifaschistischer Jugendarbeit

Wogegen sich Jugendliche zu Recht wehren ist die "verordnete Betroffenheit", das Betroffensein als Pflichtübung. Was tun in der Bildungs- und Jugendarbeit?

1. Wir müssen wegkommen vom "hilflosen (=moralisierenden) Antifaschismus". Soll das NS-Regime als bestimmte Herrschaftsform mit sozial-ökonomischen und politischen Funktionen und Voraussetzungen erkannt werden, damit gleichzeitig die Erkenntnismöglichkeiten für heute geschärft werden, so darf die moralische Verdammung nicht im Vordergrund stehen.
2. Zu der Analyse der sozialökonomischen Zusammenhänge muß der Versuch treten, über eine Personalisierung von unten

Es gehört, seit über hundert Jahren, zur politischen Kultur des Bürgertums, durch den Anti-Semitismus Erklärungsmuster für wirtschaftliche Krisenerscheinungen zu finden. Der Holocaust hat diese Tradition zwar tief erschüttert, ein latenter Anti-Semitismus ist jedoch noch vorhanden, an dem der Rechtsextremismus anknüpft.

in Politik, Justiz und Verwaltung inne. Sehr spät und sehr zögernd haben die Strafverfolgungsbehörden gegen Massenmörder des Hitlerregimes ermittelt. Auch die spezifische "Traditionspflege" der Bundeswehr gehört in diesen Zusammenhang.

2. In Schulunterricht und politischer Bildung hat es eine radikale Auseinandersetzung mit dem Faschismus so gut wie nicht gegeben. Als Maß der Distanzierung vom Faschismus erschien das Attentat vom 20. Juli 1944 (oder der Widerstand der "Weißen Rose") gerade noch angemessen.
3. Die Rechte in der BRD schickt sich an, die Kontinuität deutscher Herrschaftsgeschichte wieder ungehemmt zu installieren. Dazu gehören insbesondere die als vom Faschismus usurpiert betrachteten 'Werte', gehören Gehorsam, Unterordnung, Pflichterfüllung.
In dem Versuch, autoritäre Herrschaftsformen und entsprechende 'positive Werte' wieder hoffähig zu machen, bezieht sich der neue Konservatismus auch auf die Tradition der deutschen Herrschaftsgeschichte.
4. Die politische Entwicklung der 70er Jahre ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Tendenz der Verwandlung des liberalen Verfassungsstaats in den autoritären Obrigkeitsstaat. Hingewiesen sei auf Berufsverbote, Zensurmaßnahmen, computerisierte Datenerfassung, Ausbau der Vollmachten für die Polizei, Kontaktsperregesetz, die Einschränkung der Menschenrechte. Systematisch wird von Politikern und in den Medien der Ruf nach dem "starken Staat" provoziert.
5. Die aktuellen Verhältnisse haben besonders negative Auswirkungen auf die Situation von Jugendlichen, vor allem von Arbeiterkindern. Die Schule setzt sie Streß und Leistungsdruck aus - ohne daß sie dafür wenigstens mit einer sicheren und glücklichen Lebensperspektive "belohnt" würden. Auch die Wohn- und Freizeitsituation der Jugendlichen ist weitgehend trostlos, ihr praktischer Handlungsspielraum eingeengt. So wächst⁴ vielen Entmutigung und Verzweiflung. Die Konsequenzen sind bei vielen: entweder die apathische Hinnahme des gesellschaftlichen "Schicksals" oder das "Ausflippen", beides Haltungen, die auf Dauer einem "starken Staat" Vorschub leisten.
6. In dieser Situation nun gewinnen für viele Jugendliche die massenkulturell vermittelten historischen Identifikationsangebote an Faszination, die im Kontext von Faschismus und 2. Weltkrieg stehen. Diese Angebote reagieren z.B. auf das Bedürfnis nach "Abenteuer", "Heldentum" und "action", das Bedürfnis, selbst tätiges Subjekt seines Lebens und nicht nur verwaltetes Objekt sein zu können.

Wer diese Thesen akzeptiert, muß zu dem Schluß kommen, daß dies weder eine zufällige noch eine Randerscheinung des gesellschaftlichen Lebens ist. Es hat vielmehr seinen Nährboden in der deutschen Nachkriegsgeschichte und in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen.

Kapitalistische Krisenlösung

Mit dem Fortbestehen der ökonomischen und sozialen Strukturen des Kapitalismus und der daraus resultierenden Bewußtseins-

dargestellten Zusammenhängen ergeben:

- Die Forderung nach Frauenseminaren und -vortragsreihen, die die "vergessene" weibliche Geschichte in Wissenschaft und Gesellschaft aufzuarbeiten versuchen. In diesem Prozeß müssen die Frauen außerhalb der Hochschule mit einbezogen werden (Frauen aus Frauenhäusern, Gewerkschaften, Hausfrauen etc.), da die Impulse, die von ihnen in die wissenschaftliche Aufarbeitung eingebracht werden können, notwendig sind, um die Vielschichtigkeit von frauendiskriminierung in der Gesellschaft erkennen zu können.
- Darüberhinaus Integration von frauenspezifischen Inhalten in die reguläre Forschung und Lehre.
- Die Forderung nach einer Frauenforschung, die sich nicht ständig dem Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit ausgesetzt sieht, da es bezeichnenderweise immer noch nicht als unwissenschaftlich gilt, Frauenaspekte eines Forschungsthemas unter den Tisch fallen zu lassen. Die Forderung nach Durchforstung aller Studiengänge auf frauendiskriminierende Inhalte und Methoden und ihre entsprechende Abänderung im Rahmen von Studienreformaktivitäten.
- Die Forderung nach einer Initiierung bzw. Unterstützung von Frauenreferaten, -archiven und -arbeitsgruppen an allen Hochschulen. Solange nicht zumindest diese Minimalforderungen erfüllt werden, wird die Hochschule auch weiterhin ein Ort der Frauendiskriminierung bleiben.
- Die Forderung nach einer verbesserten materiellen Absicherung von Studentinnen - insbesondere mit Kindern - die insbesondere durch die momentane BAFÖG-Gesetzesnovelle ad absurdum geführt wird.
- Die Forderung nach einem Elternschaftsurlaub für beide Elternteile und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.
- Bei der Vergabe wissenschaftlicher Stellen sollen bei gleicher Qualifikation Frauen bevorzugt eingestellt werden.

IV. VERFAßTE STUDENTENSCHAFT, VDS

1. VDS: Aufgaben

Die Arbeit der VDS bedarf einer gründlichen Reflexion, um sowohl bisherige Fehlentwicklungen und zu hochgesteckte Erwartungen zu vermeiden, als auch zukünftig eine sinnvolle Strategie für die Arbeit zu entwickeln:

Der studentische Dachverband (VDS) hat die Aufgabe, unterstützend bei der Arbeit der ASten und der Fachschaften zu wirken, bei einer notwendigen Schwerpunktsetzung aktiv-koordinierend einzugreifen und gemeinsame Aktionen mit zu organisieren.

Diese Aufgabenstellung gilt aktuell v.a. für die Themenbereiche:

- Bildungsfinanzierung/Alternative Wirtschaftspolitik
- Friedenssicherung
- Hochschulalltag/alternative Wissenschaftsansätze
- spezifische Situation der Frau.

Unter Berücksichtigung dieser Schwerpunkte und anderer wichtiger Arbeitsfelder (Ökologie, demokratische Rechte, Internationalismus, Kultur, Hochschulgesetzgebung, Wissenschaftskritik etc.) sind folgende Aktivitäten notwendig:

- a) Als Dachverband der Studentenschaften mit anderen gesellschaftlichen Kräften die Diskussion und Zusammenarbeit aufnehmen (Gewerkschaften, neue soziale Bewegungen, fortschrittliche Teile des Parteienspektrums) und fördern, durch Öffentlichkeitsarbeit gegenüber Parteien, Parlamenten, Bürokraten und Regierungen als studentische Vertretung aufzutreten.
- b) Austausch der lokalen und regionalen Erfahrungen und Unterstützung der Projektbereiche und Fachtagungen. Unterstützung für neue Projekte wie Wissenschaftsläden und Gesundheitsläden - die Ressourcen des Wissenschaftsbetriebes sind zu nutzen.
- c) Im internationalen Bereich den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit an konkreten Punkten mit ausländischen Studentenorganisationen, durch Zusammenarbeit mit anderen westeuropäischen Studentenverbänden, insbesondere der sog. Eurolinken (Sozialisten, Eurokommunisten).
- d) Die VDS haben den Bedürfnissen vor Ort, regional und bundesweit zu entsprechen. Die Minimierung des bürokratischen Verwaltungsaufwandes, die Stärkung dezentraler Organisationsstrukturen, eine Priorität schließlich der koordinierenden gegenüber der anleitenden Funktion sind unsere Ziele.

2. Der Kampf für die VS

Die Angriffe auf die Verfaßten Studentenschaften (VS) haben sich im vergangenen Jahr wieder verstärkt. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht das politische Mandat. In den Urteilen der letzten Zeit (z.B. Kiel, Hamburg) wird den Verfaßten Studentenschaften die Wahrnehmung des politischen Mandates verwehrt und zwischen einem allgemeinpolitischen

Was die neofaschistischen Jugendgruppen demnach zu bieten haben, ist eine ideelle Ersatzwelt:

- Die weithin ungestillten jugendlichen Orientierungs- und Sicherheitsbedürfnisse, die Sehnsucht nach Geborgenheit, Bedeutung und Größe ziehen die vielfach Verunsicherten an.
- Die von den Nazibünden vorgespiegelte Kontinuität eines festen Traditionsbestandes entlastet sie von der Mühe einer selbständigen Neuorientierung.
- Das "Dritte Reich" ist Legende, die man dann ins Positive wendet. Man knüpft sozusagen an Traditionen "Geächteter" an. Da die Welt nicht als politische begriffen werden kann, gilt sie schlechthin als Chaos, in dem man sich nur mehr in der Gruppe Gleichgesinnter behaupten kann.

Härtere Strafen und Verbote?

Was wir bislang über Verlauf und begünstigende Bedingungen rechtsextremer Entwicklungen unter Jugendlichen wissen, deutet nachdrücklich darauf hin, daß Stigmatisierungen durch Medien, Schulen und Staatsapparate bei den Betroffenen eher noch bestärkend wirken. Persönliche Isolation und die Angst vor sozialem Abstieg fördern neben biographischen Belastungen (zum Beispiel Tod eines Elternteils, Scheidung der Eltern, lange Heimaufenthalte usw.) die Orientierung jugendlicher an rechtsextremer Ideologie und rechten Gruppen.

Neofaschistische Gruppen wie die Wehrsportgruppe Hoffmann müssen im Sinne des antifaschistischen Auftrags des Grundgesetzes zweifellos verboten und aufgelöst werden. Rechter Gewalt und Volksverhetzung muß auch strafrechtlich begegnet werden. Im Fall der Einschaltung exekutiver Organe ist allerdings sehr genau zwischen dem Um- und Vorfeld der Organisationen und dem harten Kern rechtsradikaler Militanz zu unterscheiden.

Staatliche Reaktionen gegen den militanten Rechtsextremismus sehen sich insgesamt einem kaum lösbaren Zielkonflikt ausgesetzt. Denn der Ruf nach härteren Strafen und rigider Verbotspolitik - so verständlich er sein mag - löst das politische Problem Rechtsextremismus nicht.

Gesellschaftliche Hintergründe

Vielmehr ist zunächst zu fragen: In welcher gesellschaftlichen Situation entsteht die verhängnisvolle Aneignung faschistischer Symbolwerte?

5 Millionen Bundesbürger (=13% der Wahlbevölkerung) mit rechtsextremen Einstellungen (Sinusstudie) sind Indikatoren dafür, daß der Nationalsozialismus zählebig nachwirkt, und zwar "in den Menschen wie in den gesellschaftlichen Verhältnissen, die sie umklammern". (Th.W. Adorno).

Dazu einige Thesen:

1. In der Bundesrepublik hat es - nach den Anfängen eines "moralischen Antifaschismus" - eine radikale Abkehr von den materiellen und bewußtseinsmäßigen Bedingungen des Faschismus nicht gegeben. In den 50er und 60er Jahren und z.T. bis heute hatten und haben andererseits alte Faschisten und Nazi-Sympathisanten einflußreiche Positionen

IX. ARBEITSFELD ANTIFASCHISMUS

Die neue Rechte

Wenn Umfragen den Prozentsatz der arbeitslosen Jugendlichen, für die Demokratie eine unnütze Sache sei, auf mehr als ein Drittel veranschlagen, wenn 7% aller Bundesdeutschen, stünde er wieder zur Wahl, Hitler ihre Stimmen gäben, so sind Überlegungen zu den Motiven der sich verstärkenden und mehrenden Gewaltakte rechtsextremistischer Organisationen keine akademischen Gedankenspiele mehr.

1981 hat die Zahl der Gesetzesverstöße durch Rechtsradikale mit 1824 registrierten Fällen den Höchststand seit 1945 erreicht. Die Zahl ausländerfeindlicher Aktionen stieg 1981 im Vergleich zum Vorjahr um 150%.

An der Präsenz von 4,6 Millionen Ausländern machen sich Stimmungen breit, die soziale Ängste und offenen Fremdenhaß artikulieren. Noch münden sie nicht in zielgerichtetes politisches Verhalten, sondern offenbaren sich in gehässigen und abwehrenden Formen im Alltag: rassistische Witze, ausländerfeindliche Wandparolen, Schlägereien.

Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine neue NS-Szene ausgebildet, in der vorwiegend Jugendliche aktiv sind. Sie knüpfen offen und ganz bewußt an die Frühphase der NS-Bewegung in den dreißiger Jahren an und übernehmen das Konzept der SA, nämlich den Kampf um die Straße; sie suchen gezielt die gewaltsame Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner oder mit anderen 'Feindgruppen', wie zum Beispiel Türken oder Asylsuchenden aus der Dritten Welt. Bei diesen Jugendlichen handelt es sich nicht um "Ewiggestrige", sie kennen den Nationalsozialismus höchstens aus Erzählungen oder der zahlreichen Trivialliteratur. Die Tendenz bei konservativen Politikern, diese Jugendlichen als Psychopaten und als geistesgestört abtun zu wollen, erklärt nichts, aber entschuldigt alles. Vergessen wird dabei, daß sie Kinder der Bundesrepublik sind, in ihr aufgewachsen und mit den gesellschaftlichen Problemen dieser Republik konfrontiert.

Gewalt erscheint den Jugendlichen in ihrem Deutungsmuster als Umsetzung des "Kampfes um's Dasein".

Ersatzwelt für Jugendliche

Ein derart aggressives Verhalten ist die Antwort von Jugendlichen, die - in ihrer Existenz verunsichert - sich gegen den Realitätsdruck der Alltagswelt nicht anders wehren zu können glauben, als in verschworenen Bündeln um sich zu schlagen.

Dieses Verhalten entspringt der Projektion gesellschaftlich erzeugter Aggressivität auf beliebig wechselnde Objekte, da die wirklichen Ursachen des sich im rechtsextremen Verhalten ausdrückenden Angstlebens von seiten dieser Jugendlichen nicht begriffen werden können und - von einem bestimmten Stadium der Realitätsverleugnung an - auch gar nicht begriffen werden sollen. Ihre Haßobjekte stehen für das, was in der Wirklichkeit als fremd und bedrohlich erscheint.

Es bestehen personelle und finanziellen Verbindungen zwischen dem rechten Rand der CDU/CSU der Schülerunion und der JU zur Naziszene. Besonders im mittelständischen Bereich finden sich erziehbare Finanzquellen für rechtsextreme Organisationen.

und einem hochschulpolitischen Mandat fälschlicher Weise unterschieden. Bereits im Arbeitsprogramm von 1981 u.a. haben die VDS dazu Stellung genommen: "Bei der Wahrnehmung des politischen Mandats geht es den Studentenschaften und der VDS nicht um die Äußerung einer Meinung, sondern um das Aufzeigen gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge in ihren politischen Arealen. Deshalb ist eine Reduzierung unserer Arbeit auf sogenannte allein hochschulpolitische Belange nicht möglich."

Indirekt verweisen die Angriffe gegen die VS auf ihre Funktion - getroffen werden soll der kosequente Kampf für studentische Interessen.

Die Organisation dieses Kampfes ist Aufgabe der Verfaßten Studentenschaft und ihrer Organe, Fachschaften, ASten wie VDS. Dazu gehört als Voraussetzung die Verankerung dieser Organe unter den Student/innen/en selber, gehört, daß die Student/innen/en die Arbeit der VS selbst mit tragen können. Nur durch den permanenten gegenseitigen Bezug - indem die Verfaßte Studentenschaft den Student/innen/en das eigene Handeln nicht abnimmt, sondern initiiert und, indem andererseits die Student/innen/en in den Organen der VS mitarbeiten bleibt die Verfaßte Studentenschaften lebensfähig.

"Dabei dürfen sich die Organe der Verfaßten Studentenschaft allerdings nicht von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen isolieren. Auch bei der Aufarbeitung und Lösung der eigenen Probleme müssen sich die Studentenschaften immer bewußt sein, daß es keine die Student/innen/en allein betreffenden Probleme sind, sondern über die Studentenschaften hinausweisende." (Arbeitsprogramm 1981)

Auf dieser Grundlage muß die Verfaßte Studentenschaft Aktionen (z.B. Demonstrationen u.a. Protestformen) organisieren und ihre Forderungen gegenüber dem bürgerlichen Staat und dem Kapital vertreten. Gemeinsam mit fortschrittlichen Hochschullehrern und Mitarbeitern müssen sie gegen jede Stellenstreichung, Mittelkürzung und Reformabbau eintreten.

Zentrale Ziele und Vorstellungen in diesem Kampf sind:

- Umfassende Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft
- Wissenschaft im Interesse einer fundamentalen Emanzipation der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung.
- Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- Unantastbarkeit der Grund- und Menschenrechte zur freien Entfaltung des Einzelnen.
- Radikale Veränderung der Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse in der BRD zur Durchsetzung von wirklicher Freiheit und Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft.
- Beseitigung von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen der kapitalistischen Metropolen gegenüber den Gesellschaften in der 3. Welt.
- Kampf gegen Militarismus, Aufrüstung und Gewaltapparaten als Mittel zur Lösung staatlicher und innergesellschaftlicher Konflikte
- Aufhebung der patriarchalischen Strukturen in unserer Ge-

sellschaft
- Beendigung der Zerstörung der Lebensgrundlagen von Mensch und Natur.

Die VDS bieten in ihrer Struktur die Möglichkeiten, auf demokratischem Wege eine Meinungsbildung aller Studentenschaften der BRD herzustellen und die Interessen der Studenten in politischer, sozialer und fachlicher Hinsicht nach außen zu vertreten.

"Auch bei der Aufarbeitung und Lösung der eigenen Probleme müssen sich die Studentenschaften immer bewußt sein, daß es keine die Student/innen/en allein betreffenden Probleme sind, sondern über die Studentenschaften hinausweisende." (Arbeitsprogramm 1981)

Die VDS fordern die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft in allen Bundesländern. Sie begrüßen die Initiative des ehemaligen sozialdemokratischen Bildungsministers Björn Engholm, durch Novellierung des HRG die Verfaßte Studentenschaft gesetzlich (durch die Festlegung der 'muß'-Bestimmung) zu verankern. Sie sehen darin den Erfolg ihrer Aktivitäten der unabhängigen Studentenschaften in Bayern und Baden-Württemberg. Die VDS kritisieren allerdings, daß die Wahrnehmung des politischen Mandats widerum nicht im Gesetz verankert werden soll. Auch die staatliche Anerkennung der VDS als einziger, bundesweiter Zusammenschluß bleibt in diesem Gesetzentwurf unberücksichtigt. Der inzwischen von der SPD-Fraktion im Bundestag vorgelegte Gesetzentwurf enthält die gleichen Schwächen.

Die VDS fordern daher die SPD-Fraktion auf, die seit langem erhobenen Forderungen endlich zu berücksichtigen. Zur Durchsetzung der gesetzlichen Verankerung der Verfaßten Studentenschaften wird eine breite öffentliche Mobilisierung notwendig sein.

Die VDS fordern daher die Bildung eines breiten bildungspolitischen Bündnisses. Erste Aufgabe dieses Bündnisses ist die Fortsetzung und Intensivierung der Initiative "Für die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft". Erste Ansprechpartner sind die Unterzeichner der VDS-BAFÖG-Initiative. Weitere konkrete Initiativen zur Unterstützung der bayrischen und badenwürttembergischen Studentenschaften sind zu ergreifen. So unterstützen die VDS beispielsweise die Behandlung des Tagesordnungspunktes "Für die gesetzliche Wiedereinführung der VS in Bayern und Baden-Württemberg" auf allen studentischen VV's, indem die ASten-Vertreter der Unabhängigen Studentenschaften eingeladen werden und umgekehrt. Auch die forcierte Wiederbelebung von Patenschaften wird unterstützt. Die VDS unterstützen auch in Zukunft die unabhängigen Organe der Studentenschaften Bayerns und Baden-Württembergs finanziell.

Für die VDS bleiben das politische Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie und das imperative Mandat unverzichtbare Eigenschaften der Verfaßten Studentenschaft. RCDS und CDU/CSU versuchen jetzt ihre Forderung nach Ersatz der VDS durch ein Bundesstudentenparlament wieder in die Diskussion zu bringen.

* Die bundesdeutsche Sektion von Amnesty International, die Humanistische Union und das Komitee für Grundrechte und Demokratie und die Gustav-Heinemann-Initiative.

Viele Menschen sind immer weniger bereit den Klassenkampf von oben hinzunehmen, der Widerstand wächst.

Schon zu Zeiten der sozialliberalen Regierung gab es brutale Polizeiaktionen gegen Startbahn-Gegner, Massenverhaftungen in Nürnberg, Strafanzeigen gegen Anti-AKW-Gegner, drakonische Urteile und Polizeieinsätze gegen Hausbesetzer, Einsatz von Gummigeschossen und CS-Gas gegen Demonstranten. Seit Oktober '82 hat sich der Abbau demokratischer Rechte weiter aufgefächert, der politischer Spielraum für oppositionelle Kräfte ist kleiner geworden: Durchsuchungen von Zeitungsredaktionen, Rechnungen für Polizeieinsätze, Umlegung von Demo-Routen (BAFÖG), Eingriffe in die Programme "öffentlich-rechtlicher" Anstalten, Vorbereitungen zur Einschränkung des Demonstrationsrechts und der Tarifautonomie der Gewerkschaften.

An jede neue Bundesregierung richtet sich die Forderung der VDS, demokratische Rechte unangetastet zu lassen bzw. wieder instand zu setzen, insbesondere sind die Berufsverbote aufzuheben und alle Opfer zu rehabilitieren.

Legale politische Parteien aber auch die neuen sozialen Bewegungen werden zuerst stigmatisiert, sozial und politisch ausgegrenzt, anschließend auf kaltem Wege ihrer demokratischen Rechte beraubt. Verbotsüberlegungen sollen darüberhinaus einschüchtern helfen (z.B. Gewalt-Diskussion hinsichtlich der Grün-Alternativen).

Schwerpunkt: Politisches Mandat

Unions-Initiativen gegen das politische Mandat auf Bundesländerebene (Niedersachsen), Klagen rechter Studenten gegen Studentenschaftsorgane (Hamburg), Kriminalisierung linker Student/innen/en vor Ort (Marburg), das OVG-Urteil von Münster gegen die VDS, machen eine verstärkte Arbeit der VDS zum Bereich des politischen Mandat's notwendig:

- * Unterstützung der Betroffenen, materielle Solidarität
- * Information der verbliebenen liberalen Öffentlichkeit
- * inhaltliche Auswertung der VDS-Arbeitstagung von Januar 1983
- * konkret: Erstellung eines umfassenden Argumentations-Leitfadens sowie einer Materialiensammlung (Urteile etc.)

Die Arbeit des VDS-Projektbereiches "Repression" muß endlich aufgenommen werden!

VIII. DEMOKRATISCHE RECHTE - REPRESSION

In der ökonomischen Krise, welche die Legitimität der kapitalistischen Gesellschaftsordnung von Grund auf in Frage stellt, wird die Form der politischen Demokratie für die Herrschenden zum Problem. Denn gerade unter den Bedingungen der ökonomischen Krise, in der das gesellschaftliche Gewaltverhältnis in rücksichtslosen Entlassungen, in Dequalifikation, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Lohnsenkung in unmißverständlicher Deutlichkeit hervortritt, sind gesicherte "bürgerliche" Rechte eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß überhaupt Widerstand entfaltet werden kann. Der Entwicklung einer alternativen Klassenpolitik soll folgerichtig durch politische Repression "vorbeugend" der Boden entzogen werden. Empörung soll allenfalls individuell bleiben und als solche durch Berufsverbote etc. zu einem existentiellen Risiko werden.

Die wachsende Gefährdung der Grund- und Menschenrechte reicht allerdings weit über die politische Repression im engen Sinne hinaus: sie hat viele Dimensionen, vom Betrieb bis zur Polizei, vom 'Atomstaat' bis zur Friedensfrage, von der Meinungsfreiheit bis zu den Berufsverboten, von den zahlreichen "Minderheiten" (Alte, Kinder, Strafgefangene, Obdachlose, Homosexuelle, Ausländer, Zigeuner ...) bis zur längst nicht verwirklichten Emanzipation der Frau.

In den vergangenen Monaten dokumentierte sich das exemplarische Durchgreifen des staatlichen Gewaltapparates u.a. an den "Fällen" Peter Brückner (der quasi zu Tode gehetzt wurde), Jo Leinen, Alexander Schubart, Gerhard Hårdle, Michael Duppe/Markus Mohn, Peter Schmidt und Brigitte Heinrich, um nur die spektakulärsten zu nennen. Noch viel einschneidender wirken die lautlosen Veränderungen:

- * Die Polizei verändert ihre Qualität und kann potentiell überall und zu jeder Zeit zugreifen.
- * Dieselbe Tendenz läßt sich am Problem der unübersichtlichen und demokratisch kaum kontrollierbaren Datensammlung, -speicherung und -weitergabe demonstrieren. Bürgerliche Freiheiten werden auch von Entwicklungen im wissenschaftlichen und therapeutischen Bereichen im Frage gestellt:
- * durch die sog. "friedliche" Nutzung der Atomenergie
- * durch die biologische Forschung und ihre praktische Anwendung zur Manipulation der Menschen
- * durch die Gefahren einer Medizin, die die Persönlichkeit der Kranken durch Psychopharmaka und psychochirurgische Operationen stilllegt.

In allen diesen Bereichen stecken wir mitten in Entwicklungen, die ein neues und radikaler ansetzendes Engagement erfordern. Auch in der Bundesrepublik mir ihrer so wenig entwickelten und so wenig widerständigen bürgerlichen Tradition existieren mittlerweile eine Reihe von Initiativen und Zusammenschlüssen, deren Arbeit von der VDS aktiv unterstützt werden muß.

- * Die Arbeit in den vielen lokalen Initiativen (und Aktivitäten) gegen die Berufsverbote.
- * Der Zusammenschluß von Strafanwälten im Republikanischen Anwaltsverein, die fortschrittlichen Juristen - Gruppen ASJ und VdJ

Die VDS lehnen das ab. Ein Bundesstudentenparlament oder ähnliche Konzeptionen haben die Auswirkung, daß die direkten Interessenvertretungsorgane, ASten und Fachschaften keinen Einfluß mehr auf die Politik des Dachverbandes nehmen könnten, dies würde einer abgehobenen Versammlung von Studentenparlamentariern überlassen.

Studentische Sozialpolitik nach der BAFÖG-Demo

Auf der von Studentenschaften und Schülervertretungen getragenen, von VDS und KdLSV veranstalteten, von Gewerkschaften, vielen Parteien und politischen Gruppen/Initiativen unterstützten BAFÖG-Demonstration am 04.12.1982 in Bonn haben die Teilnehmer/innen ihren Protest und ihr Widerstandsbereitschaft deutlich artikuliert. Die hohe Teilnehmerzahl mußte auch von den Medien registriert und als Mobilisierungserfolg gewertet werden.

Der unterstützende Aufruf des DGB-Bundesjugendausschusses, das Auftreten von Gerd Köhler (GEW-Hauptvorstand), der für den DGB insgesamt sprach, auf der Hauptkundgebung, die Stellungnahmen zahlreicher Betroffener und der Redebeitrag des Präsidenten der HWP Hamburg (Hochschule für den Zweiten Bildungsweg, ZBW) setzten wichtige Akzente der Bündnisarbeit, die durch konkrete Initiativen vor Ort weiterentwickelt werden müssen. Qualitativ neue Ebenen des Kampfes gegen Sozial- und Bildungsabbau deuten sich in einer Reihe von Städten durch Zusammenarbeit von Gewerkschaften, ASten und Betroffeneninitiativen in "Sozialforen" und Anti-Rotstiftkomitees an.

Wollen wir als Studentenschaften Erfolge in den gegenwärtig stattfindenden Kämpfen haben, müssen wir die Auseinandersetzung um die Frage führen, wie diese Erfolge durchsetzbar sind.

Im Zusammenhag mit der BAFÖG-Demo ist von Teilen der Linken bereits von einer neuen Reformkonstellatioin gesprochen worden. Wer ernsthaft meint, durch die Formulierung von Minimalkompromissen endlich zum "historischen Bündnis" zu kommen, muß sich vor dem Hintergrund der Nichtverarbeitung der kapitalistischen Krise durch die SPD den Vorwurf des Aufsitzens von (Reform) Illusionen gefallen lassen.

So notwendig es ist, die SPD insgesamt in den Kampf gegen Sozial- und Bildungsabbau zentral einzubeziehen, so notwendig ist es auch, für die Autonomie der Protestbewegungen zu sorgen, die eigenen Inhalte nicht aufzuweichen, auf die Diskussion innerhalb der SPD schließlich einzuwirken.

Nur wenn die Studentenbewegung politisch stark ist, wird sich die SPD mit ihren Forderungen und Positionen auseinandersetzen. Eine starke Studentenbewegung wird nicht integrier- bzw. vereinnahmbar sein, wenn sie sich in kritischer und illusionsloser Art und Weise mit der SPD auseinandersetzt und sie als einen wichtigen Bündnispartner begreift. Dies setzt aber auch voraus, daß die SPD sich inhaltlich und personell erneuert.

"Mehrheiten links von der Union" müssen sich in der gesellschaftlichen Praxis erweisen: im konkreten Kampf gegen Sozial- und Bildungsabbau, gegen Umweltzerstörung und inhumane Lebens- und Arbeitsbedingungen, für Frieden und

Abrüstung in Ost und West, gegen die Stationierung der US-Raketen, in der Entwicklung insgesamt tragfähiger Alternativ-Konzeptionen (z.B. Kongreß Zukunft der Arbeit) für Ökonomie, Ökologie und Frieden.

Neue Perspektiven mit der SPD können nur gewonnen werden, wenn die SPD sich auch selbst bewegt. Wir müssen also die SPD kritisieren, statt uns selbst auf SPD-Positionen zurückzuziehen. Für BAFÖG bedeutet das, daß es falsch wäre, nur noch für die Erhaltung des vorherigen Zustandes einzutreten und die perspektivischen Forderungen nach kostendeckender Förderung und Erhöhung der Elternfreibeträge auf ein Niveau, das tatsächlich alle Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien einbezieht, fallenzulassen.

Auch muß stärker als bisher herausgearbeitet werden, daß es beim BAFÖG nicht nur um quantitative Fragen geht; daß das BAFÖG ein Mosaiksteinchen in der Bildungsplanung ist, daß die Eingrenzung finanzieller und zeitlicher Spielräume, die Erzeugung von Anpassungsdruck und Konkurrenz auch ein Mittel ist, unerwünschte Inhalte und Fragen aus der Ausbildung herauszuhalten. Zur Herausdrängung von Kindern, insbesondere aus Arbeiterfamilien, aus dem tertiären Bildungsbereich tritt die Verschärfung insbesondere auch der herrschenden Weiblichkeitsideologie, der Zwang zu normkonformen Verhalten, die Reduzierung des Studiums auf die offiziell geforderten Lerneinheiten.

Unbedingt aufgebrochen werden muß eine Beschränkung auf die unmittelbare Betroffenheit ("Ich will mein Geld"), die Streichungen müssen in den Rahmen allgemeiner Bildungs- und Wirtschaftspolitik gestellt werden: gemeint ist die am Kapitalismus immanente Notwendigkeit, bei auftretenden Krisen die Bildungspolitik als Korrektiv zu benutzen und sich z.B. über den Weg von Ausbildungsförderung und -hemmung den veränderten ökonomischen (v.a. Arbeitsmarkt-) Bedingungen anzupassen.

Von zentraler Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Ein Bündnis mit den Gewerkschaften darf sich nicht darauf beschränken, gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln, es muß auch seinen Niederschlag im universitären Alltag finden. Das bedeutet einerseits, die Kooperationsprojekte mit Gewerkschaften zu unterstützen, in denen der Versuch gemacht wird, wissenschaftliche Arbeit unmittelbar der Gewerkschaft zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig gewerkschaftliches Engagement unter den Student/innen/en zu verbreiten.

Gewinnung von Bündnispartnern in allen Bereichen zur Durchsetzung der Forderungen der Student/innen/en ist mir die wichtigste Aufgabe, um eine Isolierung der Studentenschaften und der VDS zu verhindern. Dies gilt für die Ökologie- und Alternativbewegung ebenso wie für Friedens- und Berufsverbots- und sonstige Initiativen: Unser Ziel ist dabei, zur Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen beizutragen!

Besonderes Gewicht hat in diesem Zusammenhang die Erfahrungen der Zusammenarbeit von Schüler/innen/n und Studenten/innen anlässlich der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der BAFÖG-Demonstration am 04.12.1982. Seit langer Zeit ist es wieder einmal gelungen, daß, initiiert von VDS und

Brüters und Hochtemperaturreaktors. Keine Wiederaufbereitungsanlagen in Gorleben, Frankenberg oder anderswo. Keine Endlagerung im Salzstock Gorleben.

2. Umschichtung der Finanzmittel und Forschungskapazitäten der Kernenergie für rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energiequellen - bis auf einen unverzichtbaren Rest zur Lösung des Entsorgungsproblems.
3. Flächendeckende Förderung der Wärmedämmung. Bevor Kraftwerks- und Heizungskapazitäten errichtet werden, ist der Wärmebedarf zu verringern. Strom muß verbrauchernah erzeugt werden, seine Erzeugung darf nur noch zusammen mit einer Abwärmenutzung vollzogen werden (Wärme-Kraft-Koppelungs-Gebot).
4. Alle bestehenden großen Energieerzeugungsanlagen sind mit Rauchgasentschwefelung zu versehen. Für eine Übergangszeit wird eine Schadstoff- und Abwärmeabgabe erhoben, die insbesondere der Boden- und Waldsanierung (Entsäuerung) dient. Neue Anlagen müssen Schadstoffemissionen nach dem jeweils technisch möglichen minimieren. Förderung des Wirbelschichtverfahrens.
5. Mehr als 1/3 des gegenwärtigen Stromverbrauchs erfolgt in Bereichen, die nicht ausschließlich Stromeinsatz erfordern. Dieser Verbrauch muß vollständig abgebaut werden. Zukünftig ist Stromeinsatz nur für stromspezifische Bereiche wie Licht, Kraft, Informationsübertragung nicht aber für Wärmeerzeugung zulässig.
6. Alle zukünftigen Gebäude sind in ökologischer bzw. klimagerechter Bauweise (Solararchitektur) auszurichten. Bei Sanierungen ist entsprechend zu verfahren.
7. Die gesamte Elektrizitäts- und Gaswirtschaft ist in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Lohnabhängige, Verbraucher und Parlamente entscheiden in Form einer Rahmenplanung über die Energieversorgungsentwicklung. Die Kommunen stellen regionale Versorgungskonzepte auf. In Anlehnung an die Bebauungsplanung erfolgt eine Energieleitplanung.
8. Die Energiewirtschaftsgesetzgebung ist im Sinne der vorherigen Punkte zu verändern. Die Benachteiligung der Fernwärme und nicht leitungsgebundener Energieträger (Solarenergie) ist aufzuheben.
9. Hoher Energieverbrauch muß entsprechend hoch bezahlt werden, Einrichtung einer progressiven Tarifstruktur. Vollständige Offenlegung und Abbau von Sondertarifen.
10. Gezieltes Arbeitsbeschaffungsprogramm im Bereich der neuen Energiepolitik.

Arbeitsvorschläge werden auf der LV nachgereicht

Logik, die alte Energieverschwendungspolitik fortsetzen - durch:

- + massiven Ausbau der Kernenergie
- + Weiterförderung des Schnellen Brütlers
- + Blockierung umweltfreundlicher Kohletechnologien
- Blockierung des Fernwärmeausbaus.

Diese Energiepolitik erweist sich als verlängerter Arm der Kernindustrie, Gas- und Elektrizitätswirtschaft. Diese Politik muß durchkreuzt werden.

Die Zielvorstellungen einer alternativen Energiepolitik sind dabei klar: Es gilt, ein rohstoffsparendes, umweltfreundliches Energieversorgungssystem aufzubauen, das langfristig auf erneuerbaren Energiequellen basiert. In einer Übergangsphase haben die Energieeinsparung (Wärmedämmung, Wärme-Kraft-Kopplung), der Ausstieg aus der Kernenergie und der Einstieg in die Solarenergie höchste Priorität.

Für die Umsetzung dieser Ziele sind gesellschaftliche und politische Mehrheiten nötig, Mehrheiten mit Hilfe von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen, Wohnungsbaugenossenschaften, Vertrauensleutkörpern, Betriebsräten: denn eine neue Energiepolitik mit dem Ausstieg aus der Kernenergie müssen überall in der Gesellschaft, im "Alltag" von Betrieb, Büro, Stadtteil oder Wohnung durchgesetzt und politisch getragen werden. Nur so könne kapitalistische Verwertungszwänge im Energiebereich durchbrochen werden.

Energie darf nicht länger Handelsware sein.

Wir brauchen eine gesellschaftlich geplante Energieversorgung, in der jede Kilowattstunde vernünftig verwendet wird. Lohnabhängige, Verbraucher und Parlamente sollen letztendlich im Stadtteil, in der Region, im Land über die Energieversorgungspolitik entscheiden.

Wir wissen, daß mit dieser neuen Energiepolitik

- + die Umweltbelastung stark verringert (Luftbelastung um 90%)
- + eine 1/2 Million neue, sinnvolle geschaffen
- + keine unverantwortlichen Entsorgungsrisiken für zukünftige Generationen erzeugt
- + keine ungerechte Inanspruchnahme von Rohstoffen aus der Dritten Welt gefördert
- + mehr demokratische Information, Öffentlichkeit und Kontrolle im Energiesektor ermöglicht
- + kein atomarer Überwachungsstaat aufgebaut
- + weniger Gefahr durch neue Atomwaffen aus einer Plutoniumwirtschaft erreicht werden kann.

Diese Chance muß mit allen politischen Mitteln genutzt werden.

Die 10 wichtigsten Forderungen für eine neue Energiepolitik.

Die kapitalistische Verschwendungspolitik im Energiebereich muß grundlegend verändert werden: Vorrang haben die Interessen der Lohnabhängigen und Verbraucher nach einer preiswerten, umweltschonenden und rationalen Energienutzung und Versorgung. Dabei geht es um folgende Forderungen:

1. Ausstieg aus der Kernenergie, Abschalten der Atomkraftwerke innerhalb eines Jahres. Bau- und Finanzstopp des Schnellen

KdLSV, Schüler/innen und Student/innen/en eine gemeinsame Massenaktion gegen Sozial- und Bildungsabbau durchgeführt haben. Diese Zusammenarbeit zwischen Schüler- und Studentenschaften muß fortgesetzt und intensiviert werden.

Der VDS-Vorstand wird beauftragt, mit Gewerkschaften, Schülervertretungen, bundesweiten Initiativen gegen Sozialabbau (z.B. IS'S) und der bundeskoordination der Arbeitslosen-Initiativen spätestens zu Beginn des Sommersemesters Gespräche aufzunehmen. Ziel ist es, auf Bundesebene ein breites Bündnis gegen Bildungs- und Sozialabbau zu schaffen. Inhaltliche Grundlage für dieses Bündnis ist die Einsicht:

"Die Ursachen für die zahlreichen Probleme sehen wir in der kapitalistischen Organisation des ökonomischen bzw. sozialen Systems. Durch den konkurrenzbedingten Zwang zu möglichst hoher Verwertung des von den Unternehmern eingesetzten Kapitals wird die Schaffung von Mehrwert zur bestimmenden Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Diese besondere Form der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums erfolgt ohne Rücksicht auf die natürlichen Lebensgrundlagen und prägt die Beziehungen der Menschen zueinander. Sie vollzieht sich nicht nach den Bedürfnissen der eigentlichen Produzenten, sondern nach den Verwertungsinteressen des Kapitals." (Arbeitsprogramm 1981)

4. Strukturveränderungen

4.1. Veröffentlichungen

- 4.1.1. Wir setzen an Stelle der bisherigen Massenpress:
 - eine pluralistisch strukturierte Massenzeitung mit Diskussionscharakter
 - Versand von Druckvorlagen an allen ASten, die konsensfähig sind
 - eine für alle linken Strömungen offene Theoriezeitschrift.

Die VDS-Press wird in Zukunft aus Anlaß von Aktionen oder anderen politisch wichtigen Aktivitäten der VDS publiziert. Die Auflagenhöhe wird kontingentiert:

- im Abo-Verfahren an einzelne ASten
- im Abo-Verfahren an die Verbände, die die VDS tragen (2 gleiche Bedingungen)

Im übrigen sollte die Öffentlichkeitsarbeit durch weitere Komponenten ergänzt werden.

4.1.2. Neue Zeitungskonzeption

Nach derentsprechenden Beschlußfassung im Rahmen der 7. MV hat sich in der VDS eine Diskussion entwickelt, die darauf abzielt, neben dem VDS-Press eine Zeitung zu etablieren, die durch breitangelegte Diskussionsmöglichkeiten, kontroverse Beiträge und ansprechende Form die Diskussionsprozesse zwischen den einzelnen Studentenschaften und der VDS verbessert.

Sie soll nicht als politisches Informationsblatt, sondern als Forum das Vorschläge und Positionen zur Diskussion

stellt, verstanden werden.

4.1.3. Rundbriefkonzeption

Zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den einzelnen ASten und der VDS ist folgende Neustrukturierung des Rundbriefes erforderlich: a) aktuelle Informationen, b) Schwerpunkt bildung.

Neben Stellungnahmen und Mitteilungen des Vorstands sind vor allem für die ASten schwer zugängliche Informationen sowie aktuelle Einschätzungen zu Entwicklungen im Bildungsbereich den ASten zur Verfügung zu stellen. Einzelne, für studentische Politik besonders bedeutsame Probleme sollen im Rundbrief schwerpunktmäßig aufgearbeitet und dargestellt werden (Stellungnahmen/Zeitungsberichte/Einschätzungen/Musterflugblätter etc.)

Verantwortlich für die Erstellung ist der Vorstand.

4.2. Vorstandsarbeit

Zur Verbesserung der Vorstandsarbeit sind folgende Maßnahmen notwendig:

- klare Kompetenzverteilung im Vorstand;
- feste Verantwortlichkeit von Vorstandsmitgliedern für Fachtagungen und Projektbereiche;
- verbindliche Zuständigkeit für die Erstellung der Rundbriefe (Rotationsprinzip, 2 - monatl.);
- Regionalverantwortlichkeit der VDS-Vorstandsmitglieder (regelmäßige Teilnahme an LAK's/Kontaktaufnahmen zu ASten/direkte Beratung und Betreuung);
- kontinuierliche Präsenz der Vorstandsmitglieder.

Der VDS-Vorstand versteht sich in erster Linie als ein Koordinierungsgremium.

4.3. Verbesserung der "Infrastruktur" des Verbandes

4.3.1. Lokale studentische Projekte

An den einzelnen Hochschulen sollen Projekte gefördert werden, die - ausgehend von lokalen Gegebenheiten - einzelne, die Student/innen/en allgemein interessierende Fragen und Probleme in beispielhafter Art und Weise aufbereiten. Sie müssen von den Student/innen/en am Projektort unmittelbar genutzt werden können. Über die Förderung von Projekten entscheidet der Vorstand. Zur Kontrolle der Mittelverwendung sollen diese Projekte inhaltliche Berichte erstellen.

4.3.2. Fachtagungen/Projektbereiche

Die Arbeit der Fachtagungen und Projektbereiche muß aktiviert bzw. initiiert werden. Die Mittel müssen schnell und mit geringstem bürokratischen Aufwand zugeführt werden. Dies wird im Wintersemester 1982/83 angestrebt. Zahlungen an Bayern/Baden-Württemberg, Fachtagungen/Projektbereiche müssen einfach und klar standardisiert abgewickelt werden.

Ziel der Verstärkung bzw. "Wiederbelebung" der Arbeit von Fachtagungen/Projektbereichen soll es sein, den Ergebnissen ihrer Arbeit größeres Gewicht in der Öffentlich-

VII. GRUNDZÜGE EINER NEUEN ENERGIEPOLITIK

Die herrschende Energiepolitik in der Bundesrepublik läuft zunehmend in eine Sackgasse. Alle Prognosen und Planungen für einen ständig wachsenden Energieverbrauch haben sich als falsch erwiesen.

Zwischen 1973 und 1981 ging der Primärenergieverbrauch um 1,2% zurück, obwohl

- das Brutto sozialprodukt um 17%
- die Anzahl der Wohnungen um 3 Millionen
- der Anteil dezentral geheizter Wohnräume von 50% auf 70% gestiegen ist!

Im gleichen Zeitraum wurden über 20% Öl eingespart.

Von 1980 bis 1981 verringerte sich auch der Stromverbrauch von 368.919 auf 368.607 Gwh (Gigawattstunden).

Selbst Energieexperten müssen zugeben, daß der Rückgang unseres Energieverbrauchs hauptsächlich nicht auf der schlechten Wirtschaftslage, sondern auf "Sättigungserscheinungen" in Industrie und Haushalt beruht.

Die gigantische Energieverschwendung der 60er und größtenteils auch der 70er Jahre stößt an ihre Grenzen.

Das Interesse der Energieversorgungsunternehmen, möglichst viel Energie profitabel zu verkaufen, verursachte eine ungeheure "Überproduktion" von Wärme und Strom. Nicht eine Energie"lücke", sondern eine Energiehalde ist das gegenwärtige Energieproblem.

Und als Krönung der Negativ-Bilanz: 2/3 dieses "Energieberges" geht ungenutzt als Abwärme verloren!

Gleichzeitig ist der Energiesektor einer der größten Umweltbelasten und Schadstoffproduzent, der "saure Regen" dafür nur ein Beispiel.

Umweltzerstörung, Energieverschwendung und steigende Energiepreise, Profiterwartungen der Energiewirtschaft und falsche Prognosen waren die Leitlinien einer falschen Energiepolitik der sozialliberalen Koalition, für die nächsten Jahrzehnte, die auch die Förder-&Forschungsziele von Staat und Regierung bestimmt haben.

Solange der große Anteil von Forschungs- und Fördermitteln auf die Kernenergie (nahezu 30 Mrd. DM sind dafür bisher an staatlichen Geldern ausgegeben worden - im Unterschied dazu: nur einige Prozent davon für rationale und umweltfreundliche Energietechnologie!) entfällt, kann es keine neue Energiepolitik geben, die sich an Energieeinsparung, Umweltschutz und sozialen Verbraucherinteressen orientiert.

Fazit:

Die Kernenergie ist nicht nur eine gefährliche Technologie mit ungelösten Risiken, sondern sie bindet Investitionen, die für Energieeinsparung und Umweltschutz verloren sind.

Solange die kapitalistische Logik nach einem wachsenden Angebot und profitabilem Absatz von Energie nicht durchbrochen wird, hat eine neue Energiepolitik keine Chance.

Die Union und F.D.P. wollen die alte kapitalistische

zu bewirken. Selten hat es in der Bundesrepublik eine so positive bzw. sachliche Resonanz auf die illegalen Aktionen des zivilen Ungehorsams gegeben wie am 3. Jahrestag des "Nachrüstungsbeschlusses."

Die VDS unterstützen mit konkreten Maßnahmen

- + die Ostermärsche 1983
- + die DGB-Aktionen im Umfeld des 01.09.1983
- + die lokalen und regionalen Aktionen "Atomwaffenfreie Zonen"
- + die lokalen Blockadeaktionen an den Stationierungsorten
- + die Aktionen zum ev. Kirchentag 1983 (Juni)
- + die bundesweite Friedensaktionskonferenz
- + die bundesweite Friedenswoche 15.-22.10.1983
- + die bundesweite Demo am 22.10.1983

v.a. auch durch die Arbeit des Projektbereiches Frieden.

Konsens in der Friedensbewegung sind bei allen Aktionen die Notwendigkeit einer breiten Verankerung, die inhaltliche Vermittelbarkeit, die Gewaltfreiheit.

keitsarbeit des VDS zu geben. Der Vorstand soll Fachtagungen und Projektbereiche darin unterstützen, die Arbeitsergebnisse in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, fortschrittlichen Wissenschaftlern u.a. zu Gesetzesinitiativen, Aktionsvorschlägen über den studentischen Bereich hinaus und demokratischen Studienalternativen weiterzuentwickeln.

4.3.3. Schulungen/Seminare

Für die ASten, Fachtagungen und Projektbereiche müssen Seminare zu aktuellen Themen mit interessanten Informationen und ausgewiesenen Referenten stattfinden. Die Seminare können sich auf Fachspezifika oder übergreifende Themen beziehen und müssen in Zusammenarbeit mit den Adressaten entwickelt werden.

Für Funktionsträger und interessierte Student/innen /en müssen Fachschulungen durchgeführt werden (z.B. Ausländer an Hochschulen, Soziale Misere, Sozialreferenten-Schulung, Frauen an den Hochschulen etc.).

Für die Schulungen und Seminare sollen, ebenso wie für Fachtagungen und Projektbereiche, VDS-Vorstandsmitglieder verantwortlich sein.

4.3.4. Es werden alle Bereiche der VDS überprüft, ob bestimmte Themenstellungen als Arbeitsbereiche von einzelnen ASten übernommen werden können. Der VDS-Vorstand listet die möglichen Arbeitsfelder auf und berichtet im Mai über den Erfolg seiner Bemühungen. Interessierte ASten werden aufgefordert, sich zu melden.

Das Problem der VDS ist allerdings nicht nur eine Frage zentraler oder dezentraler Strukturen oder von Versäumnissen der linken Gruppen, sondern im Kern auch eine Frage linker Bündnispolitik. Die Arbeit der VDS ist nur insoweit politisch wirksam, wie es gelingt, einen Konsens über Inhalte und Formen studentischer Politik zu erzielen und die verschiedenen Positionen im Verband zu akzeptieren.

V. Studienreform - Alternativen zur herrschenden Wissenschaft

a) Studienreform als Thema?

Die politischen Tageskämpfe auf Uni-, Landes- und Bundesebene orientierten sich bisher fast ausschließlich an unseren materiellen Studienbedingungen. Der Blick auf die Studieninhalte und -formen ging dabei meist verloren oder wurde so nebenbei als Mobilisierungswerkzeug für studentische Massenaaktionen oberflächlich angerissen.

Wir meinen, daß wir uns als Studentenschaft über unsere gesellschaftliche Rolle und Funktion im klaren sein müssen und bei der beständig voranschreitenden Formierung unserer Ausbildung, die sich über die bürgerliche Studienreform vermittelt auf unsere konkrete Studien- und Lebenssituation auswirkt

* über politische Tageskämpfe hinaus die Strategien der For-

- mierung analysieren,
- * unsere Bedürfnisse und unsere politischen Ziele mit dem Studium diskutieren,
- * eigene, alternative Studien"reform"konzeptionen entwickeln und
- * sie beständig artikulieren und durchzusetzen versuchen müssen.

b) Erscheinungsformen bürgerlicher Studienreform

Alltäglich erleiden wir die Auswirkungen der Anfänge bürgerlicher Studienreform.

- * Eine ständig zunehmende Verschulung und Entwissenschaftlichung greift Platz. Die Anforderungen auf Prüfungsordnungen und -vereinbarungen setzen auf immer mehr (auswendig gelerntes) Faktenwissen und die Vermittlungsformen nähern sich beängstigend dem Frage-Antwort-Spiel konservativer Pädagogik. Viele Student/innen/en verfahren schon heute nach dem Motto: Dozent, sage mir, was ich lernen muß und ich sage Dir, daß du ein guter Dozent bist.
- * Isolation und Leistungsdruck als Methoden entmenschlichte, d.h. optimal funktionierende Akademiker zu erzeugen, nehmen, verstärkt durch verschlechterte Berufsperspektiven und materielle Verschlechterungen, immer weiter zu.

Einhergehend mit der Differenzierung des Wissens treibt die akademische Spezialisierung fröhliche Urständ. Verständigungsprobleme und surrogathaftes, fachlich hergeleitetes allgemeines Elitenbewußtsein sind nur die "harmlosen", "menschlichen" Konsequenzen. Viel schwerer wiegt die Abhängigkeit von der Entwicklung auf dem jeweiligen Spezialgebiet, die die Fach"idioten" kurzerhand überflüssig machen kann, und sie von vorneherein auf ein mikroskopisches Berufsfeld angewiesen macht.

- * Die o.g. Entwicklungen führen u.a. zu einer enorm verschärften fremdbestimmung im Studium, d.h. der "Freiraum" Universität, in dem selbstbestimmt gelernt und gehandelt werden kann, verschwindet fast völlig und viele Studenten/innen merken's nicht einmal. Wer sich so an Fremdbestimmung gewöhnt hat, wird auch später ein funktionierender Staats- und Wirtschaftsbürger werden.

c) Ziele bürgerlicher Studienreform

Die bürgerliche Studienreform, die fleißig weiter vorangetrieben wird, verfolgt folgende Ziele:

- * Anpassung der Stuieninhalte an den Bedarf von Industrie und Verwaltung, d.h. vor allem Spezialisierung der Ausbildung und Praxisbezug (im Sinne von Verwertbarkeit);
- * Schaffung unterschiedlicher Qualifikationsniveaus (Pyramidisierung), um den unterschiedlichen Anforderungen in der beruflichen Praxis ohne Mehraufwand gerecht zu werden (Wissensüberhänge vermeiden/Kosten sparen) mit Hilfe von unterschiedlich langen Studiengängen und verstärkter inhaltlicher Ausdifferenzierung;
- * Entpolitisierung der Ausbildungszeit, um "Störfälle" bei

licher Steuerung von Konversionsstrategien.

7. Aktionen

Das Hauptmobilisierungsinstrument gegen die Stationierung der neuen US-Mittelstreckenraketen ist der K r e f e l - d e r A p p e l l. Ein Ziel der Aktivitäten der Friedensbewegung muß es sein, den Krefelder Appell über die bisher 3,7 Millionen Unterschriften hinaus zu einer quasi-Volksabstimmung gegen die Raketenstationierung zu machen. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, daß alle diskutierten und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten darauf gerichtet sind, die Stationierung politisch undurchführbar zu machen.

Ebenso unerläßlich ist es, daß die verschiedenen Aktionsformen nicht in Gegensatz zueinander stehen, sondern sich ergänzen.

Trotz mancher Kritik an der Aktionsform "Massendemonstration" können wir darauf auch künftig nicht verzichten.

Es wird auch in Zukunft erforderlich sein, zentrale Mobilisierungsdaten innerhalb der Friedensbewegung zu vereinbaren. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Pläne zu unterstützen, im Herbst '83 zu Beginn der UNO-Abrüstungswoche in den westeuropäischen Hauptstädten, also auch in Bonn, z e n t r a l e Friedensmanifestationen durchzuführen.

1983 ist für die Friedensbewegung ein entscheidendes Jahr. Die bisherigen Aktivitäten der Friedensbewegung haben in der Öffentlichkeit breite Zustimmung und Sympathie für die Forderung nach sofortiger Abrüstung hervorgerufen. Dennoch konnten wir nicht verhindern, daß die Regierenden ihre Politik der Aufrüstung und Militarisierung auf allen Ebenen mit unverminderter Zielstrebigkeit und Geschwindigkeit fortsetzen. Die Vorbereitungen zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa haben konkrete Formen angenommen; der Zeitpunkt der geplanten Stationierung rückt langsam aber sicher näher. Proteste und Appelle, selbst wenn sie von 500.000 Menschen nach Bonn getragen werden, konnten nicht ausreichen, um die Kriege gegen die Völker der dritten Welt und die Vorbereitungen für einen neuen Weltkrieg zu beeinträchtigen oder gar zu stoppen.

Für viele Friedensinitiativen stand wohl nach dem Bonner Regierungswechsel die Furcht vor einer Verschlechterung ihrer Handlungsmöglichkeiten im Vordergrund. Doch wurde in den letzten Wochen deutlich, daß diese Verschlechterung nicht zwangsläufig resignierte Auswirkungen hervorbringen muß. Wenn die sozialen und demokratischen Bewegungen ihren Handlungsspielraum offensiv nutzen sind Erfolge möglich.

Die Friedensbewegung hat ihre Stärke gerade durch die Vielfalt ihrer Aktivitäten gewonnen; sie wird auch weiterhin mit vielfältigen Mitteln für ihre Ziele arbeiten und kämpfen müssen. In diesem Rahmen allerdings sollten direkte gewaltfreie Aktionen, Handlungen des zivilen Ungehorsams für die kommenden Monate ein größeres Gewicht beigemessen werden. Denn hierin liegt die Chance, über den bloß protestierenden, in keiner Weise zwingenden Charakter unserer bisherigen Aktionen hinauszugehen, ohne die Isolierung des radikaleren Widerstandes

Rüstungskonversion

Mögliche Konversionskonzepte werden nicht so verstanden, daß eine allgemeine und vollständige Abrüstung vorausgesetzt wird, sondern sie erstrecken sich kurzfristig bereits auf Maßnahmen zur Verhinderung eines weiteren Ausbaus und/oder Rüstungsminderungen. Die Voraussetzungen für praktische Konversionsvorschläge bildet dabei nicht nur die Fähigkeit technische Probleme zu lösen, sondern es kommt in vieldem Maße darauf an, die wirtschaftlichen Implikationen angewandter Konversion überblicken zu können. Umstellungskonzepte haben dabei drei Bereiche zu berücksichtigen:

- Umstellung von Rüstungsarbeitern, Ingenieuren, Wissenschaftlern, Management;
- Umstellung (technisch) von Betriebsanlagen der militärischen Endfertigung auf zivile Produktion;
- Umlenkung von Kapital, d.h. eine entsprechende Beeinflussung (auch regionaler) Strukturpolitik.

Das vorhandene Material reicht noch nicht für die konkrete Erarbeitung von Konversionsstrategien, da nennenswerte Untersuchungen z.B. zur Bedeutung räumlich und sektoral konzentrierter Rüstungsindustrie und der damit entstehenden Verflechtungsmerkmale mit der Wirtschaftsstruktur eines Raumes kaum existieren. Ebenso gibt es kaum verlässliche Angaben über die Zahlen der durch Rüstungsausgaben Beschäftigten sowie über die Zahl der Betriebe aus dem Vorleistungsbereich der rüstungstechnischen Endfertigung etc. Die einfache Umstellung beispielsweise auf die bloße Produktion von Zivilvarianten militärischer Erzeugnisse schafft durch die Besonderheiten der Rüstungsindustrie (hohe Konzentration beruflicher Qualifikation, überdurchschnittliches Lohnniveau) wirtschaftliche Anpassungsschwierigkeiten, die nur durch einen differenzierten Maßnahmenkatalog vermieden werden können.

Die Umsetzung von Konversionsstrategien ist Teil eines gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozesses hinzu einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung. Ziel dieses Prozesses muß es sein, neben der ökonomisch-technischen Umstellung der Militärindustrie die vielschichtigen Funktionserfordernisse von Rüstungsaktivität (zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, Expansion der multinationalen Konzerne, traditionelle Entwicklungspolitik, Waffenexporte usw.) zu analysieren und konsequent abzubauen. Zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen fordern wir u.a.:

- + Ein Abrüstungsamt mit generellem Enquete-Recht und Zugang zum Parlament.
- + Auflagen für Rüstungsbetriebe, Konversionspläne zu erstellen.
- + Veröffentlichung von Angaben über die Beteiligung der einzelnen Industriezweige an der nationalen Rüstungsproduktion.
- + Veröffentlichung von Angaben über die Zahl und Art der Betriebe, die im Vorleistungsbereich der Rüstungsindustrie als Zulieferfirmen zu betrachten sind.
- + Veröffentlichung von Angaben über die Qualifikation der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie und die Beschaffenheit technischer Anlagen der Endfertigung.
- + Bewilligung von Forschungsprojekten zur Möglichkeit staat-

der Verwertung der Arbeitskraft und des Wissens zu vermeiden;

- * Optimierung der Ausbildung, d.h. weg mit dem Schlendrian un den Spinnereien, und Unterwerfung des Studierens unter marktwirtschaftliche Logik, um den "Erfolg" zu erhöhen und Kosten zu sparen.
- * Elitebildung (nähere Ausführungen werden auf der MV nachgeleitet)

d) Ansätze für eine fortschrittliche Studienreform

Ein Hochschulstudium hat aus studentischer Sicht zwei Funktionen zu erfüllen:

1. auf die berufliche Praxis vorzubereiten
2. die individuelle und gesellschaftliche Emanzipation voranzutreiben.

Im folgenden sollen theseartig unsere Vorstellungen von einer fortschrittlichen Studienreform umrissen werden.

- * Anstelle des Erlernens berufsfeldspezifischer Methoden und Kenntnisse muß die Beherrschung eines umfassenden methodischen Apparates treten, der den/die Studenten/in in die Lage versetzt, eigenständig und flexibel auf die sich beschleunigenden Umwälzungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt zu reagieren.
- * Die Studiengänge sollen mit Hilfe interdisziplinärer Anlage stärker problemfeldorientiert anstatt Fach- oder Berufsfeldorientiert werden.
- * Um auf eine demokratische und solidarische Berufspraxis hinzuwirken und Isolationstendenzen zu bekämpfen, ist die Lern- und Forschungsarbeit im wesentlichen in Kleingruppen- und Projektstudien anzulegen. Dabei soll die Theorie aus praxisnaher Arbeit entwickelt und kritisch reflektiert werden, und nicht Theorien mit Unfehlbarkeitsanspruch der Praxis übergestülpt werden.
- * Die Interessengebundenheit von Wissenschaft und Forschung muß offengelegt werden. Die Methodendiskussion, hinter der sich häufig gesellschaftliche Leitbilder verstecken, muß ebenso offen geführt werden. Den Student/innen/en sind keine fertigen Kataloge und Konzepte vorzuschreiben, sondern sie sollen ihre Schwerpunkte selbst bestimmen.
- * Universitäten sind kein gesellschaftliches Neutrum. Sie sollen für Unterdrückte und Benachteiligte Partei ergreifen und auch ihre Kapazitäten möglichst diesen gesellschaftlichen Gruppen zur Verfügung stellen. Daher ist eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und anderen Gruppen anzustreben, die potentiell oder authentisch fortschrittlich sind.

Alternativen zur herrschenden Wissenschaft

Die Formen studentischen Protests sind in den vergangenen Jahren mit Momenten des Alltags als Anknüpfungspunkten (soziale Situation, Freizeit, Beziehung, Wissenschaftsbetrieb) vielfältiger und weniger zusammenhängend geworden. Sie sind zu einem großen Teil in umfassende soziale Bewegungen integriert (Frauen, Ökologie, Frieden, Alternativökonomie/Leben). Die studentische Politik hat nur einen geringen Teil dieser Interessen und Bedürfnisse aufgegriffen. Diese Defizite in Verbindung mit dem Scheitern der Bildungsreform (Desillusio-

nierung) und dem Abbau von Mitbestimmungsmöglichkeiten (Abschaffung Drittelparität, teilweise Abschaffung VS = Bayern/Baden-Württemberg) haben zu einer Krise der Organe der Verfaßten Studentenschaft und der politischen Hochschulgruppen geführt. Die größere Orientierung auf soziale Bewegung ist demgegenüber auch Ausdruck von Praxisorientierung und Vergesellschaftungstendenzen im Wissenschaftsbetrieb.

Das Interesse an "anderer" Wissenschaft ist stofflich konkret. Insofern vollziehen sich Politisierungsprozesse in der Hochschule nicht unbedingt über die abstrakte Auseinandersetzung mit staatlicher Hochschulformierung oder abstrakter Wissenschaftskritik.

In konkreten Alternativen im/zum herrschenden Wissenschaftstreiben eröffnen sich Möglichkeiten der Politisierung und Mobilisierung, die Ressourcen des Wissenschaftsbetriebes müssen zur Unterstützung der sozialen Bewegungen genutzt werden, z.B. in der Auseinandersetzung mit AKWs, z.B. in der Friedensbewegung (Friedensforschung, -erziehung, Rüstungskonversion etc.), z.B. im Gesundheitsbereich (Gesundheitsläden).

Einen wichtigen Ansatzpunkt in diesem Zusammenhang bilden auch die aus Holland stammenden Wissenschaftsläden ("Wetenschapswinkel"), die zunehmend auch in der Bundesrepublik eingerichtet werden. Ihr Ziel ist es, "beizutragen zur inneren und äußeren Demokratisierung wissenschaftlicher Forschung und Lehre. Der Wissenschaftsladen will mit Forschungsergebnissen einen Beitrag liefern zur Verbesserung der Stellung von Gruppen, die für Demokratisierung, Emanzipation und die progressive Umgestaltung der Gesellschaft anbieten".

Eine Verknüpfung dieser "experimentellen Praxis" mit den gewerkschaftlichen Vorstellungen von arbeitnehmerorientierter Wissenschaft und Kooperation mit den Hochschulen wird zu leisten sein, ein wichtiges Bindeglied können die GEW und ihre Studentengruppen sein.

Arbeitnehmerorientierte Wissenschaft

Das Hauptinteresse der Gewerkschaften für den Hochschulbereich besteht an einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft.

Diese zeichnet sich nach Definition der Gewerkschaftsautoren durch 3 Kriterien aus:

- Interessensbezug, d.h. die Wissenschaft soll ihre Erkenntnisanstrengungen an den von den Gewerkschaften artikulierten Interessen der Arbeitnehmer orientieren.
- Praxisbezug, d.h. die Wissenschaft soll in ihren Aussagen konkreter werden und insbesondere auch für Arbeitnehmer praktisch nutzbare Problemlösungsvorschläge erarbeiten.
- Kooperation, d.h. die traditionelle Distanz von Wissenschaft und Gewerkschaft soll durch verstärkte Zusammenarbeit (Kooperation) verringert werden, um die oben genannten Ansprüche zu realisieren.

Eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft als inhaltlicher Kern einer linken Hochschulpolitik muß natürlich den Rahmen der gesamten Hochschulpolitik berücksichtigen und setzt in institutionalisierter Form und Wissenschaft eine Demokratisierung der Hochschulen unter Beteiligung der Gewerkschaften voraus wie z.B. Drittelparität in den Hochschulgremien, effek-

- Die Lernziele haben anzuknüpfen an die konkreten Interessen und Bedürfnisse der lernenden Subjekte, Ziel und Methode des Unterrichts müssen überdies übereinstimmen.
- Sie müssen aus Erkenntnisinteressen einer als Teil kritischer Gesellschaftswissenschaft verstandenen Friedensforschung abgeleitet werden..
- Ihr Ort in einer emanzipatorisch-sozialistischen Strategie muß angebar sein.

Will die kritische Friedenserziehung das ganze Spektrum der Ursachen von Krieg und Nichtfrieden in den Blick bekommen, sind 3 Herangehensweisen kombiniert notwendig:

1. Die Untersuchung der Individuellen, wenn auch wiederum gesellschaftlich geprägten Strukturen der Unfriedlichkeit wie Vorurteile, Feindbilder, aggressives Verhalten.
2. die Untersuchung der gesellschaftlichen und d.h. vor allem sozialökonomischen Strukturen, die Haß, Feindschaft und schließlich Krieg erzeugen.
3. Eine Untersuchung des "internationalen Systems", der Beziehungen zwischen den Staaten und ihrer politischen, sozialen und ökonomischen Vermitteltheit.

"Unfrieden" ist charakteristisch für den Zustand unserer Gesellschaft. Diese Einsicht erfordert langfristige gesellschaftliche Änderungsprozesse, die nur durch kollektives Handeln zu erreichen sind. Ein zentrales Lernziel der Friedenserziehung müßte die Erkenntnis sein, daß gesellschaftliche Änderungen nicht durch individuellen guten Willen, sondern nur durch solidarisches kollektives Handeln erreicht werden können.

5.6. Arbeitsaufträge

- Erstellung einer Referentenliste und eines Materialien-Readers
- Unterstützung der Aktion "Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn"
- PB-Schwerpunkttagung in Verbindung mit PB Lehrerausbildung, GEW u.a.

6. Rüstungskonversion

Rüstungsproduktion verschärft die ökonomische Krise noch:

- Rüstung gefährdet und vernichtet Arbeitsplätze
- Rüstung behindert sinnvolle wissenschaftlich-technische Weiterentwicklungen
- Rüstungsstandort steht unseren Forderungen nach qualitativem Wachstum entgegen
- Rüstung beschleunigt die Inflation
- Rüstungsexporte verringern die Möglichkeiten, zivile Produkte nachzufragen
- Militär belastet die Umwelt.

Das Aufzeigen gerade dieser Zusammenhänge kann der Friedensbewegung Chancen für eine stärkere Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung, insbesondere den Gewerkschaften eröffnen. Das gleiche gilt für die Entwicklung realistischer und arbeitsplatzsichernder Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion (Konversion).

kleinsten gemeinsamen Nenner von Union, F.D.P., SPD unter voller Berücksichtigung des Friedensverständnisses der Unternehmerverbände und Gewerkschaften sowie aller Kirchen zu verkommen.

5.3. Im Sinne der von uns angestrebten integralen Protzartikulation existiert eine Reihe von möglichen gemeinsamen Arbeitsfeldern. So sind besondere Anstrengungen auf die Entwicklung und Ausformulierung von alternativen politischen und militärischen Konzepten zur Durchsetzung von Rüstungsminde- rung zu richten. Es ist auch notwendig, daß sich Friedensfor- schung mit den ökonomischen, politischen und sozialen Folgen von Rüstung und Abrüstung befaßt. Insbesondere muß dem berech- tigten Interesse der Beschäftigten in Rüstungsbetrieben an sicheren Arbeitsplätzen Rechnung getragen werden.

5.4. Die VDS werden sich vor Ort in Zusammenarbeit mit kriti- schen Wissenschaftlern, Gewerkschaften und Friedensgruppen gezielt dafür einsetzen, daß Friedensforschung und Friedens- diskussion an den Hochschulen noch stärker verankert werden.

Ein geeigneter Rahmen können z.B. Veranstaltungs- reihen sein, die kontinuierlich über ein Semester laufen und/oder in die jeweiligen überregionalen|regionalen|lokalen Aktionen eingebettet sind: "Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung - Hochschulen für den Frieden" zu(r)

- ° Diskussion kontroverser Fragen von Frieden und Abrüstung
- ° Diskussion von Problemen schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit
- ° Konversionsforschung: Umstellung von Rüstungsproduktion auf Friedensproduktion (Betriebsräte aus Metallbetrieben, Wirtschaftswissenschaftler, Technologiewissenschaftler)
- ° Internationale Beziehungen, unter dem Gesichtspunkt der Energie- und Rohstoff-"Sicherheit" (Politikwissenschaftler| Ökonomen|HBV|WSI)
- ° Aufbau|Abbau von inneren und äußeren Feindbildern in den Medien (Publizisten|Soziologen|Sozialpsychologen|RFFU|IG Druck|Friedenspädagogen)
- ° Aufdeckung von "Kriegsforschung", wobei der Nachweis sehr wichtig ist, daß auch andere Wissenschaft keineswegs "Frie- densforschung" ist.

Ein besonderer Stellenwert in unserer Arbeit kommt der engen Verzahnung von Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung und dem notwendigen Abbau von Feindbildern in West und Ost zu. Abrüstung wird nur dann möglich sein, wenn Sicherheitspolitik nicht unter dem Druck irrationaler, von unterschwelliger Angst beeinflusster Aufrüstungsforderungen steht; daher müssen friedenspädagogische Konzepte entwickelt werden, die das Umschlagen von Bedrohungsangst in Aufrüstung (Unterstützung) erschweren.

5.5. Friedenserziehung

Ausgangspunkt aller Friedenserziehung ist die eigene Betrof- fenheit. Ohne Betroffenheit sind Lernprozesse nicht möglich. Die Betroffenheit bleibt aber ohne Aufklärung, ohne die Chan- cen der rationalen und kritischen Reflexion blind, ohne die Möglichkeiten des politischen Handelns hilflos:

tive Beteiligung der Gewerkschaften an der Studienreform und eine Verankerung der Gewerkschaften an der Hochschule.

Ansprechpartner für uns sind vorrangig die örtlichen Arbeitskreise Hochschule/Gewerkschaften bei den DGB-Kreisen, die gewerkschaftlichen Kooperationsstellen, die GEW-Studenten- gruppen sowie die GSG (gewerkschaftliche Studentengruppen, 2. Bildungsweg).

Die VDS engagieren sich für Hochschulen, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung entschieden berücksichtigen. In Kooperation zwischen den Gewerkschaften als Interessens- vertretung der abhängig Beschäftigten wurden bisher gute Erfahrungen gemacht.

Arbeitsschwerpunkte

Zur Bearbeitung dieser Thematik richten die VDS umgehend zu Beginn des Sommersemesters 1983 den Projektbereich "Alter- native und arbeitnehmerorientierte Wissenschaft" ein, der diesen zentralen Arbeitsschwerpunkt der VDS (worunter auch eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik zu zählen ist) durch folgende Arbeitsschwerpunkte abdeckt:

- Aufarbeitung des Diskussionsstandes einer arbeitnehmerorien- tierten Wissenschaft und Auswertung der bisherigen Zusammen- arbeit von Verfaßter Studentenschaft, Hochschulen und ge- werkschaftlichen Gliederungen.
- Entschieden politisches Einsetzen für den Erhalt und Ausbau bestehender sowie für die Schaffung neuer Koopera- tionsverträge in Hochschulgremien, Studentenvertretungen und Parteigliederungen.
- Verstärkte Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften durch Information über die Situation der abhängig Beschäftigten/ sowie die Arbeit der Gewerkschaften/ Aufforderung zur ge- werkschaftlichen Organisierung vor allem nach dem Studium/ Information über Interessenübereinstimmungen und -unter- schiede zwischen Lohnabhängigen und Student/innen/en.
- Inhaltliche Präzisierung des Konzepts einer arbeitnehmer- orientierten Wissenschaft für die Bereiche Hochschulfor- schung-, -ausbildung und Weiterbildung.
- Durchführung eines Kongresses gemeinsam mit den Gewerkschaf- ten und dem Spektrum der neuen sozialen Bewegungen, zum Thema "Hochschule, Arbeiterinteressen und Gewerkschaften" im November.
- Entschieden politisches Einsetzen für den Erhalt und Ausbau bestehender sowie die Einrichtung neuer Wissen- schaftsläden und alternativer Forschungsprojekte (besonders zu den Bereichen Frauen, Frieden, Ökologie).
- Unterstützung der Kommunikationszusammenhänge zwischen Wissenschaftsläden.
- Einrichten eines Informationspools für die Arbeit der ein- zelnen ASten.
- Regelmäßige Informationen in den Rundbriefen der VDS.
- Fachkonferenz der VDS im WS 83/84 zum Thema 'Wissenschafts- läden'.

VI. FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG

1. Bezugspunkte der Friedensdiskussion

1.1. Die gigantische Aufrüstung, der Abbau sozialstaatlicher Leistungen und die Verstärkung ethnischer und sozialer Diskriminierung sowie die Militarisierung der Politik nach außen kennzeichnen die US-amerikanische Politik, die eine Restrukturierung und Reorganisation des US-Kapitalismus zum Inhalt hat. Diese Politik ist zugleich darauf angelegt, die Vorherrschaft der USA auf ökonomischem und militärischem Gebiet wiederzugewinnen.

Die Ursachen für diesen Wandel imperialistischer Außenpolitik liegen in einer Reihe veränderter äußerer und innerer Bedingungen - insbesondere in der Schwächung der internationalen Position des US-Imperialismus. So wurden die USA zum Rückzug aus Vietnam und Kambodscha gezwungen, verloren ihre einstmaligen vorherrschenden Positionen im Iran und anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, in Angola, Mocambique, Äthiopien, Zimbabwe und Nicaragua siegten nationale Befreiungsbewegungen. Die veränderte Strategie zielt u.a. darauf ab, die Sowjetunion zur Aufgabe ihrer Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen zu zwingen und so den gesellschaftlichen Prozeß in den o.a. Staaten umzukehren bzw. demokratische Befreiungsbewegungen in anderen Staaten erst gar nicht zum Zuge kommen zu lassen.

1.2. Die USA steuern nicht zielstrebig auf einen Krieg zu. Aber sie erweitern den Variationsbereich ihrer Politik, indem sie die Schwelle des Einsatzes von Militär und dabei insbesondere den Einsatz nuklearer Waffen heruntersetzen. Dies ist eine Reaktion auf eine Umstrukturierung des Weltmarktes, wo die US-Kapitale erheblich an Positionen verloren haben (westeuropäische/japanische Konkurrenz, Verlust des Zugriffs auf Rohstoffquellen etc.)

Zurückgewonnen werden soll die Hegemonie zumindest im eigenen Lager: durch das ökonomische und politische "Zurückgewinnen" Westeuropas ohne Eigenständigkeit an die Seite der USA im Zuge einer Verschärfung der Ost-West-Konfrontation (Mittelstreckenraketen) durch die erneute Beherrschung wichtiger Rohstoffquellen (Eingreiftruppe), durch die Aufblähung der Rüstungsproduktion, wo die USA noch einen technischen Vorsprung haben.

1.3. Die sozialliberale Koalition praktizierte eine Kombination von Entspannungs- und Rüstungspolitik; d.h. sie versuchte einerseits die Ost-West-Entspannung mit menschlichen Erleichterungen und ökonomisch-technologischer Kooperation aufrechtzuerhalten, andererseits das forcierte Rüstungsprogramm der USA mitzutragen. Die Unionsparteien und die "neue" F.D.P. befinden sich demgegenüber in einer grundsätzlichen Übereinstimmung mit der US-Weltpolitik.

1.4. Die Außen- und Militärpolitik der RGW-Staaten vollzieht sich vor dem Hintergrund ständiger Versuche des Imperialismus, die dortige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu überwinden. Zur Beurteilung der Rolle der UdSSR müssen historische

die Zusammenarbeit zwischen den Fachschaftsräten und den Hochschullehrern, die in den Wissenschaftlerforen mitarbeiten, organisiert werden. Dazu gehört auch das Eintreten für Friedenspädagogik, Friedensforschung, wissenschaftliche Ringvorlesungen zum Thema Frieden und die Aufnahme solcher Lehrveranstaltungen ins 'offizielle' Lehrprogramm.

4.3. In zunehmendem Maße wird die Wissenschaft zur Erforschung neuer Massenvernichtungsmittel mißbraucht. Jüngstes Beispiel dafür ist die Aufdeckung der Giftgasforschung in Göttingen. Gerade Wissenschaftler und angehende Wissenschaftler haben deshalb heute eine besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens. In der humanistischen Tradition der Göttinger 18 wird der PB Frieden seinen Beitrag leisten, damit die unheilige Allianz von Wissenschaft, Forschung und Kriegstreibern aufgedeckt wird. Der PB Frieden will Koordinierung und Hilfestellung bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Kriegsforschung leisten.

4.4. Schon jetzt laufen an vielen Hochschulen erfolgreiche Aktionen. Doch immer noch wissen darüber zu wenige Bescheid. Deshalb soll ein Info-Dienst eingerichtet werden, der über Aktionen an anderen Hochschulen berichtet sowie Materialien und Referentenlisten beinhalten soll. Die Erarbeitung eines Leitfadens zur Friedensarbeit an den Hochschulen ist anzustreben.

4.5. In mehreren Fachtagungen und Projektbereichen wird aktiv fachbereichsspezifische Friedensarbeit geleistet. Diese Arbeit für den Friedenskampf aller an den Hochschulen nutzbar zu machen, ist eine weitere Aufgabe des PB Frieden.

4.6. Der PB Frieden ist wie die VDS Teil der gesamten Friedensbewegung. Ausgehend von der bisherigen Arbeit der VDS in der Friedensbewegung wird der PB Frieden Kontakt zu überregionalen Friedensforen, Friedensinitiativen, Friedensorganisationen und Gewerkschaften aufnehmen. Der PB Frieden soll dazu beitragen, die Einheit der Friedensbewegung im Handeln zu bewahren und zu festigen und StudentInnen für regionale und zentrale Aktionen der Friedensbewegung zu mobilisieren.

5. Friedensforschung | Friedenserziehung - Hochschulen für den Frieden

5.1. Milliardenbeträge gehen in die militärische Forschung und Entwicklung, 400.000 Wissenschaftler arbeiten in aller Welt an der Fortsetzung der Aufrüstung, während die im Vergleich dazu geringen Ausgaben für die Friedensforschung permanent umstritten und gefährdet sind. In der Bundesrepublik und insgesamt für Friedensforschung weniger an Mitteln zur Verfügung gestellt, als für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr.

5.2. Die Zwänge und Pressionen in Richtung auf eine "ausgewogene" Friedensforschung sind in den letzten Jahren verstärkt worden. Friedensforschung droht zum ideellen gesamtdeutschen Sprachrohr friedenspolitischer Erklärungen auf dem

- Die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa und deren Konkretisierung wird deshalb an Aktualität gewinnen, weil sie sich nicht nur geographisch näher bestimmen werden muß (etwa erster Schritt: Nordische Staaten, zweiter Schritt: Bundesrepublik, Benelux, DDR, Polen, CSSR usw.), sondern in ihrer Relevanz durch Kampagnen "atomwaffenfreie Zone vor der eigenen Haustür" für die Arbeit der basisorientierten Gruppen gewinnt.
- Verstärken wird sich auch der Druck gegen eine Lockerung des Rüstungsexports in Ländern außerhalb der NATO; konkretisiert werden müssen Umstellungspläne der Bundeswehr auf "strikte Defensivkonzepte" (10-Jahresplan zur Reduzierung der Bundeswehr auf 2/3 ihres jetzigen Umfangs mit strikt defensiver Bewaffnung (Verzicht auf atomare Trägerwaffen, Reduktion des Wehrpflichtigenanteils auf 1/3 des Gesamtumfangs, kein Panzer- und Großschiffzubaubau usw.) sowie die Umstellung von Rüstungs- auf Friedensindustrie. In dieser Debatte kommt insbesondere den Gewerkschaften eine besondere Rolle zu.
- Speziell in der inhaltlichen Herausarbeitung des Zusammenhangs von Hochrüstung und Bildungs- und Sozialabbau, damit der Verknüpfung von Friedens- und Sozialkampf, der Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sowie den anderen Hochschulangehörigen, der Förderung spezifisch studentischer Beiträge und Zugänge zur Friedensbewegung und der Mobilisierung von noch mehr Studentinnen und Studenten für den Kampf für Frieden, Abrüstung und Entspannung liegen die Hauptaufgaben der Studentenbewegung und damit der VDS in der nächsten Zeit.

4. Projektbereich Frieden

4.1. (wird nachgereicht)

4.2. Schon jetzt wehren sich Sportler, Naturwissenschaftler, Künstler, Pädagogen, Mediziner, Psychologen mit fachspezifischen Appellen, Kongressen und Aktionen gegen den Mißbrauch ihrer Kenntnisse für Kriegsvorbereitungen. Diesen fachspezifischen Appellen noch mehr Geltung zu verschaffen und weitere Wissenschaftler und angehende Wissenschaftler zu gewinnen, darin besteht eine weitere Aufgabe des PB Frieden. Dazu soll

Erfahrungen herangezogen werden. So kostete der faschistische Überfall auf die Sowjetunion 20 Millionen sowjetischen Menschen das Leben.

Die UdSSR stand seit Ende des Zweiten Weltkrieges, speziell seit Beginn des 'Kalten Krieges' und auch aktuell ständig unter der Bedrohung, daß sie sich erneut einem Angriff des Imperialismus mit militärischen Mitteln auf ihr Territorium gegenübersehen könnte.

Auch wenn nicht zu verkennen ist, daß die UdSSR bestrebt ist, zur Absicherung ihres Herrschaftsbereiches gegenüber den USA eine gleichberechtigte Position zu erringen, und daß sie dafür militärische Aufrüstung auch als begleitendes Instrument der globalisierung ihrer Außenpolitik begreift und Befreiungsbewegungen in der "3. Welt" für ihre Zwecke zu instrumentalisieren versucht, so erscheint doch im Gesamtbild der WVO nicht als der aggressive Gegner. Eher ist eine Kennzeichnung als eine Formation, die militärisch "konservativ" auf die Sicherung des eigenen Bereichs bedacht und auf die Verfolgung der eigenen Wirtschaftsinteressen in diesem Rahmen ausgerichtet ist, angebracht.

1.5. Wichtige Eckpunkte auf Kurs zurück zur Konfrontationsstrategie setzten die NATO-Ratstagung vom Mai 1978, auf der ein sog. Langzeitprogramm für neue quantitative und qualitative Aufrüstungsprogramme für die achtziger Jahre (z.T. bis in die neunziger Jahre) beschlossen wurde, die Errichtung neuer Militärstützpunkte der USA weit außerhalb der Grenzen der USA? vor allem im Nahen und Mittleren Osten sowie im Bereich des Indischen Ozeans, die Bildung einer sog. 'schnellen Eingreiftruppe' der USA mit der Möglichkeit, zur Sicherung US-amerikanischer Interessen - falls 'nötig' - in anderen Staaten und Erdteilen direkt militärisch zu intervenieren. Diese Politik mündete schließlich in den Beschluß des NATO-Rats von Dezember 1979.

1.6. Gegenwärtig ist der Frieden insbesondere durch den NATO-Raketenbeschluß vom Dezember 1979 bedroht, der vorsieht, daß 572 neuartige US-amerikanische atomare Mittelstreckenraketen (108 Pershing II und 464 Cruise Missile) stationiert werden sollen - der größte Teil davon in der BRD. Diese neuartigen Atomraketen sollen das Instrument der NATO und der US-Regierung sein, um deren Ziel realisieren zu können: Die Herstellung einer nuklearen Erstschlagskapazität und die Möglichkeit, sog. "begrenzte Atomkriege" gegen die sozialistischen Länder führen zu können.

In den NATO-Staaten wird diese sog. 'Nachrüstung' mit dem von Seiten der Sowjetunion errichteten Potential an SS 20-Raketen begründet. Tatsache ist jedoch, daß diese neuen Raketen keine neue Qualität in der Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion darstellen. Vielmehr werden durch die SS 20 die veralteten SS 4 und SS 5-Raketen ersetzt - westliche Nuklearpotentiale entsprechender Reichweite wurden in der Zwischenzeit mehrfach erneuert. Eine neue Qualität in der Aufrüstung stellt dagegen die Stationierung der neuen US-Mittelstreckenraketen dar.

1.7. Die gegenwärtigen Hochrüstungsprogramm verschlingen be-

reits jetzt in Friedenszeiten Mittel, die für die Einrichtung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze, für den Ausbau des Sozial- und Bildungsbereichs dringend benötigt würden. Sie gehen stattdessen einher mit einer verschärften Politik des Sozial- und Bildungsabbaus, die sich in den letzten Jahren verschärfende ökonomische Krise mit steigender Massenarbeitslosigkeit, Nichtauslastung der Produktionskapazitäten und inflationären Prozessen in den kapitalistischen Staaten. Dieser Zusammenhang von ökonomischer Krise und steigender Aufrüstung muß aufgegriffen und der Sozialkampf mit dem Friedenskampf verknüpft werden, wie es ansatzweise in den Diskussionen der 2. Friedensaktionskonferenz und den Demonstrationen des DGB "Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn" geschehen ist. Diese Verknüpfung erfordert die Beteiligung und den Einbezug der Gewerkschaften in den Friedenskampf.

1.8. Ziel der freidenspolitischen Arbeit der VDS ist zum Abbau der Kriegsgefahr und der Waffenpotentiale in Ost und West beizutragen. Voraussetzung dafür ist als Nahziel die Verhinderung der Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen, weiterer Aufrüstungsschritte in der BRD und Europa durch NATO und WVO, die Ablösung der "Rüstungskontrollpolitik", die zur kontrollierten Aufrüstung führte, durch eine reale Friedenspolitik! Die VDS werden alles dafür tun, daß sich noch mehr Hochschulangehörige mit eigenständigen Beiträgen aktiv für Frieden und Abrüstung engagieren. Auch in den Hochschulen soll über die Kampagne für atomwaffenfreie Zonen in der Bundesrepublik diskutiert werden, entsprechende Aktionen in den Hochschulstädten sollen unterstützt werden, dort wo es sinnvoll erscheint, auch in den Hochschulen selbst für "Freiheit von Kriegsforschung" gestritten werden. Mit fachspezifischen Appellen, Kongressen und Aktionen muß gegen den Mißbrauch unserer Kenntnisse für Kriegsvorbereitungen und Unfrieden gekämpft werden, eine wichtige Aufgabe kann hier der VDS-Projektbereich Frieden wahrnehmen. Für uns gibt es nichts Wichtigeres als den Frieden!

1.9. Die VDS begrüßen daher die jüngsten Vorschläge der WVO-Staates über ein Gewaltverzichtsabkommen ausdrücklich. In der Deklaration von Prag wird die klare Bereitschaft zur Abrüstung durch die Sowjetunion deutlich. Dies wird belegt durch:

- den Vorschlag über ein Gewaltverzichtsabkommen zwischen den Bündnissen,
- den Vorschlag, die Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa beim Abbau der amerikanischen gegen die britischen und französischen Atomraketen aufzurechnen
- den Vorschlag zu einer wirklichen Nulllösung - nämlich dem Abbau sämtlicher Atomwaffen in Europa zu gelangen.

Teile der Erklärung stützen sich auf die Vorschläge des sowjetischen Parteichefs Adropov, welche voreilig durch die NATO-Staaten abgelehnt worden sind.

Diese ernsthaften und weitreichenden Angebote sind geeignet, endlich Bewegung in die Genfer Abrüstungsverhandlungen zu bringen, und müssen ernsthaft geprüft und nicht rüstungsökonomischen und machtpolitischen Interessen zum Opfer fallen.

beinhaltet. In einem solchen Konzept soll auf atomare Trägerwaffen völlig verzichtet, Panzer- und Großschiffbau für mehrere Jahre eingestellt und die laufende Waffen mechanisierten Großverbänden hin orientiert werden. Auch eine Umorientierung der Rüstungsproduktion in Richtung auf zivile Produktion, die Einschränkung der Rüstungsexporte außerhalb der NATO und die Beibehaltung der Grundwehrdienstdauer wird in solchen Konzeptionen erörtert.

Auch in der VDS und den Studentenschaften muß über die nachfolgenden Fragen diskutiert werden, die in großen Teilen der Friedensbewegung sehr ernst genommen werden:

- ° die Möglichkeit von Denk- und Handlungsstrukturen, die quasi quer zur "Logik" der Blöcke liegen;
- ° die Ambivalenz der in den 70er Jahren praktizierten Entspannungspolitik (Erleichterungen, politische Entkrampfung, ökonomische Kooperation bei gleichzeitiger Aufrüstung);
- ° die Angst vor "Erschütterungen" der internen Strukturen der jeweiligen Paktsysteme;
- ° die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der nicht-staatlichen Friedensbewegungen über die Grenzen der Paktsysteme hinweg;
- ° die Perspektiven einer blockübergreifenden Friedensordnung mit gegenseitigen, gesamteuropäischen Garantien, wechselseitigem Vertrauensgewinn durch die Stärkung der jeweiligen Friedensbewegung.

Die VDS teilen die Einschätzung der KPI vom 29.12.1981:

Es stimmt, daß die Entwicklung der Koexistenz und der Verteidigung des Friedens gegenwärtig nicht davon absehen können, daß in Europa 2 Blöcke existieren, und daß destabilisierende Brücke ernste Gefahren für den Frieden darstellen. Aber das kann nicht rechtfertigen, daß die Bedürfnisse nach Freiheit, Unabhängigkeit und Erneuerung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens, die sich heute weltweit ausdrücken, erstickt werden. Umgekehrt muß die Koexistenz Bedingung und Instrument dafür sein, daß diese Prozesse in Frieden und Sicherheit vorankommen. Deshalb lassen sich die Blöcken in Ost und West nicht als unbeweglich und unveränderbare Realität verstehen. Sie sind vielmehr eine politische Realität, die durch die Entwicklung der friedlichen Koexistenz zur Aufhebung gelangen müssen. Und die friedliche Koexistenz kann nicht allein Ausdruck diplomatischer Beziehungen und Verständigungen zwischen Staaten sein, sondern bedarf des aktiven Eingriffs der Völker und in erster Linie einer großen Friedensbewegung."

3.4. Thematische Schwerpunkte

Für die nächsten Monate sind folgende thematische Schwerpunkte zu erkennen, die für die Arbeit der ASTen vor Ort bestimmend werden:

- Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik ist sich darin einig, daß auf neue Atomraketen in Europa ohne jedes Risiko verzichtet werden kann, im Gegenteil: Ihr Verzicht ist der Beginn für eine auf Entspannung, Abrüstung und Wiedergewinnung von Vertrauen gerichtete Friedensstrategie.

trächtigt, sondern in ihrer Dringlichkeit eher bekräftigt werden.

3.3. Elemente einer integrierten friedenspolitischen Strategie

Auch in der Friedensbewegung gibt es unterschiedliche Ansätze und Strategien. Es ist eine bedeutende Aufgabe, v.a. die nachfolgenden Punkte zu diskutieren und miteinander in Verbindung zu setzen:

- Ansatzpunkt für einen breiten Bürgerprotest ist die beabsichtigte Einführung neuer Waffensysteme, in diesem Fall nuklearer landgestützter Mittelstreckenraketen in Europa. Eine solche friedenspolitische Strategie, etwa auf der Grundlage des "Krefelder Appells", die sich ausschließlich auf die Verhinderung eines Waffensystems konzentriert, hat politisch und didaktisch erhebliche Vorteile, bringt aber eben auch Probleme mit sich, weil sie z.B. den Zusammenhang der Aufrüstungspolitik vernachlässigt.
- Ein vor allem blockpolitisch und regional motivierender Denkansatz ist der der militärisch verdünnten oder gar entmilitarisierten Zonen - wie etwa der der "Russel-peace-foundation" nach einer "atomwaffenfreien Zone von Polen bis Portugal". Hier geht es um die Abschaffung von Massenvernichtungsmitteln (mittlerweile sowohl im atomaren wie im biologischen und chemischen Bereich), die an bestimmte Zonen in Mitteleuropa gebunden sind. Solche Vorschläge sind in der Regel sehr langfristig orientiert und beziehen konventionelle Rüstung ebenfalls nicht mit ein.
- Unter dem Sammelbegriff "soziale Verteidigung" sind mittlerweile eine Reihe von Konzeptionen entwickelt worden, denen gemeinsam ist, daß sie auf militärische Mittel zur Verteidigung gänzlich verzichten. Sie verweisen darauf, daß es heute nicht mehr Grenzen oder Territorien zu verteidigen gilt, sondern in erster Linie Lebensformen und soziale Werte. Diese aber, so die Theoretiker der sozialen Verteidigung, könne man nicht mit Panzern, Raketen oder gar atomaren Waffen sichern, sondern im Falle der Bedrohung ausschließlich durch gewaltfreie Protestaktionen, aktiven Widerstand der Bevölkerung, Verweigerungen (Streiks, Nicht-Zusammenarbeit, Blockadeaktionen). Solche Aktionen der sozialen Verteidigung, zu denen auch Kampagnen wie "Frieden schaffen ohne Waffen" oder "Ohne Rüstung leben" zu zählen sind, verstehen sich als eine alternative Verteidigungsform, zugleich als Initiative zur Abrüstung und Demilitarisierung sowie schließlich auch als innenpolitische Konfliktstrategie, das in den letzten Monaten insbesondere in der Ökologebewegung aufgegriffen worden ist.
- Eine weitere Strategie versucht längerfristige politische Veränderungen mit Veränderungen des gegenwärtigen Militärapparates zu verbinden. Im Kern dieser Strategie steht der Gedanke "Militärische Abrüstung statt sozialer Demontage", was a) eine sicherheitspolitisch möglichen Reduktion von Militärausgaben, b) strukturelle Folgen für die Bundeswehr (stetiger und langsamer Personalabbau, Verzicht auf teure Großwaffensysteme) und c) die Umorientierung der Öffentlichkeit von einer quantitativ orientierten Sicherheitskonzeption in Richtung auf ein striktes Defensivkonzept der Bundeswehr mit abrüstungspolitischer Signalwirkung

Eine echte Null-Lösung kann nur heißen, daß alle in und für Europa stationierten nuklearen Waffen in die Verhandlungen einbezogen werden. Waffensysteme, die in den Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR nicht verhandelt werden können (Großbritannien und Frankreich sitzen nicht mit am Verhandlungstisch), müssen zumindest berücksichtigt werden.

Die Sowjetunion hat seit dem NATO-Raketenbeschluß in drei wichtigen Fragen nachgegeben:

- Rücknahme des NATO-Raketenbeschlusses als Voraussetzung für Verhandlungen
- Ratifizierung von SALT II
- Einbeziehung der Forward Based Systems der NATO in die Verhandlungen über den Mittelstreckenbereich (diese werden nun bei den START-Verhandlungen über strategische Waffen einbezogen).

Vor diesem Hintergrund ist von den USA endlich das Einbringen eigener konstruktiver Vorschläge und Verhandlungsangebote und ein Eingehen auf die Vorschläge der UdSSR und der WVO zu fordern.

2. Forderungen der VDS

- Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zur Stationierung der Pershing II und der Cruise missiles zurückzuziehen. Die Stationierung muß politisch undurchführbar gemacht werden.
- Wir fordern darüberhinaus den Abbau sämtlicher Mittelstreckenraketen, also auch der sowjetischen SS-4, SS-8 und SS-20, der luft- und seegestützten Systeme der USA, der forward based systems und der französischen und britischen Potentiale. Die Reduzierung dieser Systeme kann aber keine Voraussetzung für den Verzicht auf die sog. "Nachrüstung" sein, da die Stationierung der Pershing II und Cruise missiles einen qualitativen neuen Aufrüstungsschritt der NATO darstellt.
- Auf die Bundesregierung muß Druck ausgeübt werden, um den politischen Prozeß der Entspannung fortzusetzen und reale Schritte der Abrüstung in Ost und West einzuleiten.

Wir treten ein für:

- konsequenten Abbau des Rüstungsexportes mit dem Ziel eines generellen Verbots
- Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion
- Schaffung eines Abrüstungsamtes
- Produktionseinstellung bzw. Vernichtung von biologischen, chemischen und Neutronenwaffen
- schrittweise Senkung des Verteidigungshaushaltes und längerfristige - in ein Gesamtkonzept Alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik - eingebettete Umverteilung zugunsten der Entwicklungshilfe und von sozialen- und Friedensdiensten
- Verbot von kriegsverherrlichender "Literatur", Spielautomaten und Kriegsspielzeug
- Abschaffung jeglicher Gewissensprüfung für KDV'er; der Zivildienst darf nicht länger als der Wehrdienst sein, der Zivildienst muß zu einem echten Friedensdienst ausgebaut werden

- keine Einbeziehung von Frauen direkt oder indirekt in den Wehrdienst
- eine wirkliche Friedenserziehung in der Schule; gegen jede Einführung von Wehrkundeunterricht
- die VDS teilen die Position des DGB-Bundesjugendausschusses von Januar 1983:
"Wir verurteilen nachdrücklich jede Unterdrückung von Völkern, sei es durch Fremdherrschaft, durch Diktaturen oder durch Militärregierungen."
- Die VDS fordern die USA auf, den ökonomischen und politischen Druck auf Nicaragua und die ständige Einmischung in El Salvador unverzüglich zu beenden.
- Die VDS verurteilen die anhaltende Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen und die Repressionsmaßnahmen der Militärregierung in Polen.
- Die VDS sprechen sich gegen die israelischen Vergeltungsangriffe im Libanon und die Besetzung des Landes durch ausländische Truppen aus.

Hochschule für den Frieden

- o An den Hochschulen geht es darum, Wissenschaft, Forschung und Lehre in den Dienst des Friedens und der Völkerverständigung zu stellen, d.h. Rüstungsforschung aufzudecken und zu bekämpfen, gegen friedensfeindliche Lehrinhalte anzugehen und für Friedensforschung und Friedensseminare einzutreten.
- o In diesem Sinn werden die VDS alles dafür tun, daß sich noch mehr Student/innen/en aktiv für Frieden, Abrüstung und Entspannung engagieren und das die Zusammenarbeit zwischen Student/innen/en, Hochschullehrer/innen/n und anderen Hochschulangehörigen im Friedenskampf verbessert wird. Zur Durchsetzung dieser Ziele haben die VDS im SS 1982 den Projektbereich Frieden gegründet.

3. Zustand und Perspektiven der Friedensbewegung

Mit den großen Friedensmanifestationen vom 10.06.1982, mit den Aktivitäten der zahllosen Friedensinitiativen vor Ort (z.B. Friedenswochen), mit mehr als 4 Mill. Unterschriften unter den Krefelder Appell hat die Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1982 ihren bisherigen Höhepunkt erreicht.

Wichtige Bedingungsfaktoren für die Mobilisierungserfolge waren der überparteiliche Bündnischarakter und das Bemühen um eine gemeinsame Stoßrichtung mit der aktuellen Hauptforderung "Weg mit den US-Mittelstreckenraketen". Unter Wahrung dieser Voraussetzungen muß die inhaltliche Diskussion in der Friedensbewegung erweitert werden.

3.1. Einheit in der Vielfalt - Bündnisarbeit verbreitern

Die Vielfalt der Bewegung dokumentiert sich in unterschiedlichen Arbeits- und Diskussionszusammenhängen, die in verschiedenen Ausrufen (Krefelder Appell, Bielefelder Appell, Frieden schaffen ohne Waffen, ohne Rüstung leben, Aufruf der DGB-Jugend, Bewegung für ein atomwaffenfreies Europa) ihren Ausdruck finden.

Die VDS schließen sich der Aufforderung der im "Friedensmanifest 82" zusammengeschlossenen Gruppen Gustav-

Heinemann-Initiative, Komitee für Grundrechte und Demokratie und Aktion Sühnezeichen an:

"Wir appellieren an die Gruppen, die sich zur Friedensbewegung zählen, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen und stets die gemeinsame Sache vor jedes Gruppeninteresse zu stellen. In der Friedensbewegung muß es eine Vielfalt an Meinungen, Aufgaben, Nahzielen, Ausdrucksformen und Organisationsmustern geben. Dies ist solange ihre Stärke, wie jeder die Arbeit des anderen nicht nur duldet, sondern als eine legitime Form von Friedensarbeit will und bejaht."

Spaltungsversuche bürgerlicher und reaktionärer Kräfte konnten auf dieser Grundlage erfolgreiche zurückgewiesen werden.

Auf dieser Grundlage muß die Arbeit insbesondere vor Ort umgesetzt werden, so in der Verknüpfung mit anderen sozialen Bewegungen.

- In der Ökologiebewegung, in vielen Bürgerinitiativen ist längst erkannt worden, daß der Kampf gegen die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie nicht zu trennen ist vom Widerstand gegen die atomare militärische Bewaffnung.
- Ein wichtiger Verbündeter bei dem Aufzeigen und vielleicht auch beim Aufbrechen von Gewaltverhältnissen kann die Frauenbewegung sein - wenn sie nicht als "Nebenwiderspruch" abgehandelt wird.
- Der Scheinfriede zwischen Ost und West, bewaffnet mit Overkillpotentialen, ist gleichzeitig das Todesurteil für Millionen Menschen in der sog. 3. Welt. Notwendig ist die Zusammenarbeit mit den Solidaritätsgruppen für die unterdrückten Völker.

Aber zu Mehrheitsfähigkeit gehört mehr. Notwendig ist ein gemeinsamer Nenner mit der organisierten Arbeiterbewegung. Je mehr Druck von außen auf DGB und SPD in Richtung auf eine Neuorientierung der friedenspolitischen Vorstellungen ausgeübt wird, je stärker inhaltliche Auseinandersetzungen gesucht werden, desto größer wird die Möglichkeit, innerhalb dieser Organisationen Änderungen mit zu bewirken.

3.2. Strittige Fragen nicht ausklammern!

Die VDS werden dafür sorgen, daß strittige Fragen innerhalb der Friedensbewegung (z.B. Polen) nicht ausgeklammert werden.

Die Ereignisse in und um Polen seit dem 13.12.1981 haben gezeigt, daß sie friedenspolitisch insofern von hoher Relevanz sind, als militärische Machtausübungen (Kriegsrecht, Bewegungsbeschränkungen, Internierungen usw.) im Zweifel auch in Mitteleuropa den Vorrang haben vor dem Selbstbestimmungsrecht eines Volkes. Weiterhin haben sie gezeigt, daß die Vereinbarungen von Jalta 1945 nach wie vor bestimmend sind, die Mitteleuropa in politische Einflusssphären der Großmächte aufgeteilt haben, die für die jeweils andere unzugänglich sind.

Die inneren Ereignisse in Polen, so scharf sie in der Bundesrepublik verurteilt werden müssen, setzen für die bundesdeutsche Friedensbewegung insofern keine neuen Akzente, als unsere allgemeinen Ziele damit keineswegs beein-